

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Multipl. Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnements: 3,00 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Konspizier: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Sonnabend, den 5. März 1898.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Die einigen Reaktionen.

Die Sammlungspolitiker beginnen sich wieder zu vertragen. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-hauses sind sich Vertreter der Schloßbarone und der Grafen mit den geistlichen Strohdächern bedenklich nähergerückt. Der Vater des Antrags König und der Verfasser der von uns gestern wiedergegebenen Erklärung gegen die Herren vom Bunde der Landwirthe haben ihren Frieden gemacht und der Alte vom Sachsenwalde hält jegend die Hände über den neuen Bund der Eidgenossen Stumm, Möller, König und deren Hinterlassen. Nun haben auch sämtliche Landwirthe des wirtschaftlichen Ausschusses den Aufruf desselben unterzeichnet, an der Spitze desselben wird der Name des Fürsten Bismarck stehen. „Deutsche Tages-Zeitung“ und „Post“ singen darob Hosannah! Nicht, wie selbstverständ-lich, der Zentralverband der Industriellen, sondern auch der Bund der Industriellen wird den Aufruf zur Schaffung eines neuen Kartells mit unterzeichnen. Ob die schlesischen Zentrumsgrafen mit Balleström an der Spitze offen mitzutun wagen werden, kann noch nicht bestimmt gesagt werden. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ macht noch einige vorsichtige Einwendungen, aber die Schwierigkeiten können im wesentlichen als behoben betrachtet werden. Wenn die extremen Agrarier das Spiel nicht noch einmal verderben, dann ist das Kartell fertig.

Die festgeschlossene Masse der Ausbeuter in Stadt und Land — die Broterwerbser, Hochschulzöllner, Arbeiterknebler, die Feinde jeder Volksfreiheit, die Junker und Mäcker, all die geschworenen Feinde des Proletariats stehen nun zusammen. Ihr Ziel ist nicht nur die Sicherung und Steigerung des Profits, sondern auch die politische Entrechtung und soziale Degradation der Arbeiterklasse. Sie wollen Hochschulzölle, Vertheuerung der unentbehrlichen Lebensmittel, Herrschaft des Militarismus und Marinismus, Entlastung der Starken, Belastung der Schwachen, Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, Herabsetzung des Vereins- und Versammlungsrechts, Abschaffung des Koalitionsrechts, Verhinderung des Arbeiterschutzes, Knebelung der Presse, Reaktion auf allen Gebieten.

So bilden diese Pläne eine schwere, nicht ernst genug zu nehmende Gefahr für die Rechte des deutschen Volkes, für die freiheitliche Entwicklung des Deutschen Reiches.

Wer noch einen Funken Gemeingefühl in der Brust hat, muß gegen dieses volksfeindliche Bündniß rückichtsloser Bessehter großkapitalistischer Interessen zusammenstehen.

Die Arbeiter müssen sich bewußt werden der Gefahren, die ihnen drohen, wenn diese Volksfeinde bei den nächsten Wahlen die Majorität erringen, wenn sie fünf lange Jahre frei schalten und walten, wenn sie die Gesetzgebung ganz nach ihrem Geschmack einrichten.

Es darf sich das Schauspiel vom Jahre 1887, daß das Kartell siegt, nicht nochmals wiederholen.

Mit allem Eifer muß auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht werden, mit Kampfesfreude haben wir schon heute alle Vorbereitungen zu treffen, nichts dürfen wir unterlassen, daß am Tage der Wahl die Interessen des deutschen Volkes auch gewahrt bleiben, daß die Gegner auch völlig auf den Kopf geschlagen werden.

Die Mittel für den Wahlkampf müssen reichlich vorhanden sein, die Organisation darf nicht den kleinsten Mangel aufweisen, kein Ort darf von unserer Agitation unberührt bleiben, niemand im Deutschen Reich darf unaufgeklärt in den Wahlkampf ziehen.

Unsere Gegner lassen es nicht an Eifer fehlen, zeigen wir den Reichsten, daß wir ihr Streben nach Herrschaft bezwingen durch den Opfermuth der Armensten, durch die Begeisterung für unsere großen Ziele; beweisen wir, daß das Kartell der Ausbeuter zerfallen muß an der Solidarität der Arbeiterklasse! —

Politische Uebersicht.

Berlin, 4. März.

Aus dem Reichstage. Die Petitionen finden im Reichstage zweifellos nicht diejenige Beachtung, welche man von einem aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlamente für diese Wünsche und Beschwerden aus den Wählerkreisen erwarten könnte. Vielleicht trägt einen wesentlichen Theil der Schuld an diesem Uebelstande die Massenhaftigkeit der Petitionen, die an das Parlament kommen und deren Zahl in die Tausende läuft.

Erste verhandelte der Reichstag über eine Anzahl von Berichten der Petitionskommission, doch knüpfte sich eine nebensächliche Diskussion an keinen dieser Berichte.

Auch der zweite Gegenstand der Tagesordnung, ein Antrag auf Aufhebung des Diktatur-Paragraphe für die Reichslande, konnte die Redelust nicht wecken. Die Parteiredner beschränkten sich auf kurze Erklärungen für oder gegen den Antrag, woraus sich ergab, daß die Nationalliberalen und beide konservativen Parteien „schweren Herzens“ zwar, aber um desto geschlossener gegen den Antrag stimmen werden.

Als Grund für diese Haltung gab der Abgeordnete v. Cuny die Stellung der Regierung an, welche auf die Diktatur-Beschlüsse noch nicht verzichtet könne.

Von unserer Seite nahm Hebel das Wort, um in entschiedenster Weise ein Regierungssystem zu verurtheilen, das nach 27-jähriger unbeschränkter Herrschaft sich selbst das

Zeugniß absoluter Unfähigkeit ausstelle, indem seine Vertreter erklären, ohne den Diktatur-Paragraphe eine Bevölkerung nicht regieren zu können, von der allerseits anerkannt werde, daß sie gesetzlich gestimmt und nach jeder Richtung loyal sei.

Der Bundesrathstisch war während der ganzen Verhandlung fast vollständig leer, nur der Vertreter für Elsaß-Lothringen, Regierungsrath Salley, war anwesend, er machte einige schwächliche Versuche, die erfolgten Angriffe abzuweisen. Für den Diktatur-Paragraphe wußte auch dieser Herr nichts zu sagen.

Die beantragte zweite Lesung wurde durch Herrn v. Stumm verhindert, der die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelte. Die Auszählung ergab die Anwesenheit von nur 138 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Vorlage über das Postwesen, dritte Lesung der Vorlage über freiwillige Gerichtsbarkeit und zweite Lesung der Vorlage über Entschädigung unschuldig Verurtheilter.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm heute nach erheblicher Debatte den Antrag Felisch betreffend Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe gegen die Stimmen der Freisinnigen an und beschäftigte sich sodann mit der Beratung von Petitionen. Bei einer Petition um Erwerbung eines Flachsroß-Verfahrens spielte sich das gestern im Reichstage von dem Abg. König angeführte Schauspiel der reinigen Rückkehr der Agrarier in die Arme der bisher von ihnen bekämpften Großindustriellen ab. Abg. Möller (nall.) war dazu aufzusehen, den Reigen zu eröffnen. Auf ein vorher vereinbartes Zeichen erschien Graf König (l.) auf der Bühne, um die Mittheilung zu machen, daß er gar kein Gegner der Handelsverträge sei; er halte zwar Verträge mit kurzer Kündigungsfrist für besser, er glaube auch nicht, daß die Landwirtschaft ein Interesse an Handelsverträgen habe, er sei aber gern bereit, im Interesse der Industrie für langdauernde Verträge einzutreten. Ihm folgte Abg. von Karborsff (l.), der als Extrabeilage noch seine Silberrede halten wollte, aber von dem Präsidenten, der nur die Genehmigung zur der Handelsvertrags-Romodie erhielt hatte, hieran gebindert wurde. Vielleicht trägt er diese beliebte Nummer seines Repertoires später nach. Die Abgeordneten Möller (nall.) und Buerk (nall.) stellten den beiden ihren Dank ab, dadurch, daß ersterer in der Frage der Bindung der Getreidezölle den agrarischen Wünschen nachzugeben versprach, während letzterer unter lebhaftem Beifall der Herren von der Rechten über den der Landwirtschaft schädlichen Handelsvertrag mit Oesterreich sprach. Die Abgg. Richter und Brömel charakterisirten dies seltsame Schauspiel mit der Bemerkung, daß dasselbe ebenso gut hinter verschlossenen Thüren hätte aufgeführt werden können. Den Hauptchoreuten des Bundes der Landwirthe, Dr. Gahn und von Plösch, war der Zutritt zu der heutigen Vorstellung verweigert, weil Gefahr bestand, daß sie den Freiden fördern könnten. Eine praktische Bedeutung hat diese ganze Komödie nicht, da man sicher sein kann, daß im Ernstfall die Vertreter der verschiedenen produktiven Stände doch nur ihre eigenen Interessen wahrnehmen werden. Vielleicht werden sie gemeinsam das Brot und andere wichtige Lebensmittel zu vertheuern suchen, aber sobald ihnen dies gelungen ist, werden sie sich nach wie vor wieder belämpfen. Für uns ist die heutige Debatte insofern wichtig, als sie reichliches Material für den bevorstehenden Wahlkampf liefert.

Morgen beginnt die Beratung des Kultus-Gesetz. —

Zum Bergarbeiter-Schutz. Das Institut der sogenannten Befahrungskommissionen, von dessen Vervollkommnung sich der Minister Breseld vornehmlich die Herbeiführung einer größeren Sicherheit in den Gruben verspricht, wird einer sehr einschneidenden Reform unterzogen werden müssen, wenn sich nicht die schlimmsten Zustände forterhalten sollen, die jetzt bestehen. Wie sehr die Grubenkontrolle bisher im Argen lag, wenigstens stellenweise, das geht mit erschreckender Deutlichkeit aus einer Mittheilung hervor, die die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ brachte. Derselben wurde unterm 20. Februar aus Oberhausen geschrieben:

Am 19. Februar war die Schlagwetter-Kommission auf der Zeche Oberhausen (Schacht Königsberg). Sie fand gewiß alles in bester Ordnung. Warum auch nicht! Hatten wir doch schon etwa 14 Tage vor der Inspektion von deren Eintreffen Kenntniß! Es wurde Tag und Nacht gearbeitet, um alles in Ordnung zu setzen. Abbaustrecken, Ueberbaue, Wetterstrecken, alles wurde peinlichst in Hand gesetzt. Früher konnten wir keine Veriefelung, zwei Tage vor der Befahrung durch oben genannte Kommission ging es aber los mit Viehlanen. „Damit es noch feucht ist, wenn die Herren kommen.“ Was uns auch zu denken giebt, ist, daß die Betriebsbeamten wußten, welchen Weg die Untersuchungskommission in der Grube nehmen würde. Denn wie ist es anders erklärlich, daß der Steiger mehrmals sagte: Hier, dieser Ueberbau, diese Strecke muß gut im Stande sein, hier kommen die Herren durch! Aber dann folgte noch das Beste! Am Samstag (19. Februar) kam die Kommission, die Nacht vorher wurde noch gehöhrt an einzelnen Punkten und dann wurden einige Betriebspunkte, weil sie nicht ordnungsgemäß waren, mit Brettern und Wetterloch ver-schlagen! Als aber die Kommission aus der Grube war, rief man die Koulissen ab und es ging in allen Geleise weiter! — So wurde inspisirt auf Zeche Oberhausen am 19. Febr. 1898, zwei Tage nach der furchtbaren Katastrophe auf Karolinenfeld.“

Die Redaktion des genannten Bergarbeiter-Organs bemerkt zu diesem Bericht:

Wir haben uns sofort nach Empfang dieses Berichtes nach Oberhausen begeben und die Angelegenheit bestätigt erhalten von über 20 Zeugen! ...

Es sei daran erinnert, daß wir denselben Fall von „Inspektion“ von der Zeche „Graf Beust“ bei Essen meldeten! Der Staatsanwalt ließ uns ungeschoren. ...

Man klage uns an! Wir wünschen es im Interesse der gründlichen Reform der Berginspektion! Stelle man uns vor Gericht, dann werden wir zum Wohle der Bergmannsleiber und zum Ruhm der staatlichen Bergwerks-Aufsicht vollständig den Beweis dafür antreten, daß ein Fortbestehen der heutigen Zustände einfach dem Spielen mit Menschenleben im Bergbau Rechtskraft gäbe.“

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ theilt noch mit, daß der Bochumer Landtags-Abgeordnete Schulz, der im Landtage sich erdreistete, zu sagen, „daß die aus dem sozialdemokratischen Lager kommenden Angriffe sich durchweg auf Lüge und Verleumdung stützen, das ist leider eine traurige Thatsache“, — daß dieser Herr von nicht weniger als sieben Bergwerks-Gesellschaften Aufsichtsraths-Mitglied ist — und bei der Verhandlung über die Novelle zum preussischen Berggesetz vom 24. Juni 1892 in Gemeinschaft mit seinem Freunde Ritter aus Waldenburg alle von der Regierung vorgeschlagenen halbwegs arbeiterfreundlichen Bestimmungen aus der Novelle herausdisputirt hat. Derselbe hat den Befahrungskommissionen eine geradezu wunderthätige Wirkung zugeschrieben. ...

Die Kostenfrage des Flottengesetzes wird am Sonnabend in der Budgetkommission weiter berathen werden. Es wird sich zeigen, ob es auch hierin zu einer leichten Verständigung zwischen den Zentrumshändlern und der Regierung kommt. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt v. Thielmann hat zwar die Vorschläge als unannehmbar für die Regierungen bezeichnet, aber er will sie doch „ernst prüfen“. Und ebenso wird Herr Dr. Lieber noch einmal „ernst prüfen“, was sich thun läßt, um auch diese Sache der Regierung schwachhaft zu machen. Nach einigem Zieren und Stränden wird sich wohl ein Ausweg finden. Warum sollte Herr Dr. Lieber, nachdem er der Regierung das Budgetrecht des Reichstages preisgegeben, in der Frage der Ausbringung der Kosten halsstarrig sein?

Freilich, ganz leicht wird den Staatsmännern des Zentrums der Anfall nicht gemacht. Besonders der bayerische Theil der Partei scheint den Herren nicht gefällig zu sein und in Opposition gegen das Flottengesetz verharren zu wollen. Die ultramontane „Augsburger Postzeitung“ erhebt warnend ihre Stimme:

Wir wissen, in Norddeutschland ist die Stimmung für die Marinevorlage nicht ungünstig, aber bei uns in Bayern ist das Volk sehr dagegen. Die bayerische Zentrumsfraktion hat es darum nicht unterlassen, die deutsche Zentrumsfraktion offiziell darüber zu verständigen. Wenn die Marinevorlage mit dem Septennat durch eine genügende Anzahl Zentrumsmitglieder dennoch angenommen werden wird, so ergeben sich für unsere parteipolitische Lage in Bayern die ernstesten Folgen. Insbesondere wird zweifellos die Frage sich erheben, ob sich dann noch das Band anrecht erhalten läßt, welches die Bayern mit der Zentrumsfraktion vereinigt.“

Nun, man wird in Bälde Gewißheit erhalten, eine wie große Anzahl von Abgeordneten des Zentrums die Lieber'sche Politik nicht mitzumachen gewillt ist. Sicher erscheint schon jetzt, daß Herr Lieber genug Mannen hinter sich haben wird, um das Gesetz zu stande zu bringen. —

Chinesische Vorgänge. Die „Times“ melden aus Schanghai, nach amtlichen chinesischen Berichten aus Tschifu seien die Japaner in Wei-Hai-Wei lebhaft mit der Wiederbefestigung beschäftigt; die Räumung des Platzes sei also unwahrscheinlich.

Zu der Situation in Korea wird den „Times“ aus Kobe gemeldet: Die Ueberlassung einer Kohlenstation aus der Deer-Insel an Japan findet starke Mißbilligung in Korea. Es wird behauptet, daß die Vertreter einiger anderer auswärtiger Mächte empfehlen, die Insel zu einer Niederlassungsstätte für alle Ausländer zu machen. —

Deutsches Reich.

— Die Arbeit der Reichstagskommissionen nähert sich ihrem Ende. Abgeschlossen haben ihre Beratungen die Kommission für die Militär-Strafprozess-Reform, die Kommission für die Dampfersubvention und für einen großen Theil ihrer Aufgaben die sogenannte Justizkommission. Fertig ist auch die Kommission für die Jox Feinsie, und auch der Budgetkommission bleibt nicht mehr viel zu thun übrig, wenn die schließliche Fassung der Flottenvorlage und die Prüfung des diesjährigen Marine-Budgets auch noch einige lange Sitzungen kosten wird. Noch nicht erledigt haben ihre Arbeit die Kommission für das Saccharin-Gesetz und die Brauntweinsteuer-Kommission, die beide noch auf die Vorlage bestimmten Materials warten, das sie von der Regierung eingefordert haben. Hinzutreten zur Prüfung der Novelle zum Postgesetz, deren erste Lesung im Plenum Montag stattfinden wird.

Ueberblickt man die gesammte Thätigkeit dieser Kommissionen, so ist das Resultat wenig erfreulich. Es ist nicht gelungen, eine wirkliche Reform des Militär-Strafprozesses durchzuführen. Einige kleine, unbedeutende Verbesserungen sind an der Regierungsvorlage vorgenommen worden, in allen entscheidenden Punkten aber ist es beim alten geblieben. Ja noch mehr, in der zweiten Lesung sind einige der kleinen Reformen wieder gestrichen worden, die in der ersten Lesung durchgeführt waren. Die Schuld trägt ausschließlich das Zentrum, das in dem Bestreben, etwas zu stande zu bringen, und möge es aussehen wie es wolle, wieder einmal von beklagenswerther Nachgiebigkeit gegen die Regierung gewesen ist. Andererseits ist es nicht gelungen, den Konflikt zwischen Preußen und Bayern wegen des bayerischen Referatums zu lösen.

Die Kommission für die Dampfschiffsubvention hat die Regierungs-entwürfe ziemlich unverändert unter Dach und Fach gebracht. In den Verhandlungen trat aber deutlich hervor, dass wirkliche Verbesserung für die staatliche Liebesgabe an den Norddeutschen Lloyd nur in den Kreisen der Interessenten anzutreffen ist.

Die Leistungen der Kommission für die lox Heine sind im höchsten Maße bedenklich. Das Attestat auf Kunst und Literatur, das unter den Ansprüchen der Herren Schall, Jekrant und Noeren dort versucht wird, muß unserem ästhetischen Widerstand begegnen. Die geachteten Tugendwächter mögen in allen alten Jungfernstimmen Deutschlands Anerkennung finden, daß deutsche Volk wird sich die Bindung freier künstlerischer Produktion nicht gefallen lassen.

Welches Spiel das Zentrum in der Budgetkommission mit der Flottenvorlage treibt, ist allseitig bekannt. Herr Lieber hat Gesselin angezogen und ist der Wortführer im Flottenmessen. Offenlich verliert er und seine Partei dafür bei den Wahlen den Atem. Die Wahlen werden auch hinter die gesammte Kommissionsarbeit, hinter die Parlamentstätigkeit der bürgerlichen Parteien überhaupt ein „ungenügend“ schreiben.

Mad Osprensen, 2. März. (Sig. Ber.) Der seit Freitag voriger Woche tagende östpreussische Provinzial-Landtag beschloß heute mit 37 gegen 35 Stimmen die Bewilligung einer Subvention zur Erweiterung des zum Bau des masurenischen Schiffahrtskanals nötigen Lebens. Durch die Bewilligung dieser Summe dürfte der Bau des für Masuren in erster Linie, aber auch für Königsberg außerordentlich wichtigen Kanals gefördert sein, der die großen masurenischen Seen mit dem Pregel verbindet und dadurch die heute noch abgeschlossenen masurenischen Gebiete mit ihrem Reichthum an Holz, Steinen u. s. w. dem Verkehr eröffnen soll. Die geringe Majorität, mit der der Beschluß gefaßt wurde, zeigt am besten das geradezu kulturfeindliche Verhalten der Agrarier, die im östpreussischen Landtag besonders zahlreich vertreten sind. Die Furcht, der Kanal könne zu einem Einfallthor für russisches Getreide nach Ostpreußen werden, hat sie veranlaßt, alles anzubieten, um die Bewilligung zu verhindern. Mit Hochdruck wurde gegen das Kanalprojekt agitirt, alle möglichen Einwände wurden erhoben, bis in die letzte Zeit immer neue Schäden angeführt, die der Kanal unfehlbar im Gefolge haben müsse. Im Provinzial-Landtag wurde noch im letzten Augenblick versucht, wenigstens eine Vertagung der Angelegenheit bis zur nächsten Session durchzuführen. Doch sind alle diese und ähnliche Machinationen erfolglos geblieben.

Schuld der Arbeitswilligen! Aus Dresden wird uns geschrieben:

Ein unbegreiflich hartes Urtheil wurde vom hiesigen Landgericht gegen drei Töchter aus Meissen ausgesprochen. In Meissen kreisten die Töchter der Oefenfabrik „Gazonia“ schon seit sieben Monaten. Die Angeklagten sollen sich nun der Bedrohung schuldig gemacht haben, indem sie einige weiterarbeitende Kollegen durch äußerst harmlose Redensarten, unter anderem wie „nun halt' aber die Luft an“, bewegen wollten, nicht weiter zu arbeiten. Die drei wurden deshalb jeder zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt. Das muß selbst in Sachsen Kopfschütteln erregen. Vorliegender des Gerichts war der aus den Blaiseitz-Prozessen her bekannte seltsame Amtsrichter Dr. Becker.

Zur Unterbeamten-Versammlung in Hamburg am 15. u. 16. März. (siehe unsere gestrige Nummer) wird uns von unterrichteter Seite geschrieben: Die dort am 15. Febr. arrangirte Versammlung von Eisenbahn- und Post-Unterbeamten fand keineswegs zu dem Zwecke statt, die Unterbeamten zu organisiren. Der Zweck der Versammlung war vielmehr, den Unterbeamten ihre Lage und die ihnen in den letzten Jahren zu theil gewordene Behandlung darzulegen und ihnen unter Hinweis auf die Vergangenheit an ihren Einkommensverhältnissen, ihrer Arbeitszeit, ihrer rechtlichen Stellung u. s. w. klarzulegen, wie alle diese Verhältnisse genau in demselben Maße fortgeschritten sind und sich gebessert haben, als sich die Lage des arbeitenden Volkes hob, dessen Rechte und Freiheiten sich mehrien und sein Antheil an der Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten im Staate wuchs, mit einem Worte: um den Unterbeamten die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der Arbeiterklasse vor Augen zu führen. Die Organisationsfrage kam erst in der Diskussion zur Sprache.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Handarbeiter Ernst Theodor Runath aus Deuben vom Preussischen Landgericht zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Verurtheilte hat gelegentlich einer Verhaftung in Veidnig beleidigende Reden über den deutschen Kaiser geführt. Am 24. Februar verurtheilte das Landgericht Meiningen den Glasermeister Theodor Gerdner aus Hilburgshausen wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu sechs Monaten Gefängnis. G. hatte in einer Wirthschaft zu Wallrath in Gegenwart des Landwirths Baumann sowie eines Unteroffiziers der Hilburgshausener Garnison über den kaiserlichen Hofhalt sich abfällig geäußert.

Eine Karte der Kiautschau-Wucht giebt die bekannte Geographische Anstalt von Julius Verthes in Gotha heraus. Dazu wird die recht interessante Mittheilung gemacht, daß die Karte einen Auschnitt aus einer japanischen Karte von Schantung bilde und zahlreiche weber auf der englischen Seekarte noch auf anderen Karten befindliche Ortswörter enthalte. Man sieht bei dieser Gelegenheit nicht nur, daß die Japaner ihren Krieg mit China schon seit langer Zeit durch geographische Aufnahmen in China vorbereitet hatten, sondern auch, daß wir von dem interessantesten Inselvolk auch in dieser Hinsicht lernen können.

Ungarn. **Zum Polizeikampfe gegen die sozialistische Bewegung** wird gemeldet, daß die Budapestser Polizei beabsichtigt, alle in der Bewegung thätigen Genossen Budapest's, die dort nicht heimathsberechtigt sind, für immer aus der Hauptstadt auszuweisen. Aus Miskolc, 1. März, wird dem „Reiter Lloyd“ geschrieben: Zwei Polizeikommissare bemerkten, daß im Wirthshaus des Alois Löles allabendlich verdächtige Individuen verkehrten. Sonntag, abends, erschienen Vize-Stadthauptmann Berner im Vereine mit den Kommissären Lalo, Barcas und Goro, begleitet von 10 bis 12 Polizisten, ganz unerwartet in dem erwähnten Lokal, wo hiezu junge Arbeiter über die Organisation einer Sozialisten-Partei in Miskolc und Umgebung berathschlagten. Eine sofort vorgenommene Hausdurchsuchung förderte eine Menge sozialistischer Flugschriften, aufreißender Exemplare des „Böhmenvögel“, sowie Briefe „berüchtigter Agitatoren“ und sozialistische Abzeichen zu tage. Die Sozialisten wurden zur Polizei übergeführt, von wo sie nach eingehendem Verhör theils abgeschoben, theils ausgewiesen wurden.

Der Minister des Innern, Vesder Perczel, hat an sämtliche Municipien, mit Ausnahme der Hauptstadt, eine Verordnung erlassen, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die „sozialistischen Heger“ bisher der abnehmenden Hand der Justiz zumeist zu entgehen vermochten. Um nun diese Heger in ihren gefährlichen Agitationen wirksamer hindern zu können, fordert der Minister die Municipien auf, ihre Organe anzuweisen, daß sie die in ihre Gemeinden zuständigen Agitatoren ständig beaufschichtigten und falls sie erfahren, daß die Agitatoren sich an einem anderen Ort begeben, die betreffenden Behörden sofort, eventuell telegraphisch verständigen sollen. Nicht zühändige Agitatoren sind aus der Gemeinde zu entfernen, eventuell auszuweisen und ist gegen sie im Falle verbotener Wiederkehr das Verfahren im Sinne des § 70 C. N. XL: 1879 einzuleiten. Zugleich hat der Minister den Ober-Stadthauptmann der Budapestser Staatspolizei angewiesen, die Behörden von den Reiten der sozialistischen Agitatoren in die Provinz unverzüglich in Kenntniß zu setzen. Es ist selbstverständlich, daß in Fällen, wo eine gegen die Strafsache verhängene Handlung vorliegt, die Rechte bei dem Gericht oder bei der Staatsanwaltschaft zu erhalten ist.

In einer anderen Verordnung verfügt der Minister des Innern, daß die Bürgermeister, Oberbürgermeister und Gemeindevorsteher angewiesen werden sollen, den seitens der öffentlichen Ankläger in Preßsachen an sie ergehenden Requisitionen sofort und auf das genaueste nachzukommen.

Bei dem „Sozialistenführer“ Emanuel Kuzicka wurde ein auf 504 Gulden lautendes Sparkassenbuch, angeblich sein persönliches Eigenthum, mit Beschlag belegt. Er unterbreitete eine Erklärung der Direktion der Ersten Vaterländischen Sparkasse, aus welcher hervorgeht, daß Kuzicka diesen Betrag während der letzten 5 Jahre in kleineren Raten eingezahlt hat.

Frankreich. **Paris, 2. März. (Sig. Ber.)** Ein Nachspiel zum neuen Kammervertrage für den Generalstab fand in der gestrigen Kammer-Sitzung statt. Der sozialistische Abg. Jourde, ehemaliges Mitglied des Parteivorstandes der Arbeiterpartei, hatte, entsprechend seiner gewöhnlichen Stellung in „patriotischen“ Fragen, mit der Kammermehrheit gestimmt. Er glaubte sich daher durch einen Artikel des Genossen Jaurès in der „Petite République“ mitgetroffen, in welchem die Kapitulation der radikalen und halbsozialistischen Abgeordneten vor dem Generalstabe nach Gebühr gerandmarkt wurde, und reichte in der gestrigen Sitzung seine Demission als Schriftführer der Kammer ein. Das war seinerseits konsequent, da er in das Präsidium als Kandidat der sozialistischen Fraktion gewählt war. So weit, so gut. Nachdem aber der Vorsitzende Jourde's Demissionsschreiben verlesen hatte, brachten einige sozialistische Abgeordnete, darunter auch Genosse Jaurès, eine Resolution ein, worin Jourde eingeladen wird, seine Demission zurückzunehmen, was er denn auch that.

Paris, 3. März. Das Schwurgericht hat den Deputirten Raquet von der Anklage in der Panama-Angelegenheit freigesprochen.

Die Deputirtenkammer genehmigte nach langer Beratung die Gesselinvorlage, durch welche die der Seidenzucht bewilligten Prämien auf das Jahr 1898 verlängert werden. Entgegen den Ausführungen Melles nahm die Kammer mit 250 gegen 242 Stimmen ein Amendement an, welches die Höchstzahl der Arbeitstunten für die Woche in den an den Prämien theilnehmenden Spinnereien auf 60 festsetzt. Die Kammer konnte sich jetzt vor den Wahlen diese Arbeiterbeschützungsmaßregel brauen erlauben, da man weiß, daß der Senat derselben doch nicht zustimmen wird.

Paris, 4. März. Oberst Henry bestimmte, nachdem er erst das Urteil abgelehnt hatte, schließlich doch seine Zeugen, welche mit demjenigen Piquart's die Bedingungen des Duells festsetzen werden, das wahrscheinlich am Sonnabend stattfinden wird. „Leit Journal“ schreibt, daß der Appellationshof die Nichtigkeit der Schwurverurtheilung Gola's dem Kassationshof zugestimmt habe. Der Kassationshof hat die Protokolle der Schwurgerichtsverhandlung sowie die 30 Anträge beigelegt, welche die Verteidigung im Laufe der Schwurgerichtlichen Verhandlung gestellt, der Kassationshof aber zurückgewiesen hatte.

Ueber die unerhörte Beleidigung des Zeugen im Gola-Prozesse, Senatoren und ehemaligen Justizministers Zarieng durch einen Brief des Rittmeisters Begouen, die vom Kriegsminister nicht entsprechend gerügt wurde, herrscht im Senate ungeheure Aufregung. Alle Fraktionen des Senats haben sich auch gegen das Vorgehen des Kriegsministers erklärt. Man meint, daß Melles Villot opfern muß, der Ministerpräsident aber befürchtet einen Konflikt zwischen Ober und Parlament. Die Situation ist sehr gespannt.

England. **London, 2. März. (Sig. Ber.)** Für die Progressisten schloß Lord Rosebery, der dem ersten Grasschaftsrath präsidirte, gestern die Kampagne für die Grasschaftswahlen mit einer Rede in der St. James Hall ab. Das gewaltige Lokal war in allen seinen Theilen überfüllt und die Aufnahme der Rede so enthusiastisch, wie es der Redner nur erwarten konnte. Lord Rosebery hat ein äußerst wohlklingendes Organ und einen leichten Vortrag. Was ihm fehlt, ist Schärfe. Das leidenschaftliche Pathos eines Gladstone wird man ebenso vergeblich in seinen Reden suchen, wie die rücksichtslosen, schneidenden Ausfälle eines Chamberlain. Er ist sehr witzig, aber ohne besondere Bosheit, für einen Theil der Radikalen zu vornehm in seinen Kampfmitteln. Aber offenbar ist sein Stern ebenso wieder im Steigen wie der der liberalen Partei überhaupt. Seine Rede war ein warmer und überzeugender Appell für die Nothwendigkeit der Einheitslichkeit von London's Verwaltung.

Daß die Liberalen vor einigen Tagen den Konservativen wieder einen Parlamentsstich abgenommen haben, hat der „Vorwärts“ schon gemeldet. Bemerkenswerth ist, daß es die Arbeiter waren, die diese Verschiebung des Mandats herbeiführten. Der Hauptort des betroffenen Wahlkreises, Swindon, beherbergt die riesigen Eisenbahnwerkstätten der Westbahn, und die Arbeiter dieser Werkstätten stimmten in ihrer großen Mehrheit für den radikalen Kandidaten, Lord Edm. Fitzmaurice, einen Abkömmling des „Vaters der politischen Oekonemie“, William Petty, und Bruder des jetzigen Kriegsministers, Lord Sandowne. Bekanntlich der dritte Fall in laufender Reihe, daß dem jeweiligen Kriegsminister ein Bruder als Mitglied der Gegenpartei im Parlament gegenübersteht.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden die Liberalen den Konservativen schon in den nächsten Tagen wieder einen Stich abnehmen. Ein Mitglied dieser Partei, das einen Wahlkreis in London erkaufte und verlor, ist gestorben, und während im konservativ-unionskritischen Lager Uneinigkeit über die Kandidatenfrage herrscht, haben die Liberalen in dem Arbeiter- und Gewerkschafts-Vertreter W. Newman einen Kandidaten ausgewählt, der ihnen jedenfalls die große Waffe der Arbeiterstimmen sichert. Es ist bezeichnend für die Situation, daß die Proportion der Arbeiterkandidaten im Lager der Liberalen bedächtig zunimmt. Und man hat sich, wie übrigens auch die übrigen „liberalen“ Arbeiterabgeordneten, für alle, die Arbeiterklasse speziell angehenden Fragen selbständiges Vorgehen im Parlament vorbehalten.

Das Parlament hatte gestern wieder eine China-Debatte, die aber nichts Neues zu Tage förderte, außer, daß der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Curzon, mit erschütternder Begeisterung die Empörung Englands über den Handel im Gebiet des Yangtse-Kiang hervorhob - gewissermaßen als Reservatradikals. England hat den Fall einer Verhüllung des chinesischen Erbes. Im übrigen hat er eine genauere Skizze der England von China bewilligten Zugeständnisse und erklärte sich für ein von dem Russophilen Sir Ashmead Bartlett beantragte Resolution zu Gunsten der Erhaltung der Integrität des chinesischen Reiches. Sir Ashmead, ein konservativer „Wilder“, wegen seiner Rartenschwärmerei oft Gegenstand der Verpötlung, trat mit großem Eifer für eine englisch-deutsche Allianz ein, während ein anderer konservativer „Wilder“, Gibson Bowles, aus Deutschland losdonnerte.

Im ganzen ist die Stimmung in England jetzt eher deutschfreundlich. Die Tories sählten sich immer zu Deutschland hingezogen, und viele Liberale und Radikale haben der Dreynitz-Skandal und der nicht minder skandalöse Gola-Prozess so gegen Frankreich verstimmt, daß sie offen erklärten, mit dieser Nation sei nichts anzufangen. Selbst der von einem Irlander reizigte republikanische und für gewöhnlich sonntaglich französischfreundliche „Reynolds's Newspaper“ schrieb anlässlich der Verurtheilung Gola's, es sei Zeit, daß Frankreich in eine Zwangsjacke gesteckt werde. Allerdings hält bei diesem Blatt keine Stimmung lange vor, und was es an den Franzosen tadelt, weisvoren es sie eine vollkommenere Nation nennt, ist ihm selbst nicht immer fremd; aber als allgemeines Stimmungssymptom war sein Ausdruck doch um so mehr charakteristisch, als es in Kolonialfragen mehr wie indifferent ist, der Krach mit Frankreich in Bekaisita ihm nur Stoff zu Angriffen auf das englische Radinet bietet.

London, 4. März. In den Wahlen zum Londoner Grasschaftsrath gewann die fortschrittliche Partei fünfzehn Sitze, die Gemäßigten gewannen zwei Sitze. Die letzten Resultate werden heute früh bekannt gemacht werden. Die fortschrittliche Majorität ist gesichert.

Die Afrika-Politik wurde am Donnerstag im Unterhause debattirt. Bei der Beratung des Nachtragskredits für Uganda im Betrage von 85000 Pfund wurde ein Antrag Labouchere's, den Kredit um 1000 Pfund zu vermindern, mit 212 gegen 55 Stimmen abgelehnt. Im Laufe der Debatte erklärte der Untersekretär des Auswärtigen Curzon, die Nachrichten aus Uganda lauteten jetzt beruhigender. Wilson berichtete aus Kampala, daß die Europäer sich in einem starken uneinmüthbaren Fort befinden und reichlich mit Munition versehen seien, die ihnen in freundlicher Weise von den Deutschen geliefert worden sei. König Mwanga sei im Januar von Major Macdonald geschlagen worden.

Bei der Forderung eines Nachtragskredits für die Juba-Expedition beantragte Dilke, den Kredit um 1000 Pfd. zu kürzen, weil der Zweck der Expedition nicht der angegebene sei, sondern weil es sich um eine Segezexpedition gegen die französischen Expeditionen in jener Gegend handle. Die Politik der Verheimlichung verdiene Tadel. Parlaments-Untersekretär Curzon wider sprach den Schlussfolgerungen Dilke's. Sein Argwohn sei durchaus unbegründet. Der Zweck der Expedition sei die Erforschung der Juba-Quellen und die Feststellung der Grenzen des britischen Protektorates, welche im Protokoll vom Jahre 1891 nur in allgemeinen Worten bezeichnet waren. Dilke's Antrag wurde mit 191 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Italien. **Rom, 4. März.** Auf Anlaß der Feier des 50. Jahrestages der Verfassung ist die Stadt glänzend besetzt, sie gewährt einen äußerst festlichen Anblick. Aus den Provinzen sind sehr viele Festzüge eingetroffen. Die öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser sind besetzt. Auch die Straßen bieten einen festlichen Anblick dar; besonders zeichnen sich die vom Quirinal nach dem Kapitol führenden aus; dieselben sind mit Trophäen, Girlanden und Wappenschilbern geschmückt. Viele Kaufhäuser sind geschlossen. Auf den Straßen herrscht reges Treiben, das sich infolge des fortwährenden Eintreffens von Deputationen aus den Provinzen noch steigert. Der Himmel ist bedeckt. Um 8 Uhr morgens läutete die Glocke des Kapitols das Fest ein. Um 9 Uhr ritt der König mit dem Grafen von Turin, dem Kriegsminister, den fremdländischen Militär-Attaschés und einem zahlreichen, glänzenden militärischen Gefolge nach der Esplanade Macao, um über die Truppen der Garnison Parade abzuhalten. Die Königin erschien zu Wagen. Eine von den Sozialisten für morgen geplante Volksversammlung ist von der Polizei verboten worden.

Bei der allgemeinen Noth, dem Niederhalten der Unzufriedenen, dem Stillstande der Gesetzgebung zu Gunsten der Erblichen, der tiefen Korruption des öffentlichen Lebens in Italien, stimmen diese tausendsten Feste recht wenig. Wenn auch die Herrschaft des Hauses Savoyen und der korrupten Bourgeoisie Italiens hinweggesetzt sein wird wie die Mißwirtschaft der Napoleonen, Gabsburger und päpstlichen Nepoten, dann wird das italienische Volk aus vollem Herzen und mit mehr Recht herrliche Feste feiern können.

Russland. **Warschau, 2. März.** Alle Theateraufführungen, Konzerte und Festlichkeiten, die zu der im Dezember dieses Jahres stattfindenden Feier des hundertjährigen Geburtsjahres des polnischen Nationaldichters Mickiewicz geplant wurden, sind in Russisch-Polen polizeilich verboten worden. Die Büsten des Dichters wurden aus den Schaufenstern entfernt, den polnischen Blättern der Hinweis auf den Jubiläumstag untersagt.

Russische Beziehungen zu Abofynien. **Sankt Petersburg, 2. März.** Die russische Regierung hat die Einrichtung einer abessynischen Handelsagentur in Odeffa genehmigt und ihre Zustimmung zu der Errichtung weiterer abessynischer Agenturen in Petersburg, Moskau, Kiew und Lody in Aussicht gestellt. Zugleich sollen in den Hauptorten Abofyniens russische Agenturen errichtet werden. Das Projekt deutet, zwischen Odeffa und Ombouke eine direkte Dampfschiffsverbindung herzustellen, ist an der ablehnenden Haltung der russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gescheitert.

Türkei. **Konstantinopel, 3. März.** Wie hier verlautet, haben die Regierungen sämtlicher Mächte in Verantwortung des jüngsten Zirkulars der Porte erklärt, daß sie einen Zusammenhang zwischen der Lösung der kretensischen Frage und der Rücknahme Thessaliens nicht anerkennen vermögen.

Griechenland. **Athen, 3. März.** Die Kammer nahm eine Glückwunschsadresse an den König an. Der Finanzminister legte den Gesetzentwurf über die internationale Finanzkontrolle vor, im Anschluß an welche das Finanzarrangement zu Stande gekommen sei. Der Minister gab ferner bekannt, daß Frankreich, Rußland und England 120 Millionen Frank den neuen Anleihe garantirten. Die darauf bezügliche Konvention würde in aller nächster Zeit der Kammer vorgelegt werden.

Amerika. **Neu-York, 4. März. (Frankf. Zig.)** Hiesige Bürger protestirten in einer Massenversammlung gegen die Einwanderungsbeschränkung.

Zum Untergange der „Maine“. Die spanischen Taucher in Havana haben die Untersuchung der „Maine“ begonnen; alles weist auf eine innere Ursache der Katastrophe hin. Aus Washington wird unter dem 26. Februar gemeldet: Eine Karte vom Hafen von Havana wurde heute hier veröffentlicht, die die Punkte angiebt, wo sich die unterseeischen Minen und Torpedos befinden. Der amerikanische Vertreter in Havana hat sich 1896 die Karte verschafft. Sie wurde auf Befehl des Generals Weyler angefertigt. Ein Exemplar befindet sich gegenwärtig in den Archiven der Kongressbibliothek. Die amerikanischen Militär- und Marinebehörden stellen nicht mehr in Abrede, daß die Vereinigten Staaten militärische Vorbereitungen treffen.

Parlamentarisches.

Kommission lox Heine. Die Verhandlung beginnt mit § 184, der die Herstellung und Verbreitung von unächtigen Schriften, Abbildungen u. mit Strafe belegt. Die Fassung der Ziffer 2, welche lautet:

Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche das Scham- und Sittlichkeitsgefühl gröblich verletzen oder die geschlechtliche Keuscheit zu erregen geeignet sind, einer Person unter achtzehn Jahren anbieten, verkaufen oder sonst überläßt, oder an öffentlichen Orten, die dem öffentlichen Verkehr dienen, zu geschäftlichen Zwecken oder in der Absicht das Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen, ausstellt oder anschlägt.“ giebt dem Abg. Bebel Veranlassung zu beantragen, die Worte „oder sonst überläßt“ und „zu geschäftlichen Zwecken oder“ zu streichen. Der Antragsteller bezeichnet den Paragraphen mit diesen Worten für unannehmbar. Rein Buchhändler, kein Kunsthändler sei demnach mehr vor Strafe sicher, denn kein junger Mann in diesen Geschäften dürfe mehr ein Buch oder ein Kunstwerk einem Käufer oder Leiber übergeben, die unter Ziffer 2 fielen. Wie sollten Lehrer in einer Kunstschule oder in einem Gymnasium sich gegenüber Schülern und Schülerinnen verhalten? Die Bibel sei vom Standpunkt der Ziffer 2 ein sehr bedenkliches Buch und ihre Ueberlassung an Kinder strafbar. Redner belegt dieses durch Hinweis auf zahlreiche Stellen im alten Testament. Auch sei eingetretten, was er von vornherein befürchtet, indem man die Jugendlichen wolte, treffe man die älteren Generationen beider Geschlechter mit Einforänkungen bedenklicher Art. Abg. Schall nimmt die Bibel in Schutz. Sie betrachte die vom Boreder hervorgehobenen Vorgänge vom Standpunkt der Sünde. Abg. Bieschel findet, daß Bebel außer Acht lasse, daß in allen Fällen das Bewußtsein von der ungeschlichen Handlung vorhanden sein müsse, also die Absicht, ungesichtlich zu handeln. Abg. Bebel wendet sich gegen Schall. Ein großer Theil der von ihm angelegenen Schilderungen in der Bibel behandle historische Vorkommnisse, ohne jedes Kritik schilderten andere erotische Vorgänge in verberlichenden Formen. Ferner würden Darstellungen

von Kunstwerken, die heute öffentliche Plätze und Gärten zierten, sobald sie durch Photographie oder sonst vervielfältigt zum Verkauf kämen, unter die Ziffer 2 des § 184 fallen. Ob. Reg. Rath v. Tischen-dorff kann nicht die Befürchtungen Webeis theilen. Abg. Beck ist für Beibehaltung der von Webel beantragten Streichungen, aber gegen die Ziffer 2, er verlangt über den Absatz 4, der die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erzwinge, getrennte Abstimmung. Bei der Ab-stimmung wird die Streichung der von Webel beantragten Worte gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Der Antrag Beck wird gegen 2 Stimmen verworfen, der ganze Paragraph wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. § 184a wird ohne Debatte einstimmig angenommen. § 184b (Theaterparagraph) fällt gegen 4 Stimmen, dagegen findet eine Resolution des Abg. Schall mit 6 gegen 8 Stimmen Annahme, welche fordert:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf dem Wege ver-schärfter Präventivmaßnahmen mittels der hierzu berufenen Ver-waltungsorgane dahin zu wirken, daß öffentliche theatralische Vorstellungen, Singspiele, Gesangs- oder declamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen oder ähnliche Aufführungen nicht veranstaltet werden, welche durch gräßliche Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls Regierern zu geben geeignet sind. Die Abg. Webel und Beck hätten sich gegen die Resolution geäußert, wogegen einer der Regierungskommissare mittheilt, daß eine Verordnung ergangen sei, die Theaterzensur strenger zu handhaben, und zwar nicht bloß in bezug auf den Text, sondern auch die Art und Weise der Darstellung.

Im § 327a wird Absatz 2 gestrichen und daraus der Paragraph in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Wer die Gesundheit einer Person dadurch gefährdet, daß er, wissend, daß er mit einer ansteckenden Krankheit behaftet ist, den öffentlichen Verkehr ausübt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

Einstimmig angenommen wird ferner der § 362 (Behandlung der auf Grund § 361 Ziff. 6 Beirater). Alsdann kommt der Antrag Webel zur Verhandlung, der Ziffer 6 des § 361 (polizeiliche Ueber-wachung der Prostituirten) zu streichen verlangt. Der Antragsteller begründet seinen Antrag in längerer Rede unter Hinweis auf die Vorformirten der letzten Zeit in Berlin, Köln und anderwärts und auf die gänzliche Unzulässigkeit der polizeilichen Kontrolle der Prostituirten. Für den Fall der Ablehnung seines Antrages zu § 361, Ziffer 6, beantrage er folgende Resolution:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Bekämpfung und Einschränkung der geschlechtlichen Krankheiten und die Be-seitigung der Ziffer 6 des § 361 des Reichsstrafgesetzbuches.

Nach längerer Debatte, in welcher sich die Mehrzahl der Redner gegen die Streichung der Ziff. 6 § 361 erklärt, zieht der Antragsteller diesen Antrag zurück. Bei der Abstimmung über die Resolution wird der Schlusssatz derselben von den Worten „und die Be-seitigung“ mit 9 gegen 3 Stimmen gestrichen, der übrige Theil wird mit 10 gegen 2 Stimmen angenommen. Damit ist die zweite Lesung erledigt. Der Bericht soll gegeben werden, sobald der Berichterstatter, Abg. Schwarz, denselben festgestellt hat.

Die Postdampfer-Subventionsvorlage wurde heute in der Kommission in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemo-kraten und der freisinnigen Volkspartei angenommen. Das Gesetz wurde nach den Beschlüssen der ersten Lesung, d. h. der Regierungsvorlage angenommen, mit dem Zusatz, daß die Dampfer abwechselnd von Hamburg und Bremen abgehen müssen. Groß ist die Begeisterung für das Gesetz höchstens bei den direkt interessirten Kreisen. Um aber die Annahme im Hause zu erleichtern, wurden mehrere Resolutionen beschloffen, wodurch die Stimmen von jüngernden Gruppen gewonnen werden sollen. Durch Annahme folgender Resolution sollen die Stimmen der Agrarier gewonnen werden:

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem Norddeutschen Lloyd eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurriren, mit Ausnahme von Tabak, Häuten, Fellen und Wollen, von der Einfuhr durch die subventionirten Dampfer nach deutschen, holländischen und belgischen Häfen auszuschließen.

Aber auch in Süddeutschland steht man dem Unternehmen lähl gegenüber. Von München expedirt man Güter zu einem sehr inter-essanten Frachtfahrer. Die Subventionsdampfer fahren aber von Antwerpen und Genua zwei Häfen, die von Bayern schwer zu erreichen sind. Die Stimmen der Bayern glaubt man durch folgende Resolution zu erlangen:

In Erwägung, daß es wünschenswert erscheint,

1. Süddeutschland den Anschluß an die Ausfuhrhäfen zu er-leichtern;

2. der Verwerthung des natürlichen Bodenreichtums und der inländischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse Bayerns durch Schiffarmachung des Main und dessen Verbindung mit dem Rhein zu fördern,

den Reichskanzler zu ersuchen, thunlichst bald eine Ver-einbarung der beteiligten Regierungen dahingehend herbei zu führen, daß die Erhebung von Schiffahrtsgeldern auf dem kanalisirten Main unterbleibt.

Dr. Lieber schiebt zur Empfehlung dieser Resolution an: Eine Öffnung bringt viel ein und kostet keinem Menschen einen Pfennig.

Am 26. Februar hatte Jepsen beantragt, daß die Dampfer mit deutscher Mannschaft genügend besetzt sein müssen. Inzwischen hat er sich überzeugt, daß dieser Antrag nicht durchführbar ist, und beantragt nun folgende Resolution:

Die Kommission wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in den mit dem Unternehmer der Postdampfschiffverbindungen mit Ostasien und Australien ab-zuschließenden Verträgen eine Bestimmung dahin aufzunehmen, daß farbige Schiffmannschaften auf der australischen Haupt-linie regelmäßig überhaupt nicht, auf der ostasiatischen Haupt-linie aber nur für den Dienst in den Maschinen- und Kessel-räumen insoweit verwendet werden dürfen, als die Verwendung europäischer Mannschaften aus gesundheitlichen Rücksichten unthunlich ist.

Allenfalls hebt dieser Resolution gegenüber hervor, daß die Rücksicht der Abwehr auf die Gesundheit der Heizer und Trimmer erst dann allgemeine Verbreitung gefunden hat, als die Heuern der Seeküste recht hoch waren. Die Seeküste behaupten, daß sie wohl in der Lage sind, den Dienst auf den Schiffen zu thun. In Süd-amerika, wo auch deutsche Schiffe in den Tropen verkehren, können und müssen deutsche Heizer den Dienst thun. Freilich finden die Abwehr dort keine Arbeiter, die mit ihren Forderungen hinter deutsche Arbeiter zurückbleiben. Jepsen's Resolution wurde an-genommen.

Wahlbewegung.

Nachdem in Celle die Nationalliberalen in der Person des Herrn Groth einen Kandidaten aufgestellt haben, der sich ausdrück-lich auf das Programm der „Wandler“ verpflichtet, haben die „Liberalen“ den Fabrikanten Haacke aus Celle als ihren Kandidaten nominirt. — Zu den „Einbrüchen“ der deutschsozialen Reform-partei in die Wahlkreise Salzweide, Gardelegen und Stendal: Osterburg, wo von den Konservativen und dem „Bunde der Landwirthe“ bereits der Landtags-Abgeordnete v. Kröcher und der bisherige Abgeordnete Hinzburg aufgestellt sind, bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“: Gegen beide dürfte die deutschsoziale Reformpartei nicht das Mindeste einzuwenden haben. Es ist uns ganz unerfindlich, welchen Grund und Zweck derartige durch nichts begründete Einbrüche haben sollen. — Herrn Stöcker, der jetzt gerade dabei ist, in Berlin die Sozial-demokraten zu vertrieben, wird in einer Zukunfts, die dem „Rhein-lur.“ aus dem oberen Niederrhein, Wahlkreis Dillkreis.

Oberwieserwald als Unfriedensstifter und Vorläufer der Sozialdemokratie hingestellt. „Auch in unsere friedlichen Thäler,“ heißt es dort, „wird jetzt der soziale Unfrieden hineingetragen. Der Berliner Hofprediger a. D. Stöcker hat in Giebelshausen eine Rede gehalten, die in unserer durch Sektirer leider genügend vorbereiteten Bevölkerung bald bei den nächsten Wahlen ihre Früchte, nicht, wie es der Herr Hofprediger a. D. wünscht, durch Abgabe christlich-sozialer, sondern sozialdemokratischer Stimmen hervorbringen wird.“

Partei-Nachrichten.

Bei der Gemeinderathswahl im Dorfe Trotha bei Halle a. S. erhielt in der dritten Klasse, wo bei der letzten Wahl nur 15 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden waren, der Parteigegner Wilhelm Banse 108 Stimmen, zwei gegnerische Kandidaten 82 und 72 Stimmen. Banse kommt somit in die Stich-wahl. Die Wahlbetheiligung betrug 68 pCt.

Im Dorfe Müßighelm im Kreise Hanau wurden bei der Gemeinderathswahl in der dritten Klasse die Arbeiter-kandidaten trotz der öffentlichen Stimmenabgabe mit genau so viel Stimmen gewählt, als in diesem Orte bei der letzten Reichstagswahl Stimmen für unsere Partei abgegeben worden sind.

Anlässlich des Jubiläums der 1848er Revolutions-bewegung hatte die österreichische Parteivertretung im Einvernehmen mit der Wiener Sozialorganisation ein bleibendes Erinnerungszeichen in Form einer Denkmünze anfertigen lassen. Wie tele-graphirt wird, sind diese Denkmünzen polizeilich beschlagnahmt worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Au die Gewerkschaften Berlin!

In der Nr. 53 des „Vorwärts“ befindet sich ein Inserat, in welchem die Gewerkschaften Berlins zu einer allgemeinen Versamm-lung eingeladen werden.

Zu dieser Versammlung sind die Delegirten der Gewerkschafts-Kommission besonders eingeladen.

Wir halten uns demgegenüber für verpflichtet, zu erklären, daß die Gewerkschafts-Kommission mit der Einberufung dieser Versamm-lung nichts zu thun hat.

Der Ausschuss steht auf dem Standpunkte, daß Streitigkeiten wie bei den Buchdruckern in dem betreffenden Beruf selbst geregelt werden müssen, und verwahrt sich ganz entschieden dagegen, daß derartige Streitigkeiten in allgemeine Gewerkschafts-Versammlungen übertragen werden.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

In Sachen des Schuhmacherstreiks zeigen sich die Fabrikanten geneigt, in erneute Verhandlungen mit den Arbeitern einzutreten. Der Reichstags-Abgeordnete Böhmke hat — anscheinend im Auftrage eines der maßgebendsten Schuhfabrikanten — sich am Freitag an den Abgeordneten Bod. Gotha gewandt, der bekanntlich Mediateur des Schuhmacher-Fachblattes ist, und demselben mitgetheilt, die Arbeiter hätten das Antwortschreiben der Fabrikanten, worin den Arbeitern bezüglich ihres Verlangens nach Beteiligung an der Verwaltung des Arbeitsnachweises ein ablehnender Bescheid erteilt wird, falsch verstanden und beruhe der Streik daher auf einem Mißverständniß. Um dasselbe zu beseitigen, wären den Fabrikanten erneute Verhand-lungen mit den Arbeitern erwünscht. Die Arbeiter, die bekanntlich in allen Stadien des Konflikts zu glänzlichen Verhandlungen bereit waren, haben auch dieser Anregung Folge gegeben, und so dürften bereits heute (Sonntag) erneute Verhandlungen stattfinden.

Wenn die Arbeiter wirklich falsch verstanden haben sollten, so befinden sie sich in der That in recht guter Gesellschaft, denn der bekannte Fabrikant, Herr Weigert, der bei den Eingangsverhand-lungen als Beisther fungirte, unterzieht in der neuesten Nummer des „Gewerbegericht“ die Weigerung der Fabrikanten, den Arbeitern einen Einblick auf den Arbeitsnachweis der Unternehmer zu gestatten, einer recht abfälligen Kritik. Herr Weigert muß also auch falsch verstanden haben. Er weist darauf hin, daß die Arbeiter unerwartet haben, Zeitung des Arbeitsnachweises sowohl als auch der Woche in demselben siehe den Arbeitern zu, daß sie, die Arbeiter, nur eine beratende, nicht eine ausschlaggebende Stimme in denselben ver-langen. Wenn man erwägt, heißt es dann weiter, daß hierdurch die der Arbeitgebern zustehenden Rechte nie geschmälert, wohl aber manchen Mißdeutungen und deren Folgen vorgebeugt werden würde, die mehr oder weniger folgen-treten werden, wenn man fragen, die das Wohl und Wehe von Arbeitern betreffen, ohne Hinzuziehung von Delegirten derselben entscheidet, dann wäre wohl zu erworren gewesen, daß die vereinigte Arbeitgeber den berechtigten Kern, welcher in diesem Ver-lange der Arbeiter liegt, herausfinden und demselben im Interesse des friedlichen, gemeinsamen Zusammenwirkens Rechnung tragen würden. — Leider haben die Arbeitgeber nachträglich jede weitere Verhandlung vor dem Eingangsamt über die prinzipielle For-derung der Arbeiter abgelehnt und sich nur zur Verhandlung über die Beschwernung bezüglich der Handhabung des Arbeitsnachweises bereit erklärt.

Soweit Herr Weigert. Er ist weiblich genug, um zu erkennen, daß die Schuhfabrikanten in diesem Falle sich auf recht billige Weise in den Bereich der Arbeiterfreundlichkeit hätten bringen können, denn „die den Arbeitgebern zustehenden Rechte“ wären durch die Erfüllung der Arbeiterwünsche „nie (auch im Original durch Druck hervor-gehoben) geschmälert“ worden. Aber auch dieses geringfügige Zu-geständniß ging den Fabrikanten zu weit.

Wie dem aber auch sei, haben die Fabrikanten es wirklich andern gemeint, als sie es gesagt, und zeigen sie nun etwas mehr Ent-gegenkommen, sobald es zu einer Verständigung kommt, so würde das nicht zum wenigsten auch der Vortheil der Fabrikanten sein. Denn gewiß ist, daß ein Frieden, der mit allen Mitteln des wirtschaftlichen Uebergewichts dem Gegner aufzuweisen ist, ohne im mindesten den berechtigten Forderungen desselben Rechnung zu tragen, niemals Bestand haben kann. Den Beweis hiervon haben die Fabrikanten durch den jetzigen Zustand.

Die Lage des Streiks ist, wie uns berichtet wird, bis jetzt eine den Arbeitern günstige. Die Arbeitsüberlegung ist in allen maßgebenden Fabriken mit großer Einmüthigkeit erfolgt und hat ein Zugung von Streikbrechern nirgends stattgefunden. Die Polizei ist wieder zum Schutze der Unternehmer auf dem Posten, indem sie vor einzelnen Fabriken sowohl, wie vor dem Arbeitsnachweis das Postenfischen verbietet.

Achtung, Vergolder! Die Kollegen werden hiermit auf die am Montag, den 7. d. M. stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Näheres siehe Annonce in heutiger Nummer.

Die Agitations-Kommission.

Die Maurer von Lichterfelde haben beschloffen, demnächst mit allen Meistern über die 9 stündige Arbeitszeit und den 55 Pfennig-Stundenlohn in Unterhandlung zu treten. Die Sperre über die Bauten des Baumeisters Deuming bleibt aufrecht erhalten.

Der Streik der Maurer in Oberwalde dauert fort. Die Arbeit ruht auf allen Plätzen und Bauten, Streikbrecher sind bis jetzt nicht zu verzeichnen. Von Berlin waren allerdings einige Maurer eingetroffen, die aber, nachdem sie vom Stande der Dinge erfuhren, sofort wieder abreisten. Ausgabe der Berliner Maurer namentlich muß es sein, vor allem den Zugung abzuhalten, dann ist uns der Sieg gewiß. Die Streikkommission.

Deutsches Reich.

Den deutschen Schneidern zur Beachtung. Mit Rücksicht auf den im Frühjahr voranschreitend bevorstehenden Kampf zwischen Arbeitern und Meistern ersuchen wir die deutschen Kollegen, nicht eher in der Schweiz Arbeit zu suchen, bis an dieser Stelle bekannt gegeben wird, daß die eingeleitete Lohnbewegung beendet ist. Gleich-zeitig machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß laut Bes-chluss die Sperre über die ganze Schweiz verhängt werden soll, und

daß vom Tage ihrer Erklärung ab die Reise-Unterstützung für zu-reisende Kollegen sührt wird.

Das Zentralkomitee des Schweiz. Schneider- und Schneiderrinnen-Verbandes.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten. Die Maurer Deutschlands werden ersucht, den Zugung nach-essen streng fernzuhalten. Die dortigen Fachgenossen stehen nach-dem alle Einigungsversuche gescheitert sind, vor dem Streik. Die Unternehmer verlangen von den Maurern, sie sollen sich unter-schrieben verpflichten, nicht an der Bewegung theilzunehmen, und haben bereits 10 Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer ausgesprezt. Die Forderungen der Maurer sind in einem Lokutarif niedergelegt, der folgendes enthält: 45 Pf. Stundenlohn, Arbeitsstunden je 50 Pf. bei Nacht, Wasser- und Sonntagsarbeit 60 Pf. die Stunde, 10 stündige Arbeitszeit, wöchentliche Lohnzahlung Freitag auf der Baustelle, Arbeiterzuschuß auf den Bauten (hierüber sind spezielle Vorschriften gemacht), humane Behandlung, Befreiung der Kündigung; an den Vorabenden aller hohen Festtage soll eine Stunde früher Feierabend gemacht werden, ohne daß Kürzung des Lohnes eintritt.

Beim Formerkreis in der Spierling'schen Gießerei in Krosok handelt es sich um eine Arbeit für die Reparaturwerk, der folgenden enthält: 45 Pf. Stundenlohn, Arbeitsstunden je 50 Pf. bei Nacht, Wasser- und Sonntagsarbeit 60 Pf. die Stunde, 10 stündige Arbeitszeit, wöchentliche Lohnzahlung Freitag auf der Baustelle, Arbeiterzuschuß auf den Bauten (hierüber sind spezielle Vorschriften gemacht), humane Behandlung, Befreiung der Kündigung; an den Vorabenden aller hohen Festtage soll eine Stunde früher Feierabend gemacht werden, ohne daß Kürzung des Lohnes eintritt.

In Wald bei Solingen führen die Formner der Kroshann's-schen Gießerei schon lange Klage darüber, daß ihnen die neu-eingeführten Kupolösen selten genügend warmes Eisen liefern. Die Gießereileitung hat zwar vor einiger Zeit schriftlich versprochen, den Formnern den Schaden zu ersetzen, der ihnen aus jenem Uebelstand erwächst, das Versprechen ist aber nicht gehalten worden. Als jetzt die Formner energisch die Vergütung eines ausnahmshweise großen Schadens verlangten und dabei anfügten, daß sie unter diesen Umständen das Gewerbegericht in Anspruch nehmen würden, wurden 19 von ihnen gekündigt. Darauf reichten sämtliche übrigen Formner ihrerseits die Kündigung ein.

Zu Delmenhorst ist der Tischlerstreik beigelegt; die Ver-längerung der Arbeitszeit wurde bewilligt. Der Streik der Stell-macher dauert fort.

Ueber den Wasser- und Laktierstreik in Wiesbaden ist mitgetheilt, daß bis 2. März 128 Gehilfen bei 28 Meistern die Forderungen bewilligt bekommen hatten; 42 Streikende hatten anderweit Beschäftigung gefunden, 22 waren abgereist und 467 blieben zu unterführen. Die Zahl der Streikbrecher betrug 18.

In Leipzig stehen seit 1. März über 100 Dachpappen- und Asphalt-Arbeiter der Firmen G. F. Weber und G. Jälich im Streik. Sie fordern einen Minimallohn von 40 Pf. die Stunde und für Hilfsarbeiter einen solchen von 35 Pf.

Der Streik der Klempner der Riemann'schen Fabrik in Chemnitz ist am 26. Februar für beendet erklärt worden, da es der Firma gelungen ist, andere Arbeitskräfte zu erhalten.

In der Fahrradfabrik Freya in Giesing bei München haben die Schlosser wegen angefügter sehr bedeutender Lohn-abzüge die Arbeit eingestellt.

Ausland.

Die Berichte über die Streiks der Baumwollstoff-Arbeiter haben sich, wie uns aus New-York geschrieben wird, als ge-nauig übertrieben herausgestellt, denn außer in New-Bedford, wo fast alle Fabriken stillstehen und 8000 Arbeiter im Auslande sind, beschränkt sich der Streik an den übrigen Plätzen auf einzelne Stablenments. In Lawrence hatten sich die 6000 Arbeiter zwar ebenfalls der Lohnreduktion widersetzt, die Arbeit aber bald wieder aufgenommen, um ihren Kollegen in New-Bedford zum Siege zu ver-helfen. Zur Unterstützung derselben sind aber wöchentlich ca. 16000 Dollars erforderlich, und in den letzten Wochen sind nur je ca. 1400 Dollars eingegangen. Auf einer „geheimen“ Textilarbeiter-Konferenz in Boston, an welcher der Präsident der „Federation of Labor“, Comper, theilnahm, ward mit dessen Zustimmung be-schlossen, die Insignierung eines Generalfreiks zu empfehlen, was indessen überall mit Erstaunen aufgenommen wurde; besonders da von finanzieller Unterstützung keine Silbe verlautete. — Aus Providence in Rhode Island wird gemeldet, daß sich dort nur die Arbeiter von zwei Fabriken im Streik befinden.

Eine neue Gewerkschaft in Japan. In Tokio Tokio wurde in der neuen Gewerkschaft der Eisenarbeiter gegründet wurde, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens 1200 Mitglieder stark geworden sei. Die neue Organisation ist dadurch die größte der zur Zeit in Japan bestehenden Gewerkschaften geworden. Jedem eine politische Thätigkeit bei den Wahlen will die Gewerkschaft nicht entfallen. Die Arbeiter besitzen in Japan kein Wahlrecht, da nur der wählen darf, welcher 15 Yen (1 Yen = 100 Sen gleich 4,188 M.) nationale Steuer bezahlt. Der monatliche Beitrag in der Gewerkschaft beträgt 20 Sen. In Krankheitsfällen soll eine Unterstützung von 20 Sen pro Tag und zwar im Höchsthalle für 90 Tage im Laufe eines Jahres bezahlt werden; außerdem ein Begräbnisgeld von 20 Yen und ein Sterbegeld, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, von 10—30 Yen. Der Vorstand der japanischen Eisenarbeiter-Gewerkschaft hofft durch rege Agitation im Laufe dieses Jahres die Mitgliederzahl von 5000 zu erreichen.

Soziales.

Bevölkerungstatistisches. Nach der Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes über die Bevölkerungsbewegung in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien für das Jahr 1898 waren in diesem Jahre die Be-völkerungsvorgänge in den vier Ländern folgende:

	Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Italien
Bevölkerungszahl im 1000:	52 785	54 904	38 518	81 196
Geborene, a) absolut, b) auf 1000 der Bevölkerung:	1 914 749	1 048 854	868 586	1 049 141
a) 96,8	90,0	92,5	85,1	
Geborne, a) absolut, b) auf 1000 der Bevölkerung:	1 068 966	598 568	771 886	711 795
a) 20,8	17,2	20,0	24,3	

Witthin natürliche Bevölkerungszunahme (Geburten-Überschuß):

a) 815 783	447 791	68 700	887 876
b) 15,5	12,8	2,5	10,8

Bei den Geborenen wie Gestorbenen sind die Todtgeborenen nicht eingeschnet; in Großbritannien werden sie überhaupt nicht registriert und also nicht statistisch nachgewiesen. Großbritannien ist hier ohne Island gegeben; in letzterem sind für 1898 zu ver-zeichnen:

Bevölkerung 4 560 000, Geborene 107 841 (23,6), Gestorbene 75 700 (16,6), nitthin Ueberschuß: 31 941 (7,0).

Bundesrathliche Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern bei der Herstellung elektrischer Akkumulatoren sind, wie berichtet wird, in Vorbereitung. Da die letztgenannte Beschäfti-gung erhebliche Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter mit sich bringt, soll namentlich auch ein Maximum für die Zeit bestimmt werden, während welcher die Arbeiter insbesondere mit dem Ein-freien der Sälmasse in die Platten beschäftigt werden dürfen.

Arbeiter-Risiko. Ueber das große Unglück in dem herrschaft-lichen Schieferbruche bei Wurzbach im reussischen Oberlande, wobei 9 Arbeiter getödtet und 3 verletzt wurden, heißt unser Oberer Bundesorgan mit, daß sich vor 14 Tagen große Massen Gestein und Erde losgelöst hatten; mit der Wegschaffung derselben waren die wüth Arbeiter beschäftigt, als sich eine größere Erdbinasse vom

Geisten töne und die Arbeiter in den Bredch binad-
ren und verschüttete. Die meisten der Verunglückten hinter-
lassen Frau und Kinder. Die „Lobenswerter Landbesitzer“
trübt ihre Leser mit folgender Prosa: „Unfälle in den Schiefer-
arbeiten gehören, besonders mit tödlichem Ausgange, sonst Gott sei
Dank zu den Seltenheiten und es ist auch dieses Unglück nur einem
zufällig eingetretenen Naturereignis zuzuschreiben.“
Die zuständigen Behörden werden das große Unglück hoffentlich
ernster nehmen als jenes Blatt und die nöthigen Anordnungen un-
verweilt treffen, damit auch den in Brächen u. c. beschäftigten Arbeitern
ausreichender Schutz vor Unfällen zu Theil wird.

Unternehmer-Verhände.

Eine Verkaufsgenossenschaft von Mitgliedern der
Berliner Schneiderinnung ist errichtet worden und als Gesellschaft
mit beschränkter Haftung ins Genossenschaftsregister eingetragen.
Das Statut ist datirt vom 28. Februar 1898, Gegenstand des Unter-
nehmens ist An- und Verkauf aller Bedarfsartikel zur Schneiderei
an Genossen und Nichtgenossen für gemeinschaftliche Rechnung. Die
Dassumme beträgt 50 M.; jedes Mitglied darf sich mit höchstens
zehn Geschäftsanteilen betheiligen. Vorstandsdirektoren sind Eduard
Siebert, Wilhelm Gugel und Wilhelm Tadmänn, sämtlich
zu Berlin.

In England, wo kürzlich ein Naggarn-Truht gegründet
wurde, dem 14 große Spinnereien in Lancashire mit 6 Mill. Pfd.
Sterling Kapital angehören, sind an großen Unternehmungen zur
Zeit noch in Werke: eine Vereinigung von irischen
Flachs-Spinnereien mit 4 Mill. Pfd. Sterling Kapital, die
bessere Einkaufs- und Verkaufsbedingungen schaffen und ein Gegen-
gewicht bieten soll gegen die preisdrückende Konkurrenz der großen
Spinnereien in Belfast; ferner eine Vereinigung der Fädelspinn-
ereien in Dundee mit 2 Mill. Pfd. Sterling.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Beleidigung hatte der Inhaber des Kaufhauses
N. Wertheim den Redakteur des Blattes „Deutscher
Mittel“, Schriftsteller Krauß, gestern vor das hiesige
Schöffengericht geladen. Wegen der Geschäftsprinzipien des
Warenhauses Wertheim brachte der „Deutsche Mittel“
bald nach der Eröffnung des neuen Hauses in der Leipziger-
straße in Nr. 52 vom vorigen Jahre und in Nr. 2 von diesem
Jahre zwei Artikel, die in vielen beleidigenden Wendungen die Art
der Geschäftshandhabung in diesen großen Kaufhäusern in all-
gemeinen und der Firma N. Wertheim in besonderen sehr abfällig
kritisierten. Beide Artikel wurden vom Schöffengericht für beleidigend
erachtet und der Angeklagte mit Rücksicht auf die geringe Verbreitung
des Blattes zu 75 M. und 45 M. Geldstrafe verurtheilt.

Aus einer modernen Fabrikordnung. Die Firma Jurs
u. Komp. hat in ihrer Fabrikordnung eine Bestimmung, wonach
die Arbeiter jeden Schaden zu ersetzen haben, den sie
ihre absichtlich oder fahrlässig zufügen. Anherdem
erhalten sie nach dieser Bestimmung für fehlerhafte
Arbeit keinen Lohn. Dem Arbeiter M. wurden 12,30 M. vor-
enthalten, weil er und sein Mitarbeiter eine notwendige Reparatur
unterlassen hatten. Die Firma hatte bei der Schaden-
berechnung den Kläger auch für den unnötig verbrannten Kote
und für gewisse Abnutzungen haftbar gemacht. M. ver-
klagte die Firma beim Gewerbegericht, wurde aber von
der Kammer V, der Assessor Hellwig vorfand, mit der
Forderung abgewiesen. Der Gerichtshof sah darin eine Fahr-
lässigkeit, daß eine Reparatur, deren Notwendigkeit M. kannte, bei
der Arbeit unterblieben war, und erklärte jene oben an-
geführten Bestimmungen der Fabrikordnung für gesetzlich
zulässig. Mit einem weiteren Anspruche von 3,50 Mark
hatte jedoch der Kläger Erfolg. Es handelte sich hierbei
um die Bezahlung einer Nacht. Der Kläger war erst drauffragt
worden, die Nacht durchzuarbeiten, der Werkmeister hatte
dann aber bereits nach dem fünften Fuß Bierabend geboten. Für
die geleistete Arbeit erhielt M. 2,50 M., er beanspruchte aber die
ganze Nacht bezahlt. Der Gerichtshof erkannte dies für berechtigt an,
weil sich der Auftrag auf die ganze Nacht erstreckte hatte.

Verbotswidriges Handeln und Betriebsunfall. Der Arbeiter
Wojny war von einer Lokomotive herabgefallen, die im Betriebe
seines Arbeitgebers zum Ziehen sogenannter „Hunde“ (Covries)
benutzt wurde; er verletzte sich derart, daß seine Erwerbs-
fähigkeit erheblich darunter litt. M. hatte im Betriebe
die Wagen zu schüttern. Er beanspruchte eine Unfallrente,
wurde aber von der Berufsgenossenschaft abgewiesen. Diese
machte geltend, M. habe gegen ein Verbot gehandelt, als
er die Lokomotive benutzte, er könne deshalb keine Rente bean-
spruchen. Das von M. angeseufte Schiedsgericht vernahm
den Zeiger und den Lokomotivführer. Die Zeugen wollen
den Kläger überhaupt nicht auf der Lokomotive bemerkt
haben. Das Gericht glaubte ihnen dies indessen nicht; verurtheilte
aber die Berufsgenossenschaft mit der Begründung, daß M. im
Zwischeninteresse auf der Lokomotive mitgefahren sei. Insbesondere
führte das Gericht aus, der Lokomotivführer habe den Kläger
ungewisselhaft gesehen, und er befürchte, bestraft zu werden, wenn
er die Wahrheit sage, da er den Kläger nicht von der
Maschine gesehen habe. Ein wirksames Verbot könne nicht an-
genommen werden. Das Reichs-Versicherungsamt wies den hier-
gegen von der Berufsgenossenschaft eingelegten Rekurs unter folgen-
der Begründung zurück. Wenn wirklich das behauptete Verbot be-
standen habe, so würde es hier die Entschuldigungsverpflichtung der Berufs-
genossenschaft nicht ausschließen. Dazu wäre die Wirksamkeit
des Verbots erforderlich. Sie bestände in Maßregeln, die geeignet
seien, die Arbeiter von Verhören gegen das Verbot abzuhalten.
Solche Maßregeln seien im Falle Wojny nicht nachgewiesen worden.
Zum Beispiel hätte der Lokomotivführer oder der Zeiger dem Kläger
den Aufenthalt auf der Lokomotive untersagen müssen.

„Wir wollen es versuchen“, sagte ein Konfessionär zu einer
Näherin, als sie sich bei ihm um Arbeit bemühte. Die Kammer I
hatte zu entscheiden, ob jene Worte so viel wie den Ausschluß der
Kündigungspflicht bedeuteten. Der Gerichtshof, dem Assessor
Hellwig vorfand, erkannte sie nicht als Ausschluß der Kündigungspflicht
an und verurtheilte den beklagten Konfessionär, an das Mädchen
wegen unberechtigter sofortiger Entlassung die verlangte Lohn-
entschädigung zu zahlen.

Der durch seine Heldenthaten unter dem Sozialistengesetz
bekannte Kriminalbeamte Naporra ist von Berlin nach Danzig
versetzt worden. Dort entfaltet er nun eine erfolgreiche Wirksam-
keit. Ihm war die polizeiliche Ueberwachung eines vom polnischen
Verein „Jedność“ veranstalteten Tanzabends übertragen, wie denn
überhaupt alle von diesem Verein veranstalteten Vergnügungen
polizeilich überwacht werden. An dem Tanzabende wollte
auch ein Sergeant vom 128. Regiment theilnehmen. Herr Naporra
verbot diesem jedoch die Theilnahme an dem Kränzchen,
weil Militärpersonen nicht an politischen Versammlungen theilnehmen
dürften! Gegenüber diesem Verbote konnte der Vereinskassirer
Matern sich nicht enthalten, den Sergeanten aufzufordern, nur ruhig
dazubleiben und mitanzuhören, da ein Tanzabende keine politische
Versammlung sei. Dem Sergeant leuchtete dies ein, weshalb er
trotz des Verbotes des Herrn Naporra an dem Vergnügen theil-
nahm. Für dieses Vergehen wurde er mit 15 Tagen Mittelarrest
bestraft, Matern aber erhielt eine Anklage wegen Aufforderung eines
Soldaten zum Ungehorsam gegen die Befehle eines Vorgesetzten. Die
Strafkammer zu Danzig sprach Matern indessen frei, da nach den
Sagungen des Vereins dieser kein politischer sei.

Der Bauer als Millionär. Eine interessante Vorgeschichte
hatte ein Meineidsprozeß, welcher gestern das Schwurgericht am
Landgericht II beschäftigte. Der Milchhändler Dietrich in Berlin
besog seine Milch von den Bauern in Ahrensdorf bei Trebbin. Die
Milch wurde von den einzelnen Bauern bei dem sogenannten Milch-
fabler abgeliefert und zum Versand fertig gemacht. Häufig kam aber

die Milch schon in saurem Zustand auf dem Bahnhof an und wurde
theils gleich bei der Ankunft, theils im Geschäft des Dietrich polizeilich be-
schlagnahmt. Um der Sache auf den Grund zu gehen, fuhr Dietrich selbst
nach Ahrensdorf und nun wurde durch Einnahme von Proben ermittelt,
daß in der von dem Bauer Wilhelm Bastian gelieferten Milch
mindestens 20 pSt. Wasser befindlich war. Die Frau Wilhelmine
Bastian und der 16-jährige Sohn Hermann Bastian wurden in der
Folge wegen Milchplunders bezw. Verfälschung von Nahrungs-
mitteln verurtheilt und zwar die Frau mit einem Monat Gefängniß
und der Sohn mit 20 M. Geldbuße. In der Verhandlung ergab sich,
daß die Milchplunderin zu der Milchplunderscherei in unbegrenztem
Maße zu suchen sei, der soweit ging, daß die Bastian'sche Familie
ihre Diensthöfen hungern ließ, so daß sich oft der Ort-
vorsteher erbot und den Mägden ein Stück Brot her-
geben mußte. In der Folge mußte aber die geizige Herrschaft,
deren Vermögen im Dorfe auf eine Million Mark geschätzt wird,
leben in ihren Beutel greifen. Mit Hilfe der theuersten Anwälte
wurde der Prozeß zweimal bis an das Reichsgericht
gebracht und hat Tausende verschlungen, es half aber alles
nichts. Frau Bastian mußte ihren Monat Gefängniß
verbüßen. Inzwischen zog sich über den Häuptern der Familie ein
neues Unwetter zusammen. In dem Milchprozeß vor dem Schöffен-
gericht war die Dienstmagd Rosalie Klumpke als Entlastungs-
zeugin vernommen worden. Dieselbe beschwor, daß ihre Dienst-
herren niemals Wasser in die Milch gegossen habe. Diese Aussage,
die den sonstigen Feststellungen diametral entgegenstand, fand keinen
Glauben, die Beurtetheilung erfolgte trotzdem und nun stellte
sich die Magd gleich nach dem Termine dem Richter
und gestand, daß sie einen Meineid geleistet habe. Die Dienstherrin
habe alle Tage einige Liter Wasser in die Milch gegossen, diese
aber, sowie der Dienstherr selbst hätten sie durch Drohungen
und Schläge gezwungen, eine falsche Aussage zu
machen. Diese Behauptung hat nun die Klumpke in allen Ter-
minen der verschiedenen Instanzen aufrichtig erhalten. Nachdem der
Milchprozeß rechtskräftig beendet worden war, wurde sowohl die
Klumpke als auch das Bastian'sche Ehepaar wegen Meineids und
Anstiftung dazu in Untersuchungshaft genommen. Die Haft hat nahe
an sieben Monate gedauert. Gestern blieb die Klumpke bei ihren
bisherigen Angaben und auch die übrige Beweisführung ließ keinen
Zweifel daran, daß die Bastian'schen Eheleute thatsächlich mit Ge-
walt auf die Klumpke eingewirkt hätten; die drei Betheiligten suchten
aber den Geschworenen klarzumachen, daß die Klumpke viel zu be-
schränkt sei, um die Bedeutung des Eides zu verstehen und einen
wissentlich falschen Eid zu leisten. Die Geschworenen sprachen denn
auch die Klumpke des wissentlichen Meineides nicht schuldig. Da
nach diesem Verdict ein Meineid nicht vorhanden war, konnte auch
von einer Anstiftung nicht mehr die Rede sein. Unter dem Zwange
dieser Logik mußte auch die Freisprechung der Bastian'schen Eheleute
erfolgen.

Die Schülermishandlungen in Schöneberg, namentlich in der
Kolonnenstraße, haben in der gesamten Bevölkerung des Ortes
eine nachhaltige Erregung hervorgerufen, die in den Gerichtsfällen
noch immer nachhallt. So fand erst gestern wieder die Frau des
Arbeitsführers I. Schöneberg vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II, um sich wegen Beleidigung der Lehrerin
Traback und des Direktors Körper zu verantworten. Die Angeklagte
kam am 8. November mit der Beschwerde zu dem Direktor Körper
daß ihre Tochter, weil dieselbe ihrer Schwermüdigkeit halber eine
Frage nicht gleich verstanden habe, von der Lehrerin T. wiederholt
ins Gesicht geschlagen worden sei. Das sei am Dienstag, wie am
Freitag geschehen. Die beschuldigte Lehrerin hatte jedoch erst am
Freitag die betreffende Klasse in Stellvertretung übernommen, sie
besitzt übrigens, die Tochter der Beschwerdeführerin zu kennen, noch
mehr aber, daß Kind geschlagen zu haben. Der Direktor ließ nun
verschiedene Mädchen aus der Klasse herbeiholen, die mit mehr
oder weniger Bestimmtheit erklärten, von dem Schlagene nichts
gesehen zu haben, worauf der Direktor zu der Frau sagte: „Sie sehen
doch nun, daß Sie falsch berichtet sind!“ worauf die Frau erwiderte:
„Ja, wenn Sie die Untersuchung auch so parteilich führen, dann
kann nichts herauskommen.“ In dem Vorwurfe der Parteilichkeit
erblickte nun der Direktor eine schwere Beleidigung; er stellte Straf-
antrag und die Lehrerin schloß sich dem Verfahren an, weil
sie sich durch die unbegründete Beschwerde für beleidigt
erachtete. Was die Beleidigung der Lehrerin betraf, erkannte der
Gerichtshof auf Freisprechung, weil die Angeklagte in dem guten
Glauben von der Richtigkeit der Klagen ihrer Tochter und in Wahr-
nehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Dagegen wurde in
den „unmotivierten Vorwürfe der Parteilichkeit“ eine Beleidigung
des Direktors gefunden. Die Sache wurde aber seitens des Gerichts-
hofes sehr milde angefaßt und nur mit 10 M. Geldstrafe ge-
ahndet.

Der Prozeß gegen den Bauunternehmer August Lenschner
und Genossen wegen betrügerischen Bankrotts, bezw. Beihilfe dazu,
wurde gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I fortgesetzt.
Staatsanwalt Rangow führte nach Schluß der Beweisaufnahme
aus, daß er die Eheleute Kesse nicht für genügend über-
führt erachte und deshalb gegen diese die Anklage nicht auf-
recht halte. Dagegen seien die Eheleute Lenschner im vollsten
Umfange überführt. Der Fall liege so klar, wie je einer zur
Kenntniß des Gerichts gekommen sei, ein frewelhaftes, risikoloses Spiel
sei getrieben worden, um Handwerker um ihren schwer verdienten
Lohn zu bringen, und es sei wohl nicht daran zu denken, daß
die Geschworenen dem Angeklagten Lenschner mildernde Umstände
zubilligen würden, während der mitangeklagten Ehefrau, die
unter dem Einflusse ihres Mannes gestanden habe, mildernde
Umstände wohl gewährt werden könnten. Der Verteidiger, Rechts-
anwalt Godejäger, suchte darzutun, daß auch der Angeklagte
Lenschner trotz seiner schweren Verfehlungen immer noch eine Ver-
urteilung verdiene, die ihn vor dem Zuchthaus bewahre.
Er hat die Geschworenen, auch dem ersten Angeklagten die
Wohlthat von Zubilligung mildernder Umstände nicht zu ver-
sagen. Bis zum Bau in der Hensburgerstraße habe Lenschner
als ein reeller Banker gegolten, erst als er hierbei Verluste erlitt,
sei er auf die schiefe Ebene geraten, die ihn dem Abgrunde zu-
führte. Nach dem Spruch der Geschworenen wurde der Angeklagte
Lenschner des betrügerischen Bankrotts unter Zubilligung mildernder
Umstände für schuldig, seine Ehefrau dagegen der Beihilfe zu nicht
schuldig gesprochen. Ebenso lautete der Spruch mit Bezug auf
die Eheleute Kesse auf nichtschuldig. Der Staatsanwalt beantragte
gegen Lenschner drei Jahre Gefängniß, unter Abrechnung
von vier Monaten durch die erlittene Untersuchungshaft, sowie drei-
jährigen Ehrverlust.

Das Urtheil lautete gegen Lenschner auf drei Jahre Ge-
fängniß, wovon sechs Monate durch die erlittene Untersuchung-
shaft für verbüßt erachtet wurden, sowie auf vierjährigen Ehrverlust.
Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Für Steuerreklamationen. Eine Entscheidung von prinzipieller
Bedeutung, die die weitesten Kreise interessieren dürfte, hat das
Ober-Berwaltungsgericht in einem Streitverfahren ge-
troffen, das der in Charlottenburg wohnhafte Rittergutsbesitzer
Otto Gabde gegen die Stadt Charlottenburg angestrengt hat.
Gabde hatte am 19. Juni 1895 ein Schreiben des Magistrats
zugestellt erhalten, das seine Veranlagung zur Gemeinde-Grundsteuer
für 1895/96 betraf. Er erhob gegen die Höhe der Veranlagung
Einspruch in einem Schreiben, das am 17. Juli 1895, dem letzten Tage
der Frist, nach dem um 8 Uhr nachmittags eintretenden Schluß der
Büreaustunden dem im Rathhause wohnenden Kastellan
Werdermann behändig wurde. Der Magistrat verwarf den Ein-
spruch wegen Fristversäumnis. Daraus beschritt Gabde den
Klageweg. Der zweite Senat des Ober-Berwaltungsgerichts ist im
Gegensatz zu dem Bezirksauschuss dieser Auffassung nicht beigetreten
und hat unter Aufhebung des Urtheils desselben die Sache an ihn
zur materiellen Erledigung zurückgewiesen. Der Senat legte dar,
wie das Gesetz die Fristen für Erlegung von Rechtsmitteln nach
ganzen Tagen bemesse; die Fristen liefen also an dem letzten Tage
erst um 12 Uhr nachts ab. Die Behörde habe nicht das
Recht, Bestimmungen zu treffen, die die durch das Gesetz gewährte

Befugniß beschränken. Der Einspruch sei bei der zuständigen
Stelle erhoben, wenn das bezügliche Schriftstück unter Umständen
überreicht sei, daß man nach der gewöhnlichen Auffassung des
Verkehrslebens annehmen könne, dasselbe sei in die ausschließliche
Gewalt der Behörde gekommen. Der Fall liege aber hier vor, wo
das Schriftstück innerhalb der Dienststunden einem Beamten über-
geben sei, der über die Sicherheit des Grundstücks und der auf-
bewahrten Schriftstücke zu wachen habe. So habe Kläger zeitig
Einspruch erhoben. Der Senat verwies nach der „Charlotten-
burger N. Zeit.“ noch darauf, wie mit einer an die zuständige Stelle
erfolgten Uebergabe auch dann zu rechnen sei, wenn das Schriftstück
nach Schluß der Büreaustunden in den Briefkasten der Behörde ge-
worfen werde.

Wöchentlich andere Gerichte ebenso urtheilen! Ein beachtens-
werthes Urtheil wurde von der Strafkammer zu Düsseldorf anlässlich
einer Verhandlung gefällt, die sich gegen die beiden Ruffner Kohl
und Schiffer aus M. Glabbach richtete. Diese sollten den Schu-
mann Jordan von dort, der sie bei der Verübung groben Unfugs
zur Ruhe verwies, thätlich angegriffen haben. In der Verhandlung
stellte sich jedoch heraus, daß der Schumann den Fuhrknecht
Kohl zuerst ins Gesicht geschlagen hat, worauf
sich dann die beiden Ruffner wehrten. Obgleich der Staats-
anwalt 2 1/2 und 3 Jahre Gefängniß beantragte, wurden die
Angeklagten freigesprochen. In der Urtheilsbegründung heißt es,
daß der Schumann im Anfang berechtigt war, den Fuhrknecht Kohl
zur Ruhe zu stellen. Nachdem der Beamte aber den Mann zuerst
ins Gesicht geschlagen hatte, befand er sich nicht mehr in der rech-
tmäßigen Ausübung seines Amtes. Darum können die nachfolgenden
Handlungen nur als eine Rauferei zwischen Privatpersonen angesehen
werden. Wenn während dieser Rauferei der Angeklagte Schiffer
seinem Freunde zu Hilfe eilte und sich am Kampfe betheiligte, so
war er dazu völlig berechtigt. Angesichts des vorliegenden Beweis-
materials mußte daher der Gerichtshof auf Freisprechung
erkennen.

Wegen Beleidigung durch die Presse stand gestern der Chefredakteur des christlich-sozialen Organs „Das Volk“, Dietrich
v. D. erhen, vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Am
8. November v. J. fand zu Neumünster in Saargebiet die Ver-
handlung in der Privatbeleidigungsklage statt, welche der Hof-
prediger a. D. Stöcker gegen den Freiherrn v. Stumm an-
gekreigt. Der Privatbeklagte wurde bekanntlich freigesprochen
mit der Begründung, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen
gehandelt habe. Am 14. November brachte das „Volk“ eine Kritik
des Urtheils. Es wurde mitgeteilt, daß kurz vor dem Termin ein
Herr zu dem Rechtsanwalt Nuth in Saargebiet gekommen sei, sich
als einer der zur Verhandlung außersehenen Schöffen vorgestellt
und dringend gebeten habe, ihn doch abzulehnen, da seine Erziehung gefährdet
sei, wenn es zu einer Verurteilung des Freiherrn v. Stumm
komme. Der Rechtsanwalt habe dem Herrn pflichtgemäß an den
Vorständen gewiesen. Trotz dessen solle dieser zweifellos besangene
Herr an der Verhandlung als Schöffe mitgewirkt und das salo-
monische Urtheil, worin demjenigen, der einen politischen
Gegner beschimpft, die Wahrung berechtigter Interessen zugebilligt
wird, mit ausgedrückt haben. Durch diese Notiz fühlten sich sowohl
der Amtsrichter Brockwitz, wie die beiden Schöffen Brück und
Niedel, welche drei Personen den Gerichtshof in der fraglichen Ver-
handlung gebildet hatten, beleidigt. Der Angeklagte gab an, daß
vor ihm bereits andere Blätter der verschiedensten Richtungen,
wie „Vorwärts“ und „Staatsbürger-Zeitung“, ihre Ver-
wunderung über das Urtheil zum Ausdruck gebracht hätten.
Hofprediger a. D. Stöcker habe ihm einen Brief gezeigt, den
er von seinem Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Nuth, erhalten habe
und der folgende Nachschrift enthielt: „Zur Charakteristik der
Zustände im Saargebiet theile ich Ihnen mit, daß der als Schöffe
vorgesehene Herr Nuth mit mir kam und mich himmelhoch bat,
ich möge ihn ablehnen, denn er wäre ein ruinierter Mann, wenn er
gegen Stumm sitzen müßte“. Der Angeklagte sei so vorsichtig gewesen,
sich erst bei einem Geschieden aus dortiger Gegend zu erkundigen,
ob der besangene Schöffe wirklich an der Verhandlung theil ge-
nommen habe, und erst als er eine bestimmte Bestätigung erhielt,
habe er den Artikel verfaßt und veröffentlicht. Als er nach
seiner Vernehmung erfahren habe, daß die Thatsache, daß Nuth
mitgewirkt habe, nicht wahr sei, habe er eine Erklärung mit
dem Ausdruck des Bedauerns veröffentlicht, daß er das Opfer einer
falschen Berichterstattung geworden sei. Während der Staatsanwalt
den Angeklagten für schuldig erachtete und seine Verurteilung
sowohl aus § 185 wie § 186 des Strafgesetzbuches zu zwei Monaten
Gefängniß beantragte, nahm der Verteidiger Rechtsanwalt
Gemeiner für den Angeklagten den Schutz des § 193 des Straf-
gesetzbuches in Anspruch und beantragte deshalb die Freisprechung.
Der Angeklagte berief sich noch auf den Lecker- u. Zühov-
Prozeß, in welchem zur Sprache gekommen sei, daß Freiherr
v. Stumm sich des v. Zühov habe bedienen wollen, um Material
gegen Hofprediger Stöcker zu erlangen. Der Gerichtshof erkannte
auf Freisprechung, da eintheils der Angeklagte sich in Wahr-
nehmung berechtigter Interessen besunden habe und andererseits die
gebrauchte ironische Form einen beleidigenden Charakter nicht habe.

Der Bädermeister Krause, Christinenstr. 27, theilt uns zu
dem am 20. Februar gebrachten Gerichtsbericht „Der übliche
Silvesterprozeß“ berichtend mit, daß er zu 10 M. und nicht zu
30 M. Geldstrafe verurtheilt worden ist.

Deyeszen und letzte Nachrichten.

Köln, 4. März. (B. G.) Die „N. Z.“ erhält aus Cettinje ein
Telegramm, wonach dort aus Statari und Albanen Nachrichten
eingetroffen sind, welche besagen, die Armeelieferanten von Statari
seien braustragt worden, schlemmig Verpflegung für 16 000 türkische
Truppen, die demnach nach Albanien abgehen sollen, herbeizuschaffen.
Alle vorhandenen Getreidevorräthe sind bereits aufgebraucht. In den monte-
negriner politischen Kreisen ist man über die militärischen Maßnahmen
der türkischen Regierung deshalb sehr verstimmt, weil die Spitze dieser
Maßnahmen sich gegen die montenegrinische Bewegung in Albanien
richtet, die im Verein mit den bulgarischen Wühlereien in Makedonien
bei der Bforte Besorgnisse wachgerufen hat.

Wien, 4. März. (W. Z.) Der Reichsrath wird, wie die
„Neue freie Presse“ meldet, für den 21. März einberufen.

Wien, 4. März. (W. Z.) Morgen werden die „Wiener
Zeitung“, sowie die Landesgesetz- und Verordnungsblätter in Prag
und Brünn die unter dem 24. Februar er. vollzogenen neuen
Sprachenverordnungen, mit welchen gleichzeitig die Verordnungen
vom 5. und 22. April vorigen Jahres mit dem 15. März
dieses Jahres außer Kraft gesetzt werden, veröffentlicht.
Diese Verordnungen werden ausdrücklich vorbehaltlich gesetz-
licher Regelung“ und nur „provisorisch“ erlassen. Die Verordnung
für Böhmen verfährt unter Festhaltung des Grundgesetzes, daß jeder
Einwohner bei allen in der Verordnung genannten Behörden sein
Recht in einer der beiden Landesprachen suchen und finden
kann, im wesentlichen folgendes: Amts- und Dienstsprache
der Behörde ist jene Landesprache, zu welcher als
Umgangssprache sich die amwesende Bevölkerung ihres Amtsbezirks
nach dem Ergebnisse der jeweiligen Volkszählung bekennt. In
sprachlich gemischten Amtsbezirken haben beide Landesprachen gleich-
mäßig Anwendung zu finden.

Brüssel, 4. März. (B. G.) In einer Versammlung der belgi-
schen Bischöfe wurde beschlossen, gegen sämmtliche Priester, welche
politisch thätig sind, in derselben Weise vorzugehen, wie gegen den
Priester Dams. Infolge dessen wurde heute dem Abbé Resien mit-
getheilt, daß er bei den nächsten Wahlen nicht mehr kandidiren
dürfe.

Brüssel, 4. März. (B. G.) Einer Privatmeldung aus Nove,
Japan, zufolge herrscht dort ein ungeheurer Brand, welcher bisher
einen Schaden von 40 000 Pfd. Sterl. anrichtete.

Saturno, 4. März. (W. Z.) Als heute in der Gemeinde
Bibonati von der Gemeindevverwaltung Brot an die Armen vertheilt
wurde, brach der Juboden des Saales ein, in dem die Vertheilung
stattfand. Zwei Frauen wurden getödtet und etwa 30 Personen
schwer verletzt.

Reichstag.

55. Sitzung. Freitag, 4. März 1898, 2 Uhr.

Zur Beratung stehen zunächst Berichte der Petitionskommission. Die Petition, betreffend die Aufbesserung der Pensionen bereits im Ruhestand befindlicher Beamten, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Eine Petition, betr. die Regelung des Kellnerinnenwesens, wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Ebenso die Petition um Errichtung neuer Berufsschulen in Süd-Preußen, während die Petition betr. Mißhandlung eines Deutschen daselbst durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wird.

Ferner liegt ein Bericht der Kommission vor über Petitionen, die Änderungen in den Bestimmungen über die Sonntagsruhe verlangen.

Abg. Lengmann (fr. Volksp.) bemängelt den Entsch., die Schaulust am Sonntag zu verbieten, und das Verbot des Jagens seitens des Oberpräsidenten von Westfalen.

Die Petitionen werden dann durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Hierauf folgt die erste Beratung des von den Abgg. Chardon und Genossen (Els.) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen; dasselbe verlangt ein Antrag Auer u. Genossen (Soz.).

Abg. Winterer (Els.) begründet den Antrag der Elsässer. Eine fünfundsiebenzigjährige Ruhe ohne Empörung bietet die Garantie, daß ein solches Ansehensgesetz, das die Bevölkerung auf das schwerste bedrückt und deprimiert, ganz unnötig ist.

Abg. Höffel (Rp.) hält die Ausnahmegesetze gleichfalls nicht mehr für notwendig. Für außergewöhnliche Fälle hat die Regierung genug Machtbefugnisse. Der Diktaturparagraph, der in den Händen der Opposition nur ein Agitationsmittel ist, muß aufgehoben werden. So lange er besteht, giebt man zu, daß es noch eine elsass-lothringische Frage giebt. (Beifall.)

Abg. v. Cuny (nll.): Ich glaube, daß der Diktaturparagraph demaleinst aufgehoben wird, heute bin ich aber noch nicht in der Lage, dafür zu stimmen, weil der Regierung eine Waffe, die sie noch wünscht, nicht versagt werden darf. Uebrigens wird der Paragraph nur in sehr wenigen Fällen angewendet.

Abg. Lengmann (fr. Vp.): Die nationalliberale Partei will also die Ungerechtigkeit weiter bestehen lassen, obwohl die Regierung noch gar keine Erklärung abgegeben hat. Sie ist keine liberale, sondern Regierungspartei sans phrase. Wir aber werden für die Aufhebung des Paragraphen stimmen und ich beantrage, heute noch die zweite Lesung vorzunehmen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Herr Höffel hat nur im eigenen Namen gesprochen, meine Partei steht ganz auf dem Standpunkt des Abg. v. Cuny.

Abg. Graf v. Pompeck (B.) erklärt namens seiner Partei, daß sie wie stets auch heute für die Aufhebung der Diktatur stimmen werde.

Abg. Bebel (Soz.) Der Abg. v. Stumm ist natürlich gegen unsere Anträge, aber ich hatte die Hoffnung gehegt, daß diesmal sich wenigstens die Nationalliberalen eines Besseren besinnen würden. Die Hoffnung war eine trügerische. Die Erklärung, die heute der Abg. v. Cuny abgegeben hat, war dieselbe, die die Nationalliberalen schon vor 27 Jahren abgegeben haben, im nächsten Monat werden es 27 Jahre, daß der Abg. v. Treitschke hier sagte, die Zeit werde hoffentlich nicht mehr sein, wo auch der letzte elsass-lothringische Bauer deutsch fühlen werde. Nach 27 Jahren kommen die Herren und blasen noch immer in dasselbe Horn. Was haben wir denn in Elsaß-Lothringen für eine Bevölkerung? Es sind dort ruhige Zustände und nicht ist in den 27 Jahren vor gekommen, woraus man schließen könnte, die elsass-lothringische Bevölkerung habe einen Gang zur Rebellion. Zwei Drittel der Bevölkerung haben sich überhaupt so gänzlich in deutsche Verhältnisse eingelebt, kennen die Zustände vor 1871 nur vom Hörensagen, daß ihnen französische Verhältnisse völlig fremd sind. Wie ist es da möglich, daß man in einem solchen Lande noch mit Ausnahmegesetzen regiert. Wenn gegen die dortigen Einrichtungen noch eine gewisse Abneigung vorhanden ist, so trifft die Schuld dafür nicht die elsass-lothringische Bevölkerung, sondern die dortige Regierung. (Bravo! links.) Eine Regierung, die es in 27 Jahren nicht fertig gebracht hat, sich die Zuneigung der Bevölkerung zu erringen, ist einfach unfähig, ihre Aufgabe zu erfüllen. (Sehr richtig! links.) Man kann diese Beobachtung selbst aus der Ferne machen, braucht gar nicht im Lande selbst zu leben. An der Spitze der Regierung steht ein Mann, dessen ganze Mäuren und ganzes Auftreten nicht nur in Elsaß-Lothringen, sondern auch im ganzen übrigen Deutschland gründlich verhaßt sind. Ich meine den preussischen Junker (Sehr richtig! links), den Herrn von Puttkamer. Man muß nur sehen, wie dieser Mann den elsass-lothringischen Abgeordneten gegenübertritt. Ich empöre mich jedesmal, wenn ich die amtlichen Berichte lese — als Abgeordneter für Straßburg bin ich dazu genötigt — und sehe, wie der Herr mit den Volkvertretern umspringt. Hätte man es verstanden, süddeutsche Beamte dorthin zu schicken, die sich auf die Wünsche der dortigen Bevölkerung verstehen, wir wären weiter. Man verweist auf die heftige Sprache in einem Teile der Presse. Ich behaupte, die Artikel würden gar nicht geschrieben werden, wenn der Diktaturparagraph nicht bestände. Sie entspringen aus der Mißstimmung über die Ausnahmegesetze. Wenn selbst ein so ruhiger rechtsstehender Mann wie der Abg. Höffel für die Aufhebung ist, sollte man doch die Bedenken fallen lassen. Abg. Lengmann hat schon ganz richtig darauf hingewiesen, daß wir die französischen Verhältnisse nicht ändern können. Die elsass-lothringische Bevölkerung hat mit diesen Verhältnissen aber nichts zu thun. Obwohl sie im höchsten Grade friedfertig ist, wird sie von den Behörden in der unglaublichsten Weise schikanirt. Die Polizei geht mit den kleinlichsten Maßnahmen vor. So beanstandete sie es, daß eine Dame, die ein Putzgeschäft hatte, auf ihr Firmenschild „Modes“ schrieb, eine Bezeichnung, die hier in der Hauptstadt des Deutschen Reiches auf allen decakonten Wäden steht. Wie können sich kleinliche Maßregeln, die eine Polizei sich schämen sollte, überhaupt anzuwenden, eine günstige Stimmung für eine Regierung hervorzuufen! Die gesamte Bevölkerung Elsaß-Lothringens bis in das letzte Vogesenland hat das Gefühl, daß auf Grund des Diktaturparagraphen die Polizei und die Behörden allmächtig sind. Mein Parteigenosse Sued erzählt, daß als er in dem kleinen Städtchen Rünster in einem Wirtshaus mit ein paar Bekannten sich über Politik unterhielt, am nächsten Tage die Polizei dem Wirt mitteilte, wenn er noch einmal ein solches Gespräch in seinem Lokal halte, solle ihm die Konzession entzogen werden. (Hört, hört! links.) Je kleinlicher, je schikanöser die Maßregeln sind, um so mehr steigt die Erbitterung und die ganze Art der Politik, die jetzt in Elsaß-Lothringen beliebt wird, ist im höchsten Grade schädlich für eine günstige Gestaltung der dortigen Verhältnisse. Wenn die Regierung dies einseht, dann muß sie eben den Diktaturparagraphen aufheben. Haben Sie doch nur nicht die Beforgnis, daß Ihnen damit alle Macht genommen wird. Ganz abgesehen von der gewaltigen Militärmacht, steht doch auch die ganze Polizeimacht und der Richterstand auf Ihrer Seite. Wenn auch der Diktaturparagraph beseitigt ist, so bestehen doch noch immer die ureaktionären Freigesetzbestimmungen dort, nach denen keine Zeile ohne die Zustimmung der Regierung herausgegeben werden darf, nach denen ferner jeder, der eine Zeitung herausgibt, erst der Regierung den Treueid leisten muß, und was dergleichen Wiße mehr sind. Und besonders muß das doch die Elsaß-Lothringer immer auf neue empfinden, wenn sie hören, daß sie heute mit Befehlen schlimmster Art regiert werden, die allerdings französischer Abstammung sind, die in Frankreich selbst aber längst über Bord geworfen sind. Ferner könnte ich Sie eine ganze Stunde und mehr unterhalten mit einer

großen Zahl der kleinlichsten Maßregeln in bezug auf die Handhabung des Vereins- und Versammlungsbrechts gegenüber meiner Partei. Auch dies bleibt bestehen, wenn der Diktaturparagraph aufgehoben wird. Wenn Sie sich dies alles vergegenwärtigen, werden Sie mir zugeben, daß es an der Zeit ist, dies Gesetz zu beseitigen, das in der That eine Schmach und eine Schande für das gesammte Deutsche Reich ist. (Bravo! links.)

Abg. v. Levetzow (L.): Nur die Regierung kann und darf den Zeitpunkt bestimmen, wenn der Diktatur-Paragraph aufgehoben ist. (Hoch links.) Das Verhalten der elsass-lothringischen Bevölkerung hat die Aufhebung bisher verhindert. Vor einem so schlecht besetzten Hause darf nicht die zweite Lesung erfolgen, damit die heutige Abstimmung nicht ein Resultat ergibt, das der Gesamtstimmung des Reichstages nicht entspricht.

Geheimrath Haller bestreitet, daß die Ausführungen des Abg. Bebel berechtigt seien, und legt dar, was die Regierung in 27 Jahren reicher Arbeit in den Reichsländern alles geleistet habe. Von einer Diktatur ist gar keine Rede, denn wo ist der Diktator? Wenn der Abg. Bebel sich mehr mit den Verhältnissen des Landes beschäftigt hätte (Zuruf des Abg. Singer: Sie lassen ihn ja nicht hinein! Große Heiterkeit), so würde er sich davon überzeugen, daß die Beamten ihre Obliegenheiten zu allgemeiner Zufriedenheit erfüllen.

Abg. Dr. Bachnick (fr. Vp.) empfiehlt schonende und milde Behandlung der Elsaß-Lothringer und die Beseitigung des Diktatur-Paragraphen.

Abg. Werner (Antf.): Die Beseitigung der Diktatur würde Zufriedenheit schaffen, also der Sozialdemokratie nicht zum Nutzen gereichen. Wir werden für den Antrag stimmen.

Abg. Bebel (Soz.): In meiner vorigen Rede war manches enthalten, was nicht direkt mit dem Diktaturparagraphen zusammenhängt. Ich habe ja selbst anerkannt, daß nicht alle Erscheinungen auf ihn zurückzuführen sind, daß selbst nach seiner Beseitigung die Regierung auf Grund der sonstigen Gesetzgebung noch immer über genügend Machtmittel verfügen würde. Der Vertreter der Regierung wirft uns quasi Undankbarkeit vor; er meint, wir sollten doch nicht vergessen, was die Regierung in den 27 Jahren alles Segensreiche geleistet habe. Ja, aber wir sind doch hier nicht dazu da, um ein Loblied zu singen, wenn die Regierung etwas der Ordnung gemäß ausführt; dazu ist sie doch da. (Sehr richtig! links.) Wir sind hier in Verhandlung darüber eingetreten, daß gewisse Mißstände zu beseitigen sind; also konnte auch lediglich von diesen die Rede sein. Der Diktaturparagraph gehört aber unzweifelhaft dazu. Die gesammten Parteien des Landes wünschen seine Aufhebung, dagegen war der Herr Regierungsvertreter nicht im Stande, auch nur ein Wort anzuführen. Dagegen hat er den Staatssekretär v. Puttkamer gegen meine Angriffe in Schutz genommen. Er hat aber von dem Thatsächlichen nichts widerlegt. Er sagte nur ganz allgemein, Herr v. Puttkamer solle sich einer sehr großen Beliebtheit erfreuen haben. Ich weiß nicht, bei wem. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie das Auftreten des Herrn v. Puttkamer im Landesausschuß verfolgt hätten, wie ich es gethan habe, dann würden Sie es auch begreifen, daß seine Art jeden mit Empörung erfüllen mußte. Doch warum in die Ferne schweifen, sich das Gute liegt so nah. Hier auf dieser Tribüne hat vor zwei Jahren Herr v. Puttkamer den allgemeinen Unwillen der Vertreter fast aller Parteien erregt! Der Herr Regierungsvertreter hat ferner gesagt, mir sei bis jetzt das Abhalten von Versammlungen in den Reichsländern nicht verboten worden. Der Herr noch ist das auch vollständig richtig. Die Polizei hat nur beizellen dafür gefordert, daß ich gar nicht in die Lage kam, eine solche Versammlung abzuhalten, indem sie mir sämtliche Säle abtrieb. Ja sie hat sogar die badische Regierung veranlaßt, daß sie es mir unmöglich machte, auf einer Wiese nahe der Grenze, wo ich noch im Jahre vorher ruhig gesprochen hatte, eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Als ich es nämlich versuchte, kam ein großes Aufgebot von Gendarmen und verlangte, daß ich sofort das Grundstück, auf dem ich sprach, verlassen sollte. Das habe ich, wie ich sehr wohl weiß, nur dem Einfluß der elsass-lothringischen Regierung zu verdanken. Der Herr Geheimrath meinte, ich hätte mich um die elsass-lothringischen Verhältnisse mehr bekümmern sollen. Wenn ich aber nicht in die Lage kam, sie mir von der Nähe anzusehen, so ist daran ja eben die Verwaltung schuld. Als ich in Neumühl eine Versammlung abhalten wollte, da war von dem Moment ab, wo ich in Straßburg ein Hotel bezog, ein Poliziist hinter mir her, der mich nun auf Schritt und Tritt begleitete. Und als ich abreiste, war sogar der Chef der Straßburger Polizei höchstselbst auf dem Bahnhof anwesend. (Heiterkeit.) Man versteht es daher wohl, daß ich keine sonderliche Neigung zu weiteren Besuchen habe. (Heiterkeit.) Die sind in dieser Form nicht nach meinem Geschmack. Der Geschmack des Herrn Geheimrath v. Haller mag das sein; wenn er die Polizei beständig auf seiner Seite hat, so mag er Annehmlichkeiten davon haben; wenn ich sie auf meiner Seite habe, so habe ich nur Unannehmlichkeiten. (Heiterkeit.) Der Herr Regierungsvertreter hat ferner behauptet, daß das, was ich von Münster erzählt habe, eine Fabel sei. Ihm sei von der ganzen Sache nichts bekannt. Das ist merkwürdig. Der Fall ist nämlich hier im Reichstage bereits einmal vorgebracht worden, und zwar von dem Kollegen Sued; dem ist ja selbst die ganze Geschichte passiert. (Heiterkeit), er war ja selbst Zeuge jenes Gespräches am Bierische, und ihm hat der Wirth dann von jener Zumuthung erzählt.

Das es mit der Liebe der Bewohner zu der Regierung doch recht wackelig bestellt sein muß, zeigen wohl am besten die Wahlbeeinträchtigungen. Ich erinnere da nur an den Fall Böhmman. Ferner ist erst in allerlehter Zeit auch manches Bezeichnende geschehen. Da hat der Kreisdirector Penzner gelbe Stimmzettel drucken und vertheilen lassen; in einer Gerichtsverhandlung hat der Drucker selbst das ausgesagt und noch hinzugefügt, daß der Herr Kreisdirector ihn habe veranlassen wollen, vor Gericht anders auszusagen! (Hört, hört!) Die Sache ist bloß deshalb nicht bekannt geworden, weil die elsass-lothringische Presse über keinen Preßprozeß einen Bericht bringen darf. (Hört! Hört!) Ich will mich also dahin zusammenfassen: von allem, was ich behauptet, hat der Regierungsvertreter nichts widerlegen können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Regierungsrath Haller: Herr Bebel hat heute wenigstens angegeben, daß er die elsass-lothringischen Verhältnisse nicht besonders gut kennt. Das ist doch wenigstens etwas. Solange hier Bebel den Beweis für seine Behauptung nicht erbringt, daß die Polizei daran schuld ist, wenn er keinen Saal in Straßburg bekommen hat, so lange muß ich diesen Angriff auf die Polizei Straßburgs zurückweisen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Nachdem Abg. Colbus (Els.) das Schlusswort gehalten, wird der vom Abg. Lengmann gestellte Antrag, sofort in die zweite Lesung einzutreten zur Abstimmung gestellt.

Vor der Abstimmung bezieht sich Abg. Freiherr v. Stumm (Rp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident v. Quof: Ich kann diesem Zweifel nicht entgegen treten, auch ich bin der Meinung, daß das Haus beschlußfähig ist. Um dem aber auf den Grund zu gehen, schlage ich vor, einen Namensaufruf vorzunehmen.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 138 Mitgliedern. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Die Sitzung wird abgebrochen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Postgesetz. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Zweite Beratung des Gesetzes betr. die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Schluß 5/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung vom 4. März 1898, 12 Uhr.

Am Ministerische Dreifeld und Kommissarien.

Zur Beratung steht der Antrag Fellisch (L.), die Regierung zu ersuchen, dieselbe wolle im Bundesrathe ihren Einfluß geltend machen, daß dem Reichstage baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen die Ausübung des Baugewerbes von dem Nachweise der Befähigung zum selbständigen Betriebe abhängig gemacht wird.

Der Antragsteller begründet in längerer Ausführung seinen Antrag und verweist namentlich auf die zahlreichen Petitionen, die alljährlich mit der gleichen Forderung an den Landtag gelangen. Wer in allen anderen Lebensstellungen Schiffbruch gelitten, hält sich immer noch für tüchtig genug, um das Baugewerbe zu betreiben. Und doch handelt es sich hierbei nicht bloß um recht erhebliche Summen, sondern auch um Leben und Gesundheit der Bauarbeiter und der späteren Bewohner eines solchen Gebäudes. Unzumuthige Anlagen in einem Wohngebäude können dauernde Krankheiten der Bewohner, ja vollständige Epidemien verschulden. Man kann auch nicht sagen, es sei Sache der Baupolizei, gegen solche gesundheitswidrigen Anlagen einzuschreiten, es müsse die Baupolizei mindestens verzehnacht werden, wenn sie diese Aufgabe erfüllen sollte. Auch die außerordentliche Höhe der Unfallschaden im Baufache hängt mit dem Befähigungsmangel der heutigen Bauunternehmer zusammen. Es steht amtlich fest, daß die Mehrzahl der Unfälle zusammenhängt mit mangelhafter Kenntnis der Konstruktionslehre und der Materialbeschaffenheit. Es läßt sich nachrechnen, daß durch solche auf Unkenntnis beruhenden Fehler 62 000 Arbeiter Unfallsverletzungen erlitten haben. (Hört! hört!) Im letzten Jahre kam auf je 23 Bauarbeiter ein Unfall. — Redner trägt eine Anzahl von Bau-Unfällen vor, um daran zu beweisen, daß alle diese Fälle ohne Verlust an Menschenleben und Gesundheit verlaufen wären, wenn Bauverständige anwesend gewesen wären. Redner empfiehlt seinen Antrag zur Annahme.

Abg. Dr. Langerhans (fr. Vp.) verwahrt seine Freunde gegen die Unterstellung, als gingen sie von der Ansicht aus, daß Handwerk sei dem Untergange geweiht. Man habe allerdings bei seinen Freunden die Meinung, daß es viele Angestellte giebt, die sich besser befinden, als ein beschäftigungsloser, selbständiger Meister. Bei der Spezialisierung der Arbeit wird es immer schwerer, einen Lehrling bei einem Meister vollständig auszubilden zu lassen. Warum will man einen Menschen, der zu einem bestimmten Handwerk Geschick hat, nun zwingen, eine Prüfung zu machen? Damit hindert man ihn in seinem freien Erwerbe. Wer soll denn nun Baumeister sein. Der Maurermeister versteht nichts von der Zimmerarbeit und der Schlossermeister nichts von der Maurerarbeit. Es läßt sich sehr oft bemerken, daß die von geprüften Meistern geleiteten Bauten nicht gerade am besten überwacht sind. Wir haben bei städtischen Bauten in Berlin leider oft schwere Unfälle gehabt, auch wenn die Bauten von geprüften Baumeistern geleitet waren. Wir sollten hier nicht Anträge verhandeln, die eigentlich vor den Reichstag gehören. Am besten ist es, wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Wallbrecht (nll.): Einig sind wir alle in dem Bestreben, den Handwerkern zu helfen. Ob das mit dem vorliegenden Antrage geschieht, ist zweifelhaft; viel kann man sich jedenfalls von dem Antrage nicht versprechen. Es ist ein Irrthum, anzunehmen, daß heute schlechter gebaut wird als früher; das Gegentheil ist richtig. Dem Vauschwindel gegenüber hilft der Antrag nicht, doch wollen wir für denselben stimmen.

Minister Dreifeld: Grundfällige Bedenken gegen den Antrag hat die Regierung nicht. Die von der Regierung veranfaßte Umfrage hat zwar eine Steigerung der Unfallgefahr nicht erkennen lassen; trotzdem wurde anerkannt, daß die fortschreitende Komplikation im Baugewerbe, die Anwendung neuer, namentlich Eisenkonstruktionen, den Befähigungsnachweis erwünscht erscheinen lassen; allein über die Ausdehnung und die Art des Befähigungsnachweises gingen die Meinungen auseinander. Man streitet, ob der fakultative dem obligatorischen Befähigungsnachweis vorzuziehen und ob er auf bestimmte Gewerbe (Maurer, Zimmerer u. s. w.) zu beschränken oder auf alle beim Bau in betracht kommende Gewerbe auszuweihen sei. In ein neues Stadium trat die Angelegenheit mit der Annahme des Antrages im Reichstage, um Einführung des Befähigungsnachweises für alle mit besonderer Lebensgefahr verbundenen Gewerbe und hier sind die veranfaßten Umfragen zur Zeit noch nicht abgeschlossen.

Abg. Fleß (B.) tritt warm für den Befähigungsnachweis ein im allgemeinen und besonders für das Baugewerbe. Die Regierung stehe leider immer noch mit verstreuten Armen und gebe den Dingen zu. Entweder führe man den Befähigungsnachweis überall ein, oder man schaffe ihn überall ab, auch bei den Rechtsanwältinnen und Ärzten.

Abg. Gels (nll.) wird zwar auch für den Antrag stimmen, kann aber nicht verkennen, daß das Privatpublikum seine Interessen in diesem Antrage nicht gewahrt finden wird.

Es wird Schluss der Debatte angenommen.

Nach einem Schlussworte des Abg. Fellisch wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Das Haus erledigt sodann Petitionen.

Eine Petition des Direktors Sonntag in Schöneberg, betr. die Erwerbung seines Flachhöfverfahrens auf Staatskosten, soll nach dem Antrage der Agrarkommission durch Tagesordnung erledigt werden.

Abg. Müller (nll.) stimmt dem Antrage bei und knüpft daran einige allgemeine Betrachtungen über Flachsbau, der nur da lohnend sei, wo billige Arbeitslöhne gezahlt werden können.

Abg. Graf Kanitz (L.) giebt das als richtig zu; es fragt sich aber, ob nicht bei künftigen Handelsbeziehungen der Flachsbau besser als bisher gegen ausländische Konkurrenz, namentlich auch gegen die der Baumwolle geschützt werden könne. Redner tritt dafür ein, daß Handelsverträge nur mit Vereinbarung einer jederseitigen kurzen Kündigungsfrist geschlossen werden. Uebrigens sei er gar nicht gegen lange Handelsverträge, wenn die Landwirtschaft genügend gesichert sei.

Abg. Rickert (fr. Vp.): Im Grunde bedeutet die Kanitz'sche Erklärung garnichts! Sollte Herr Müller wirklich damit zufrieden sein? Was wird denn nun, wenn Rußland nicht auf eine Bindung des Getreidezolles eingiebt?

Abg. v. Kardorff (fr.): Wir wünschen allerdings eine Verständigung zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Schutze der nationalen Arbeit. Das beugt Herr Rickert, um nach beiden Seiten zu gehen. (Unruhe! Rickert ruft: hegen?) Nun, ich ziehe den Ausdruck zurück; Rede aber sonst auch dem Herrn Rickert zur Verfügung. Bei einem zu niedrigen Getreidezoll würden wir einen russischen Handelsvertrag ablehnen. Redner trägt seine Wünsche in bezug auf Silberwährung und Reform des Bankstatuts vor, wird aber vom Präsidenten ersucht, sich doch mehr an die Flachsbaufrage zu halten. Wir wollen Verständigung zwischen Industrie und Landwirtschaft; darüber muß das Land aufgeklärt werden.

Abg. Müller kann allerdings eine Bindung der Getreidezölle nur empfehlen; es werde darum kein Wörtchen in Deutschland weniger gesprochen; in welcher Höhe die Bindung zu erfolgen habe, das ist heute noch nicht zu sagen. Immerhin ist die Aussprache werthvoll. Für die Kardorff'schen Ideen, namentlich für das Melne'sche System, das er verteidigte, sind wir nicht zu haben.

Abg. Buel (nll.) betont die Nothwendigkeit einer Bindung der Getreidezölle bei künftigen Handelsverträgen. Die bestehenden Verträge sind allerdings ungenügend vorbereitet und haben der Industrie keinen Vortheil, der Landwirtschaft aber großen Schaden gebracht. Das französische Verfahren ist nicht empfehlenswerth, Frankreichs Einfuhr hat abgenommen, ebenso aber auch seine Ausfuhr.

Abg. Graf Kanitz betont namentlich die Nothwendigkeit, von den Vertragsstaaten größere Konzessionen zu erhalten als bei den letzten Verträgen. Oesterreich und Rußland haben kein Interesse gegen die deutschen Getreidezölle; diese heute schon zu binden oder deren Bindung schon heute in Aussicht zu nehmen, dazu könne er sich nicht verstehen.

Abg. Graf Ballestrem (Z.) hält die Debatte für verfrüht, denn die Handelsverträge laufen noch sechs Jahre. Immerhin ist es gut, wenn die Interessentengruppen zeitig ihre Stellung erkennen lassen. Die Politik der Sammlung auf politischem Gebiet wird nicht durchführbar sein, dagegen ist sie auf wirtschaftlichem Gebiete notwendig und wenn sie dort gelingt, so sagen wir gern Ja und Amen. Im ganzen kann man mit der heutigen Debatte zufrieden sein; sie läßt ein erfreuliches Einverständnis erkennen. (Bravo.)

Abg. Drümel (rs. Bg.) verteidigt die Handelsverträge gegen Bued's Angriffe. Gerade der Vertrag mit der Schweiz ist charakteristisch. Das mächtige Frankreich hat vor der kleinen Schweiz zu Kriegen kriegen und seinen autonomen Tarif herabsetzen müssen, um notwendige Rohprodukte aus der Schweiz zu beziehen. Uns hat die Schweiz eine Reihe wichtiger Zugeständnisse gemacht und bei einer Reihe anderer Staaten werden wir dort auch um Entgegenkommen nachsuchen müssen. Es ist unmöglich, daß Männer, die öffentlich eine parteipolitische Stellung in der Frage der Handelsverträge einnehmen, noch später im wirtschaftlichen Ausschusse sich ein sachliches Urtheil bewahren.

Abg. Graf Schwerin (L.) hält das Zugeständnis Müller's für wichtig, daß als Gegenleistung für die der Industrie ausstehenden Vortheile aus den Handelsverträgen eine Bindung der Getreidezölle nicht erforderlich sei. Damit sei der Boden für eine Verständigung gewonnen.

Abg. Nicker (rs. Bg.) warnt nochmals den Abg. Müller, den Agrariern den Steigbügel zu halten.

Abg. Graf Schwerin theilt mit, daß Fürst Bismarck ihn beauftragt habe, seinen Namen unter den Rufus der Industriellen und Landwirthe zu setzen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. — Morgen 11 Uhr: Kultus-Etat.

Kommunales.

Der **Etat-Ausschuß** der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung des Stadt-Haushaltsetats für 1898/99 trat gestern zum ersten Male zusammen. Den einzigen Beratungsgegenstand bildete die vom Magistrat zum Personal-Besoldungsetat beantragte Verbesserung der Gehälter der städtischen Bureau- u. Beamten. Der Ausschuss hat beschlossen, sämtliche in den verschiedenen Etats gegen das Etatsjahr 1897/98 vorgenommenen Gehaltserhöhungen, über welche ein Stadtverordneten-Beschluß noch nicht vorliegt, vorläufig abzusehen und in den Etat 1898/99 die Gehaltsätze des laufenden Etatsjahres einzustellen.

Der **Magistrat von Byzanz**. Behufs Aufstellung eines Denkmals für die Märtyrerinnen im Friedrichsbain, welches in einer einfachen Marmortafel mit der Aufschrift: „Den am 18. März 1848 Gefallenen“ bestehen soll, hat sich das Komitee für die Errichtung eines Märtyrerdenkmal am den Magistrat mit dem Ersuchen gewendet, ihm auf dem Friedhofe im Friedrichsbain eine zwei Quadratmeter große Fläche unter den dort befindlichen Linden gegen die üblichen Gebühren zu überlassen. Das Magistratskollegium hat beschlossen, das Gesuch abzulehnen.

Wegen Durchlegung der Schifferstraße nach der Neuen Friedrichstraße hat das Magistratskollegium auf Antrag der städtischen Landdeputation beschlossen, mit dem Militärklub in Verhandlung zu treten und hierzu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachzusuchen.

Auf **Mittwoch**, den 9. März er. ist eine außerordentliche Magistratsitzung angesetzt, um den Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken, welcher bereits fertig gestellt ist, zu beraten.

Lokales.

Am **Montag**, den 7. März, findet im Schützenhaus, Einienstraße 5, und am **Dienstag**, den 8. März, im Swinemünder Gesellschaftshaus eine **Volkerverammlung** statt, in welcher Genossen P. i. e. h. Hamburg referiren wird. Näheres bringt das heutige Inserat. Die Vertrauensperson.

Die **Parteigenossen und Genossen** im sechsten Reichstagswahlkreis werden auf die **Volkerverammlung** hingewiesen, die am Sonntag Abend 8 Uhr im Köpfler Hof, Köpflerstraße 8, stattfindet. Frau P. i. e. h. aus Hamburg wird über die Sklaverei des 19. Jahrhunderts sprechen. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Der Vertrauensmann.

Die **größere Gefährlichkeit des elektrischen Betriebs der Straßenbahnen** im Vergleich mit dem Betriebe mit Pferden läßt sich nach den Angaben des Berichts der Großen Berliner Pferdebahn über das Betriebsjahr 1897 zahlenmäßig nachweisen. Wichtigsten gilt dies für die erste Zeit nach der Einführung des mechanischen Antriebes. Mit der zunehmenden Bewöhung des Publikums an die neue Einrichtung kehren nach den in anderen Orten gemachten Erfahrungen normale Zustände wieder. Im Jahre 1897, dem ersten vollen Jahr nach der Einführung des elektrischen Betriebs erwies sich dieser bei der Großen Berliner Pferdebahn als mehr denn doppelt so gefährlich als der mit Pferden. Während auf je 56 000 Kilometer Strecke, welche mit Pferden zurückgelegt wurden, ein Unfall kam, wurde auf den elektrisch betriebenen Linien schon auf je 24 000 Kilometer ein Unfall gezählt. Im ganzen kamen auf 81 101 415 Kilometer Fahrt mit Pferden 556 Unfälle, auf 3 082 890 Kilometer Fahrt auf den elektrisch betriebenen Linien 129 Unfälle. Die Behauptung des Berichts, daß die Einführung des elektrischen Betriebs ohne nennenswerten Einfluß auf die Zahl der Unfälle gewesen sei, trifft demnach nicht zu. Die sämtlichen Unfälle verursachten 1 tödtliche, 61 schwere, 828 leichte Verletzungen. In den weitaus meisten Fällen lag unvorsichtiges Auf- oder Absteigen vor. 85 pCt. der Fälle werden von dem Bericht auf eigenes Verschulden, 10 pCt. auf fremde Schuld und 0,8 pCt. auf Krankheit zurückgeführt. In 3,99 pCt. der Fälle sei die Schuldfrage nicht aufgelöst. Die Pferdebahn zählt z. B. 19 Unfälle mit einem Fahrbetrage von 6545,50 M. Abgefunden wurden im Jahre 1897 48 Fälle mit 12 154,65 M. Betriebsunfälle bei den Bediensteten kamen 542 vor und betrafen 2 Kontraktoren, 84 Schaffner, 79 Kutsher, 191 Stallknechte, 9 Vorleger, 21 Aufsichtsmänner oder Aufhänger. 32 Unfälle ereigneten sich auf Bahnhöfen, 2 auf anderem Betriebspersonal, 73 auf Bau- und 49 auf Werkstättenarbeiter. Nicht weniger als 2190 Wagen der Großen Berliner Pferdebahn wurden durch fremde Wagen angefahren. 267 Zusammenstöße fanden zwischen eigenen Bahnwagen statt.

Mietpreisse in Berlin und außerhalb. Eine interessante Tabelle veröffentlicht das Organ der Berliner Grundbesitzervereine. Es handelt sich darin um die Mietpreisse in den preussischen Städten, in denen eine Eisenbahn-Direktion ihren Sitz hat. Nicht vertreten sind Bromberg, Elberfeld, Essen und Hannover. Nach den Angaben der Tabelle kostet eine herrschaftliche Wohnung von 8 bis 10 Zimmern in Berlin mindestens 3400 und höchstens 8000 M., in Frankfurt a. M. 2500—6000 M., in Köln 1800—5000 M., in Halle 2100—3500 M., in Breslau und Danzig 1800—3500 M., in Magdeburg 1600—3200 M., in Münster 840—1440 M. Herrschaftliche Wohnungen von 6—7 Zimmern kosten in Berlin 2100—5600 M., in Frankfurt a. M. 1600—3500, in Köln 1200—3000, in Halle a. S. 1000—2500, in Danzig 1000—2000, in Erfurt 800—1900, in Münster 785—1260 M. Mittlere Wohnungen von 4—5 Zimmern kosten dagegen in Berlin nur 850—1500 M., in Köln 600 bis 1800, Danzig 750—1500, Halle 650—1000, Frankfurt a. M. 750 bis 1500 M. Dagegen bleibt bei Wohnungen von 3—4 Zimmern (525—1200 M.) und bei kleinen Wohnungen von zwei Zimmern (315—450 M.) und einem Zimmer (180—300 M.) Berlin fast überall

an erster Stelle. Nur in Königsberg ist für Wohnungen mit zwei Zimmern ein höherer Preis (300—575 M.) angegeben, die kleinsten Wohnungen sind in Köln und Königsberg theurer als in Berlin. In einer anderen Tabelle ist der Mietpreis auf den Quadratmeter berechnet, und da kann man lesen, daß in einer herrschaftlichen Berliner Wohnung in bester Lage der Quadratmeter 20,18 M. erzielt, Frankfurt 12,67, in Köln 10 und in Halle 8,75 M. Auch in Wohnungen von sechs bis sieben Zimmern, in bester Lage, kostet ein Quadratmeter Wohnraum in Berlin noch 18,90 M., in mittleren Wohnungen 7,99 und 8,21 M., in kleinen Wohnungen 6,08 und 5,31 M. In Berlin verschlingt die Wohnungsmiete bekanntlich oft den vierten bis dritten Theil des Einkommens eines Arbeiters.

Zur **Bekämpfung des Geheimmittelschwindels** geht den Ortspolizeibehörden jetzt ein an sämtliche Oberpräsidenten gerichteter Ministerialerlaß zu, in welchem namentlich der Begriff „Geheimmittel“ genau präzisirt wird. Was die Frage betreffe, ob ein Arzneimittel nicht mehr als Geheimmittel zu betrachten sei, sobald seine Zusammensetzung in irgend einer Weise bekannt gegeben werde, so müsse von dem Grundfah ausgegangen werden, daß ein Heilmittel seiner Eigenschaft als Geheimmittel höchstens dadurch entleidet werde, daß seine Bestandtheile und Gewichtsmengen sofort bei der Ankündigung in gemeinverständlicher und für jedermann erkennbarer Weise vollständig und sachentsprechend zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden. Angaben, aus denen nur ein Sachverständiger sich ein Urtheil über das Mittel bilden könne, seien als ausreichend nicht zu erachten, insbesondere nicht die Bezeichnung der Bestandtheile des Mittels in lateinischer Sprache. Das dagegen auch die Feststellung eines Mittels auf der Ankündigung erschichtlich sein müsse, wenn es nicht als Geheimmittel gelten solle, wird in dem Ministerialerlaß nicht gefordert.

Bei den **Berliner Jahrmärkten** ist eine Aenderung eingetreten. Der März-Jahrmarkt, der bisher auf dem Arkonaplatz und den angrenzenden Straßen stattfand, wird fortan in der Gneisenau- und Poststraße und den angrenzenden Straßen abgehalten werden. Dagegen wird der August-Jahrmarkt von der Gneisenaustraße nach dem Arkonaplatz und Umgegend verlegt. Die beiden anderen Jahrmärkte, der zweite und vierte, bleiben vorläufig an der Großen Frankfurterstraße und den angrenzenden Straßen. Der März-Jahrmarkt findet vom 23. bis 26. d. M. statt.

Neues **Omnibusprojekt**. Der Fuhrherr Vogel hat beim Polizeipräsidium die Genehmigung zur Inbetriebsetzung eines Omnibusverkehrs für Personen und Gepäck auf der nachstehenden Rundstrecke nachgesucht: Invalidenstraße (Ecke Alt Moabit)—Steininer Bahnhof, Eichendorff—Novalis—Eisassers—Friedrichstraße—Schiffbauerdamm, Friedrich Karl-Ufer—Alten-Brücke—Lehrter Bahnhof—Alt-Moabit (Ecke Invalidenstraße). Diese Ringlinie (etwa 5280 Meter lang) soll nach beiden Richtungen in Zwischenräumen von 10 Minuten betrieben werden. Der Fahrpreis für eine Rundfahrt beträgt 10 Pf., für drei Theilfahrten, welche eine Länge von 1920—2080 Meter haben, je 5 Pf. Für Gepäck bis zu 20 Kilogramm werden 10 Pf. und darüber 20 Pf. erhoben. Zur Zeit liegt der Antrag dem Magistrat zur Zustimmung vor.

Krankenschnuckskasse „Volkswohl“. Aus den Kreisen der geschädigten Interessenten erhalten wir folgende Zuschrift: „Die Mitglieder der Kasse werden besonders darauf hingewiesen, daß die vom Vorstande zum Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr, nach Köpfler's Festhalten, Rosenbalkenstr. 11—12, einberufenen Versammlung mit der Interessenten-Versammlung, die am gleichen Tage nachmittags 2 Uhr bei Wille, Andreasstr. 26, stattfindet, nicht identisch ist. Die vom Vorstand einberufene Versammlung verfolgt den Zweck, die im „Vorwärts“ gebrachten Mittheilungen als unrichtig hinstellen, während in der bei Wille stattfindenden Versammlung die Wahrheit dieser Mittheilungen erwiesen wird. Alle früheren und gegenwärtigen Mitglieder, welche sich durch die Kasse benachtheiligt fühlen, werden in ihrem Interesse ersucht, die Versammlung bei Wille zu besuchen. Das Nähere wird im Anzeigentheile der heutigen Nummer bekanntgegeben.“

Vom **15. d. M.** ab werden offene gedruckte Karten, auf denen die ursprüngliche Bezeichnung „Postkarte“ beseitigt oder durch den Vermerk „Drucksache“ ersetzt ist, allgemein zur Beförderung gegen die Druckachsentaxe zugelassen.

Eine **stürmische Sitzung** wegen des **Berlin-Stettiner Kanals** hat am Donnerstag im Saal 81 des Reichstags-Gebäudes stattgefunden, wo der vereinigte Ausschuss für das Kanalprojekt eine Plenarsitzung abhielt. Zur Beratung stand der Antrag der zweiten Gruppe, der Regierung ein Projekt zu unterbreiten, wonach der neue Kanal in der vom Bauamt Contag vorgeschlagenen Best-Linie geführt werden soll. Seit einiger Zeit machte sich nun eine lebhafteste Agitation zu gunsten der von uns bereits mitgetheilten Alternativ-Linie bemerkbar, deren Verfechter, Industrielle des östlichen Berlin und seiner Vororte, es mißgungem empfinden, daß der vereinigte Ausschuss, ohne auf ihre Wünsche einzugehen, die Verhandlungen über das wehrliche Kanalprojekt mit der Regierung weiterföhrt. Die Interessenten vereinigen sich, nachdem ihr Antrag auf Verlegung abgelehnt und der Saal von ihnen unter Protest verlassen war, zu einer besonderen Sitzung, in der sie zur Ausarbeitung des östlichen Kanalprojektes 25 000 M. zeichnen.

Ausnahmetarif für Eis. Es wird berichtet: Infolge der außerordentlich milden Witterung dieses Winters ist die Eisgewinnung vielfach hinter dem Bedarf erheblich zurückgeblieben, und es wird daher Eis in größeren Mengen aus weiterer Ferne auch auf der Eisenbahn bezogen werden müssen. Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung einer ausgiebigen Versorgung mit Eis hat der Minister der öffentlichen Arbeiten zur Erleichterung dieses Bezuges genehmigt, daß für Eis in vollen Wagonladungen bis zum 1. Juli d. J. ein allgemeiner Ausnahmetarif für den ganzen Staatsbahnbereich zu den gleichen Sähen eingeföhrt wird, wie sie nach dem Ausnahmetarif für Erbebau-Materialien berechnet werden. Diese Maßnahme ist auch im Verlebe mit anderen Bahnen durchzuführen, die sich diesem Vorgehen anschließen. Andernfalls sind direkte Tarife mit solchen Bahnen nur nach Maßgabe des Bedarfs und auf Grund der Umkartirungsföhre herzustellen. Für den Bereich der preussischen Staatseisenbahnen wird die Einföhrtung des Ausnahmetarifs alsbald allgemein veranlaßt werden.

Wie aus **Graz** gemeldet wird, wurde Dr. Bruno Wille nach Verbüßung seiner 8 tägigen Freiheitsstrafe, die ihm wegen Religionsbeschimpfung durch einen freireligiösen Vortrag auferlegt worden war, aus Oesterreich ausgewiesen; er mußte binnen 24 Stunden das Staatsgebiet verlassen.

Eine **Armutstragödie**. Der Polizeibericht meldet: Der an der Schule aus dem Landwehr-Kanal als Leiche aus Land gebrachte Knabe ist als der 2 Jahre alte Sohn einer Arbeiterwitwe, bisher Elberstraße 49 wohnhaft gewesen, festgestellt worden. Ihr Mann hatte sich am 14. Dezember durch einen Eisenbahunzug überfahren lassen. Die Witwe lebte als Kufwärtlerin in den dürftigsten Verhältnissen und war zum Theil auf miltberzigte Unterstützung angewiesen. Es ist anzunehmen, daß sie sich zusammen mit ihren beiden Kindern im Alter von 2 und 8 Jahren ertränkt hat. Nach ihrer Leiche und der des 8jährigen Knaben wird noch gesucht. Der gesellschaftliche Zustand, unter dem solche Verwüstungsthaten nicht selten sind, wird von interessirter Seite bekanntlich mit frecher Blasphemie als „göttliche Weltordnung“ bezeichnet.

Berliner Verkehe. Im Februar d. J. logirten in Gasthöfen 87 343 Personen, in Hotels garnis und Chambres garnis 2408, in sonstigen Anstalten zur Verbergerung von Fremden 7840 Personen, zusammen 47 886. Nach der vergleichenden Statistik über die Personenbeförderung auf der Stadtbahn, den Kleinbahnen und den Omnibuslinien Berlins wurden im Jahre 1897 829 984 781 Personen (gegen 824 814 061, also mehr 5 670 890) befördert.

In einer **Ständisgasse** auf offener Bühne kam es, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, in einem kleineren Familienkanton in Nordwesten. Während eine weniger durch ihre Sangeskunst als durch ihr Keuerees ausgezeichnete Sängerin vor versammeltem Publikum das „Mädchen von Polin“ zum besten gab und in be-

weglichen Worten das Schicksal beklagte, daß eine „Unschuld vom Lande“ in dem Sündenbabe Berlin erfahren mußte, stürzte plötzlich eine Frau in höchster Erregung auf die Bühne und verlesete der Vortragenden mehrere wohlgezielte Ohrfeigen. Nur mit Mühe gelang es dem Kapellmeister und einigen anderen Bühnenmitgliedern, die Sängerin von den Händen der Wüthenden zu entreißen und in Sicherheit zu bringen. Es war die Gattin des Lokalführers des Sündenbabe, welche als „Mädchen ihrer Ehre“ austrat, nachdem sie durch das Auffinden eines von der Künstlerin an ihren Mann gerichteten Briefes untrügliche Beweise von einem zwischen den beiden bestehenden, allzu vertraulichen Verhältnisse erhalten hatte. Die „Unschuld vom Lande“ hatte es verstanden, den älteren, ziemlich wohlhabenden Mann in ihre Netze zu ziehen und ihn zu veranlassen, daß er ihr eine reichausgestattete Wohnung mietete. Die Zuschauer, welche angezichts der wilden Giferstichszene anfangs ganz überrascht waren, ergriffen, ohne vom Sachverhalt Kenntniss zu haben, für das geschätzte Mädchen Partei, und die Frau konnte sich nur durch schnelle Flucht der Synchusst des Publikums entziehen. Sie hat das Haus ihres treulosen Ehemannes verlassen und die Scheidungsklage eingereicht.

Die **Millionen-Erbischaft der Ermordeten „Gipschulden“** hat gestern zum ersten Mal die Zivilkammer des Landgerichts I beschäftigt. 24 Personen sind mit Erbsansprüchen hervorgetreten. Da es für den Erbgang wegen des vorliegenden wechselseitigen Testaments von größter Wichtigkeit ist, wer von den beiden Frauen zuerst zu Tode gekommen ist — eine Frage, die mit absoluter Bestimmtheit zu beantworten nur dem Mörder Gönzcl möglich sein dürfte —, so hat das Gericht zunächst Beweisaufnahme über diesen Gegenstand beschlossen. Der Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Herr und andere Personen, die bei der Feststellung des Tatbestandes mitgewirkt haben, sollen über ihre Wahrnehmungen nach dieser Richtung in einem Termin am 14. April vernommen werden.

Als ein **guter Schwimmer** erwies sich gestern Vormittag ein Droschkenpferd, das mit seinem Targametrowagen durchgegangen war und am Alexander-Ufer mit dem Wagen die gemauerte Böschung hinab in die Spree rannte. Bei dem Sturze riß das Geschirr und der besetzte Gaul schwamm durch den Humboldthafen, den Kanal hinunter und durch den Nordhafen, bis er an der Heubrücke angehalten und aus dem Wasser gezogen wurde. Die Droschke ist gestern Nachmittag im leidlichen Zustande ans Ufer gebracht worden.

Ein **gefährliches Schandfeuer** war Freitag früh 8 Uhr in der Prinzengr. 39 zu beseitigen. Dort befindet sich im dritten Stock des rechten Seitenflügels eine Metallschleiferei, die große Posten Exportwaaren mit Sapphon-Loch überzieht, um dieselben auf der Seereise gegen schädliche Witterungseinflüsse zu sichern. Dieser Saal besitzt aber eine große Brennfähigkeit und so kam es auch, daß beim Ausbruch des Feuers rechtzeitig alarmirte Feuermehr bereits einen ausgedehnten Brandherd vorfand. Die enorme Rauchentwicklung verhinderte ein Vordringen über die Treppen und erschwerte den Löschangriff ungemein. Dazu kam, daß hier äußerste Vorsicht geboten war, da in dem brennenden Raume sich große Gottiche mit Säurebähren befanden, deren Dämpfe giftig sind. Mit Hilfe mehrerer Feuerleiter wurde ein Angriff unternommen, um zunächst dem erstickenden Qualm einen Ausweg zu verschaffen. Mittlerweile hatte das Feuer die Decke nach der darüber befindlichen Etage durchbrochen, in der ein umfangreiches Stodgeschäst betrieben wird. Mittels mehrerer Schlauchleitungen konnte das Feuer nach einhändiger Löschthätigkeit gelöscht werden, doch sind die beiden oberen Etagen und ein Theil der Dachkonstruktion arg beschädigt. Die Ausräumungsarbeiten zogen sich bis gegen 6 1/2 Uhr hin.

Ein **eigenartiger Unfall** ereignete sich gestern in der Königstraße. Dort wollte der Kutsher eines Bierwagens seine Pferde mit der Peitsche antreiben, schlug jedoch so ungeschickt zu, daß die Peitschenschnur den Strahrentreiger Gustav Schneider traf und sich ihm um den Hals schnürte. Schneider kam zu Fall und wurde durch die Näder an der linken Hand verletzt.

Von der **Schloßbrücke** am Zeughaue ist gestern Nachmittag 4 1/2 Uhr ein etwa zwanzig Jahre alter Mann in die Spree gesprungen und ertrunken. Die Leiche hat man noch nicht gefunden.

Die **erste Acetylen-Fachausstellung** zu Berlin im Gebäude der vorjährigen Transvaal-Ausstellung am Kurfürstendamm wird Sonntag Abend 7 Uhr eröffnet werden. An die Ausstellung schließt sich ein wissenschaftlicher Kongreß, der vom 7. bis 12. März einschließl., nachmittags von 12 bis 3 Uhr, im „Kaiserhof“ seine Sitzungen abhalten wird. Die Arbeiten des Kongresses sind in dem nachstehenden Programm angebeuet: Montag, den 7. März: 1. Vortrag des Herrn Professor Josef Berthel-Alba (Ungarn): „Ueber Acetylen-Analysen“. 2. Mittheilungen von Herrn Professor Dr. A. Kossel-Solothurn: „Die Bindung des Stickstoffs der Luft und Bildung von Magnesium-Stickstoff, Mg₃N₂, durch Erhitzen einer Mischung von Calciumcarbid und Magnesium. — Herstellung von Luft-Stickstoff-Kummulat und Ammoniaksalzen. — Ueber Nitrogas (Delgas und Acetylen) bei schwachem Druck.“ Dienstag, den 8. März. 3. Vortrag des Herrn Dr. Sillwiler-Unterengen b. Pörschach: „Ueber Acetylenbrenner“. 4. Vortrag des Herrn Dr. Paul Wolff-Berlin: „Ueber Anwendung des Acetylen“. Mittwoch, den 9. März. 5. Vortrag des Herrn Ingenieur S. von Szepczynski-Bien: „Die Beleuchtung von Städten mit Acetylen“. Donnerstag, den 10. März. 6. Vortrag des Herrn Armin Tenner, Berlin-Schöneberg: „Ueber die gewerbliche Gewinnung von Calciumcarbid“. Freitag, den 11. März. 7. Vortrag von Herrn Prof. O. L. L. L.: „Ueber Acetylen-Nitrogas und Nitrogas-Apparate“. Sonnabend, den 12. März. Nachträge und Mittheilungen.

Urania. Im Anschluß an den heute, Sonnabend, in der Urania, Invalidenstr. 11, stattfindenden Vortrag des Herrn Dr. G. K. K. „Das Bier“, wird ein Besuch der Weiblicherbrauerei von Ed. Wehndt, Berlin N., stattfinden.

Aus den Nachbarorten.

Den **Parteigenossen von Steglitz** zur Nachricht, daß die **Wahlen zur Gemeinde-Vertretung** für den ersten Bezirk am Montag, den 7. März, abends von 5—8 Uhr im Lokal Albrechtshof, Albrechtstraße, stattfinden. Unser Kandidat ist der Zimmerer Reinhold Fritsch. Im zweiten Bezirk ist die Wahl am Dienstag, den 8. März, abends von 5 bis 8 Uhr, im Lokal Kaiserhallen, Albrechtstraße. Dort kandidirt von unserer Seite der Gastwirth Fritz Schellhase. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, welcher ein Jahr im Orte wohnt, das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, einen eigenen Haushalt hat, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, keine Armen-Unterstützung innerhalb eines Jahres bezogen hat und mindestens 4 Mark Steuern bezahlt. Die Wähler sollen vom Ortsvorsteher durch Karten eingeladen werden; es könnte aber möglich sein, daß mancher vergessen wird, und so ist es nöthig, daß diejenigen, die keine Karte haben, den letzten Steuerzettel mitbringen. Zweck einer öffentlichen Aussprache findet am Sonntag Nachmittag, präzis 2 Uhr, eine öffentliche kommunalwähler-Versammlung im Schwarzen Adler in Steglitz, Albrechtstr. 125, statt. Am Sonntag früh gelangt ein Flugblatt, die Wahl betreffend, zur Verbreitung. Treffpunkt der Genossen, welche hieran theilnehmen, am Sonntag früh um 7 1/2 Uhr bei Schellhase. Wir ersuchen die Genossen, recht zahlreich und pünktlich beim Flugblattverbreiten zur Stelle zu sein, sowie nachmittags zur Versammlung zu erscheinen. Wenn ein jeder Arbeiter seine Schuldigkeit thut, so ist es ein leichtes, das bürgerliche Kartell zu sprengen, welches sich kurz vor der Wahl gebildet hat. Das Wahlkomitee.

Weisener. Die Parteigenossen werden auf die in diesem Monat stattfindenden Gemeinderathswahlen ganz besonders aufmerksam gemacht. Am Sonntag, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, finden 5 öffentliche Wähler-Versammlungen in folgenden Lokalen statt: 1. Abtheilung: „Deutscher Schützen-Garten“, Heinersdorfer Weg. 2. Abtheilung: „Röhne, Altkstr. 20. 3. Abtheilung: C. Müller, König-Charuffe 38. 4. Abtheilung: F. Spedmann, König-Charuffe 55.

Abtheilung: H. Sorver, Straßburgerstr. 56. Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen ist: 1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen. 2. Diskussion. Referenten: Gerstenberger, Klein, Pasewaldt, Koopmann, Karow. Pflicht der Parteigenossen ist es, zahlreich zu erscheinen. Der Einberufer.

Zehlendorf. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag, den 6. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Zehlendorf bei Pagel, Chausseestraße, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher Genosse Zubeil über die politische Lage referieren wird. Nach dem in Zehlendorf beliebigen Modus, die Versammlungen auf Grund einer Hauptpolitik-Berordnung aufzulösen, haben die Parteigenossen hierorts allen Grund, durch vollzähliges Erscheinen zu zeigen, daß solche Beschränkungen machtlos an uns abprallen. Zweck gemeinsamer Dingen treffen sich die Genossen um 1 Uhr am Bahnhof. Der Vertrauensmann.

Bei der Gemeinderathswahl in Pankow hat der Gegner über unseren Kandidaten mit 123 gegen 119 Stimmen gesiegt. Wäre diese Niederlage für die Parteigenossen ein Ansporn sein, hinfürst ihre Interessen eifriger wahrzunehmen!

Und Rixdorf. Einem Briker Sälächtermeister wurde kürzlich in der Verghabe ein geschlachtetes Kalb vom Wagen gestohlen. Als Thäter sind jetzt 6 Kutscher, welche sich den Raub getheilt hatten, ermittelt und zur Anzeige gebracht worden. — Wegen Verübung zahlreicher Diebstähle in Berlin und Umgegend ward der 17 jährige Arbeitsbursche Paul Franke aus der Kossstraße in Ost genommen und dem Berliner Polizeipräsidenten zugeführt. — Der diesige Zweigverein der Berliner Rettungsgesellschaft beabsichtigt, im hiesigen Orte eine Sanitätskammer einzurichten. — Im neuen Gemeinde-Cent für 1898-99, welcher demnächst in der Gemeindevertretung zur Beratung gelangt, ist zum ersten Male auch eine Biersteuer in Vorschlag gebracht.

Zwei gefährliche Einbrecher sind gestern bei einem Einbruch im Hause Grünwaldstraße 124 zu Schöneberg abgefaßt worden.

Seit Jahresfrist hat gegenwärtig der Spreewald die fäulnis Ueberschwemmung zu überleben, denn die starken Niederschläge der vorigen Woche haben abermals — schon zum zweiten Male in diesem Jahre — das Spreewaldgebiet unter Wasser gesetzt, nachdem schon die vorige Ueberschwemmung bei dem Dorfe Schmogrow einen Dammbuch verursacht hatte. Da dieser Schaden noch nicht beseitigt ist, werden auch jetzt die Felder zahlreicher Ortshäuser, Schmogrow, Sackasur, Buseluhre, Burg Dorf, Burg Rauper und Straupitz gänzlich unter Wasser gesetzt und selbstverständlich der Durchbruch wieder bedeutend erweitert.

Von einem Eisenbahnzug wurde in der gestrigen Nacht ein Fuhrwerk in der Nähe von Graussee überfahren. Wir erhalten darüber folgende Mittheilungen: Am halb 12 Uhr überfuhr der von Berlin kommende Personenzug das Fuhrwerk des Ober-Postassistenten Buchholz aus Zehdenick beim Uebergang über die Zehdenicker Chaussee. Die Insassen, Herr Buchholz und seine Frau, sowie der Kutscher wurden aus dem Wagen geschleudert, und der Wagen wurde mitten durchschnitten. Die Pferde gingen mit der vorderen Hälfte des Wagens durch. Frau Buchholz wurde mittels einer Bahre nach Graussee getragen, sie und ihr Gatte liegen sehr schwer danieder, wahrscheinlich haben sie innere Verletzungen davon getragen. Wie dem „Berl. Tagbl.“ ferner mitgeteilt wird, war der Bahnübergang nicht geschlossen.

Theater.

Görke Robertson und seine Truppe stellten sich am Donnerstag bei Kroll zum ersten Male dem Berliner Publikum vor. Damit ist seit Jahren wieder eine englische Schauspielergesellschaft auf bei uns eingeleitet.

Es ist bekannt, wie das englische Theater jeder Kunst im höheren Sinne entfremdet wurde. Für eine Zeit schien es, als seien alle Fäden zwischen der großen Vergangenheit und der Gegenwart zerschnitten. Auf anglo-amerikanischem Boden wurde das Theater zuerst zum Fiskus; der Ausstattungsrummel erwürgte den Geist. In der Parterre wurde noch wirkte etwas vom altenglischen Clow-Uebermuth nach. Ein Muster dieser Gattung haben wir in „Charley's Lante“ kennen gelernt.

So steht es denn mit der modernen Bühnenschriftstellerei Englands trüblich genug aus; und ein geschickter Dramatiker, wie Pinero, ein Mann etwa nach dem Geiste Sardou's, kann als erster dramatischer Poet gelten.

Im letzten Jahrzehnt endlich erinnert man sich in London der entschwundenen Größe. Schauspielerscher Ehrgeiz verband sich mit der Feindseligkeit der Direktoren. Man gab Schafspeere aus — in Deutschland klingt das befremdlich — bemühte sich um ernste Schauspielerei und wußte zugleich der Schaulier der Menge durch Ausstattungsprunk zu imponiren. In der neuesten Zeit geht man sogar auf Schafspeere's Zeitgenossen zurück.

Die neue Wendung ist mit dem Namen Irving unig verknüpft. Irving ist Schauspieler und Direktor zugleich. Er ist der bekannteste Schafspeere-Darsteller Londons.

Dem jüngeren Nachwuchs gehören Herr Robertson sowie Frau Campbell an, die bei Kroll als Iphigenie und Ophelia auftraten. Herr Robertson hat gerade als Hamlet hier stark gegen die Erinnerung an einen ganz merkwürdigen Schauspieler englischer Junge, an Edwin Booth, anzukämpfen. Wer den verträumten, verkommenen Hamlet von Booth sah, hat zugleich eine Erinnerung, wie man sie nur ausnahmsweise von der Schauspielerei erfährt.

An dieser darf man bei Robertson nicht denken. Es wird übrigens noch geboten sein, mit dem Urtheil zurück zu halten. Das Kroll'sche Haus eignet sich nicht auf für das gesprochene Wort. Gerade gedämpftere Töne, feinere Nuancen können verloren gehen.

So wie Herr Robertson nach dem ersten Eindruck sich mit darstellte, hat man es mit einem klugen, nachdenklichen Schauspieler zu thun, aber nicht mit einem Künstler von unmittelbarer, reicher Gestaltungskraft. Er scheint nicht zu den Eroberern der Bühne zu gehören, so daß man sich wohl fragen dürfte: Ist diese Kunst so besonderer Art, daß sie an ein internationales Urtheil denken darf?

Vielleicht wird der weitere Verlauf des Gastspiels eine günstigere Antwort geben, als der nervös erregte, stellenweis interessante, aber doch nur interessante Hamlet Robertson's giebt. Der Schauspieler ist der Sohn des angesehenen Kunstschafflers Robertson. Frühzeitig hat er mit Kunststudien sich befaßt. Etwas, wie solche ergrübte Kunststudie, bleibt sein Hamlet, den er als hageren, hochaufgeschossenen dunkelhaarigen Jüngling darstellt.

Frau Campbell will in Pinero's Virtuosenstück von der „zweiten Frau“ erst ihr volles Können entfalten. Ihrer Ophelia kann man schlichte Weisheit nachrühmen.

Das Publikum verhielt sich im allgemeinen zuwartend. Der zwingende Eindruck blieb aus. Wo der Beifall wärmer klang, da war es gewiß die starke englische Kolonie, die lebhaftesten Widerhall schuf. —

Literarisches.

Das „Extrablatt der Freude“, das von der „Bosliche u Zeitung“ am 20. März 1848 anlässlich des Sieges der Revolution veröffentlicht wurde, ist im Buch- und Kunstverlag von Max Marcus in Berlin in einer getrennen Reproduktion erschienen. Das historisch wertvolle Blatt bildet zugleich eine der amüsantesten Satiren auf das Berliner Bürgerthum der Gegenwart und auf dessen vornehmstes Organ, die — „Bosliche Zeitung“.

Versammlungen.

Die Kaufleute, Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen hielten am Donnerstag in den Arminhallen eine öffentliche Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Max Schippel über das Thema: „Der Mittelstand und der Kampf gegen die großen Waarenhäuser“ referirte. In seinen Ausführungen weist der Vortragende darauf hin, wie mit der Entwicklung der Großindustrie das kleine Handwerk völlig im Schwinden begriffen sei, während gerade der Kleinhandel trotz Errichtung von Waarenhäusern und Filialgeschäften eine bedeutende Zunahme anzuweisen habe. Diese Erscheinung erkläre sich nur durch unsere Kapital- und Kreditverhältnisse. Der Kleinhandel könne schon mit wenigen Mitteln sich unabhängig und selbständig machen, was beim Handwerk heutzutage schlechthin ein Ding der Unmöglichkeit sei. Und wie als Konkurrenz für den Kleinhandel auf der einen Seite Waarenhäuser und Filialen aus dem Boden wachsen, so schließe sich auf der anderen Seite die Konsumenten zu Vereinen und Konsumvereinen zusammen. Von allen Seiten werde gegen diese Konsumvereine angekämpft; so habe man in Sachsen eine Unschäfer für Konsumvereine dem Velleben der einzelnen Gemeinden anheingegen. In Berlin handle es sich jedoch weniger um Konsumvereine, als um Waarenhäuser. Rehnliche Vorgänge wie im bayerischen Landtag hätten sich auch kürzlich im preussischen Landtag abgespielt bezüglich einer Unschädlichmachung der großen Waarenhäuser. An der sehr lebhaften und erregten Diskussion beteiligten sich die Herren Michalski, Bornmann und Warburg, sowie die Genossen Maas, Simmel und Swienty. Michalski vertritt einen national-sozialen Standpunkt. Bornmann und Warburg suchen die Ausführungen des Referenten zu widerlegen und den Sozialismus als „Ruin“ für die Handlungsgehilfen hinzustellen. In kurzen, kräftigen und treffenden Worten widerlegt jedoch Maas, sowie Simmel die freisinnigen Vorkämpfer. Swienty endlich fordert zu einem energischen Beitreten in die Organisation auf, indem er besonders die bevorstehenden Reichstagswahlen betont. — Der Referent entwickelt noch einmal seine Ausführungen über Kleinhandel und Kleinhandel und stellt als Endziel des wirtschaftlichen Sozialismus hin, daß Arbeit und Kapital sich wieder auf einer Seite, und zwar auf der Seite der wirklichen Produzenten, vereinen müßten, und sich nicht mehr, wie heute, feindlich gegenüber stehen dürften. — Von den vier eingelaufenen Resolutionen gelangten zwei zur Annahme, die einen Protest gegen jedes Vorgehen gegenüber den großen Waarenhäusern erheben, welche notorisch die günstigsten Arbeits- und Gehaltsverhältnisse für die Handlungsgehilfen führten.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband beabsichtigt die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen. Die Mitglieder der hiesigen Zählstelle nahmen in einer Versammlung, die am 1. März stattfand, hierzu Stellung. Nachdem eine frühere Versammlung sich im allgemeinen dafür erklärt hatte, wurde nun noch beschlossen, den Verbandstag zu ersuchen, darüber eine Urabstimmung herbeizuführen. Annahme fanden ebenfalls folgende Ausführungsbestimmungen: 1. Mitglieder, welche bei Inkrafttreten der Arbeitslosen-Unterstützung dem Verband angehört haben, erhalten, nachdem sie 52 Wochen erhöhte Beiträge geleistet, bei eintretender Arbeitslosigkeit Unterstützung. Mitglieder, welche sich erst später dem Verband angeschlossen haben, erhalten diese Unterstützung, nachdem sie 75 Wochenbeiträge entrichtet haben. Die Ortsunterstützung bestimmt der Vorstand, diese darf jedoch die Dauer bis zu 30 Tagen und pro Tag 1 M. innerhalb eines Jahres nicht übersteigen. Von dem Tage der letzten Unterstützungsanmeldung an kann erst nach Entrichten von 52 Wochenbeiträgen Unterstützung in derselben Höhe gewährt werden. Alle weiteren Bestimmungen hat der Vorstand zu erlassen. — Hierauf wurde die Wahl der Delegirten zum Ver-

bandstag per Stimmzettel vorgenommen; aus derselben gingen hervor: Ahrens, Gloke, Gäh, Hoffmann, Klingner, Raaf, Markmann (Klavierarbeiter), Schotta (Drechsler), Stufche, Vogel und Wiese (Büchsenmacher).

Verein der Buchbinder und Schriftsetzer für Rixdorf-Gröb. Sonntag, den 6. März, nachmittags 1 Uhr: Versammlung in der Vereinsbrauerei, Hermannstraße 214. Vortrag des Herrn Dr. Wafste über Augenkrankheiten.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für das Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Wägen. Sonntag, den 6. März, vorm. 10 Uhr, bei Wörschel, Hülshofstraße 38: Agitationsversammlung. — Das Stimmzettel des Vereins findet am Sonnabend, den 12. März, in Englischen Garten, Alexanderstraße 26, im unteren Saale statt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. März, vorm. 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Resourde, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 11 Uhr nachmittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Wilhelm Wörschel: „Wacht Wachen glücklich.“ (Herr Wörschel ist verbunden.)

Allgemeine Krank- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. H. 28, Hamburg.) Filiale Berlin 2: Sonntag, den 6. März, vormittags 10 Uhr, bei Wilke, Andreadstraße 26: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Charlottenburg: Sonntag, den 6. März, abends 8 Uhr, im Restaurant Wörschel, Wallstr. 103: Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung. — In allen Versammlungen Aufstellung der Kandidaten zur General-Versammlung.

Vermischtes vom Tage.

y. Im Monat Januar d. J. sind 121 Schiffe verloren gegangen, und zwar 83 Segelschiffe mit 82 888 Registertons und 38 Dampfschiffe mit 42 958 Registertons. Unter diesen befanden sich 5 deutsche Segelschiffe mit 5157 Registertons und 4 deutsche Dampfer mit 5246 Registertons. —

— Die Monilia-Krankheit der Rirschbäume hat im vorigen Jahre in den von ihr heimgesuchten Gegenden einen Ausfall in der Ernte von 5 bis 100 pCt. ergeben, und zwar mehr einen solchen von 50—100 pCt., als einen solchen von 5—50 pCt. —

— Zwei Brüder aus Thumitz-Deinitz (Prov. Sachsen) wurden beim Sprengen in einem Steinbruch von den umherfliegenden Steinblöcken getödtet. —

— Bei Bacha (Sachsen-Weimar) stieß man in einer Tiefe von 700 Metern auf ein Kalilager, dessen Mächtigkeit vorläufig auf 4 Meter festgestellt werden konnte. —

— In dem Dorf Symten bei Johannsburg brannten zehn Gebäude, darunter das Schulgebäude, nieder. Viel Vieh kam in den Flammen um. —

— Immanuel Kant's Denkmal in Königsberg Gegenstand eines Scherzes geworden. In ihrem nicht geringen Ernteanne bemerkten dieser Tage Frühjahrspapiergänger, wie der große Gelehrte ein gefülltes Bierglas hielt und den Vorübergehenden ein „Schmolli“ zuzurufen schien. —

— Aus Aegerer darüber, daß ihm seine Braut untreu geworden, hat ein Maurergeselle bei Schriegnitz (Schlesien) 32 junge Obstbäume umgehauen. —

— Durch einen Blitz wurde am Donnerstag eine große Mühle in Haselanne bei Reppen eingeschert. —

c. e. Bei 350 analysirten Proben von russischen Weinen, die aus den Lagerräumen der bekanntesten Weinbändler in Moskau entnommen waren, wurde nur in dreien das Vorhandensein von mehr oder weniger geringen Quantitäten Traubenstain konstatiert. Die übrigen 347 Proben waren nichts weiter als Mixturen, die der Gesundheit höchst unzutragliche, ja sogar absolut gefährliche Bestandtheile enthielten. —

c. e. Bei einer russischen Falschmünzerbande wurden 18 000 „Silberrubel“ beschlagnahmt, die aus Glas gefertigt waren. Vorder- und Rückseite waren mit Zinn überzogen. 9000 Rubel hatten die Fälscher bereits umgewandelt. —

— Eine neue äußerst kostspielige Mode ist in der Kapkolonie ausgehakt. Man läßt Bilder in massiven Goldrahmen einrahmen. Ein einfacher Millionär dürfte da kaum mithalten können. —

— Eine höchst merkwürdige Mißgeburt brachte die Frau eines Sattlers in Affincoirt (Frankreich) zur Welt. Das Kind hat zwei auf einem Hals hintereinander gewachsene Köpfe, scheint aber doch lebensfähig zu sein. Der nach dem Rücken hin stehende Kopf hat weder Mund noch Nase; alle übrigen Organe sind, wie der ganze Körper, wohlgebildet. —

Witterungsübersicht vom 4. März 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf h. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stufe 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 C. = 32 F.).
Swinemünde . . .	754	N	5	Schnee	0
Danburg . . .	758	N	1	halb bedeckt	1
Berlin . . .	755	WNW	3	bedeckt	2
Bielefeld . . .	757	W	2	wollig	-1
München . . .	758	S	3	heiter	-4
Wien . . .	760	SW	1	wollig	-1
Japananda . . .	768	D	2	bedeckt	-13
Peterburg . . .	—	—	—	—	—
Cost . . .	766	N	4	heiter	3
Aberdeen . . .	761	WS	4	wollig	3
Paris . . .	756	NO	2	Regen	1

Wetter-Prognose für Sonnabend, 5. März 1898.

Kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe bei schwachen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 7. März 1898, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Hermannstraße 197:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Grundmann über: Ein Bild in das Innere des Menschen. 2. Diskussion. 3. Wahl. 4. Verschiedenes. Die Kollegen, welche ihre Kontrollkarten von 1897 noch nicht abgeliefert, werden ersucht, diese spätestens heute Abend in den Habsbücheln bei den Bevollmächtigten abzugeben; es handelt sich hauptsächlich um Sotsnik wegen Arbeitslosen-Unterstützung, Tafelberg Aufnahme von neuen Mitgliedern und Abgabe der Billets zum Rosenball, welcher am 19. März, in Keller's Billards, Kopenstr. 29, stattfindet. 145/11 Der Vorstand.

Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsg.

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 6. März 1898, nachmittags 5 Uhr, in Cohn's Billards, Weithstraße Nr. 19/20:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die zugewandte Antwort des Verbandsvorstandes. 2. Verschiedenes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 138/4 Der Vorstand.

Charlottenburg.

Öffentliche Versammlung aller im Brauereibetriebe beschäft. Arbeiter für Charlottenburg u. Umgegend am Sonntag, den 6. März, vormittags 11 Uhr, in der Cambrinus-Brauerei, Wallstr. 94.

Vortrag des Genossen Görke über den Werth der Organisation. 1145/5 Um zahlreichem Besuch ersucht. Der Einberufer.

Kistenmacher!

Montag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Schließen wir uns dem Holzarbeiter-Verband an? Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 94/5 NB. Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

F. A.: Franz Schulz, Schwedterstraße 47.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, 6. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Cohn, Weithstraße 20:

Mitglieder-Versammlung

der Filiale Berlin II Zentral-Verband deutscher Maurer. 136/5 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Rudolph Millarg über: „Das Unfallversicherungsgesetz mit besonderer Berücksichtigung des Bauberufs.“ 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Lokalverwaltung.

Öffentliche Versammlung

der Pufferträger Berlins u. Umgegend am Sonntag, den 6. März, mittags 12 Uhr, in Wernau's Festsaal, Schwedterstr. 23/24.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen wir uns zu dem jetzt bestehenden Verband der Bauarbeiter? 2. Eventuelle Anträge und Diskussion darüber. Um rege Theilnahme ersucht. Der Einberufer.

Wo? machen wir unsere Herren-Barthie hin? Zum alten Freund auf Pichelswerder. 4083L*

Achtung! Vergolder. Achtung!

Große öffentliche Versammlung aller im Bergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Montag, den 7. März 1898, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Wagner: „Was haben die Vergolder im Jahre 1898 zu erwarten?“ 2. Diskussion. 3. Bericht und Abrechnung der Agitationskommission und Neuwahl derselben. 4. Bericht des Gewerkschafts-Delegirten und Neuwahl desselben. 5. Bericht vom Brandenburg. Streit. 6. Verschiedenes.

In underrand der wichtigen Tagesordnung werden alle Kollegen, Berufsgenossen und Arbeiterinnen aufgefordert, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 227/2 Die Agitationskommission.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. No. 29.) Hamburg, Filiale Berlin 4. Sonntag, den 6. März, vormittags 10 Uhr, bei Wilke, Andreadstraße 26: Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Was haben wir von der Kasse „Volkswohl“ zu halten? 2. Die Handlungsmittel des Vorstandes und der „Vorbereitung“. 3. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 1134/5 Der Einberufer.

Kranken-Zuschußkaffe „Volkswohl“.

Sonntag, den 6. März, 1898, nachmittags 2 Uhr, bei Wilke, Andreadstraße 26: Öffentliche Interessenten-Versammlung.

Carl Becker Cigarren, Cigaretten u. Tabake. Hindenburgstr. 25 an der Müllerstr. 5 1/2 Pfd. Brot 50 Hg. liefert 30533* Albrecht's Bäckerei, Wrangelstr. 8, Rangelt. 26. Goldensteinstr. 28, Gantzerstr. 2.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 5. März.
Opernhaus. Robert der Teufel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Stoll). Samiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die verunkelte Mode. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Im weichen Röckl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Widerspenstigen Zähmung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Sein Teufel. Anfang 8 Uhr.
Neues. Die Schildekröte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Hans Hudelein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Ahnfrau. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Fortunio's Lied. Die kleinen Kammern. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Jugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Beck. Alliance. Rean. Anfang 8 Uhr.
 Nachmittag: Das Rätzchen von Heilbrunn.
Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wiltbelustigendes. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschläge.

Urania

Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.
Berliner Nachleben
 Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.
 Vorher: **Theater Variété.**

Gastan's Panopticum.
 Friedrichstr. 165.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler
 - und -
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
 Wie immer durchschlagender Erfolg! Unübertroffen:
Rauch- u. Feuersprühender Krateranz.
 Die eleganten Broth. Paxton, das verrückte Kleeblatt-Rossini-Trio. Immer noch die sensationelle Pawall'sche Pantomime:
Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Reichshallen-Tunnel.
 Zwei Kapellen mit neuen Kräften: Sonnabend: **Bockler-Fest** mit Stangenklettern, Gratispräsentverteilung, humor. Roulette u. s. w.

Quarg's Vaudeville-Theater
 im Grand Hotel Alexanderplatz bleibt heute wegen Privatfeiern **geschlossen.**
 Morgen Sonntag: Das vollständig neue große Programm!
Die Ballhaus-Anna! Ervast!
 Schwanf.
 Anton Sattler!
 Auf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Concerthaus
 Leipzigerstr. No. 48
 Heute Sonnabend:
Till Eulenspiegel-Herrenabend.
 Sonntag, sowie täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
 In Vorbereitung: „In Zossen“.

Neues Olympia-Theater.
 (Circus-Renz) Karlstrasse.
 Heute, Sonnabend, 5. März:
Letzter grosser Masken-Ball
 im Styl der berühmten „Arion“-Bälle in New-York.
 Neue grosse Aufzüge.
 Riesen-Balletts.
 Feenhaft Ausstattung etc., arrangirt und entworfen vom Direktor **Bolosy Kiralfy** persönlichem Leiter der New-Yorker „Arion“-Bälle.
 6 Musikkapellen, 3 internationale Sängergesellschaften, Schaurt's Monopol-Über-raschungen. - Restauration: Louis Schaurt, Monopol-Hotel, Jul. Müll, Olympia.
 Entree: Herrenkarte 10 M., Damenkarte 5 M. Im Vorverkauf Herrenkarte 8 M. Eintritt nur in Ballettloste, Domino oder eleganter Maske. Es wird auf allgemeines Verlangen eine beschränkte Anzahl Zuschauer-Karten zum Preise von 3 M. ausgegeben.
Anfang 10 Uhr.
Morgen, Sonntag: 2 Vorstellungen.
 Nachm. 4 Uhr, Abds. 8 Uhr.
Bolosy Kiralfy's Konstantinopel
 Nachm. 1 Kind frei.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung Ihre Familie.
 Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Stinde u. Engels. Musik v. Reichel.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Vollständig neues Programm.
 Mlle. Mary. Ivner-Guillot, Fischer u. Wacker,
Tonci Tonchette, Mr. Jigg, La Loie Fuller,
 Les Guitanas, Eise Sadoni,
Signor Salerno,
 Ida Head, Grant und Maud
 u. s. w. u. s. w.
 Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast
 Burgstrasse 22.
 Grösste Attraktion der Neuzeit. Nach einstimmigem Urtheile der gesammten Berliner Presse **noch nie dagewesen!**
Aschanti-Dorf und Javaner-Dorf
150 Eingeborene.
 Concert - Volksbelustigungen täglich ummühen von 11 bis 10 Uhr.
 Entree 50 Pf., Kinder und Militär 25 Pfennig.

Alcazar-Theater.
 Dreßdenstrasse 52/53 (City-Passage) Hirschstrasse 42/43.
 Direction: Richard Winkler.
 Ab 1. März 1898:
Durchweg neues Programm.
 Neues Personal. Neue Spezialitäten. Hand und Klara Sanna, Mary Mann, Anton Hildach, Helene Werner, Karl Müller, Betty Fren, Billie Wilson, Adolf Adolff, Familie Heinsch (4 Personen).
Die kleine Handkutschmagerin. Charakterstudie mit Gesang in 1 Akt.
Die erste Tödt.
 Schwanf in 1 Akt.
Anfang: Bochentags 8 Uhr.
 Sonntag 6 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf. Rücktritt. Platz 50 Pf.
 Die für den Feen-Palast ausgegebenen Gärten und Freikarten haben Gültigkeit.

Konzert-Sanssouci
 Kottbuser Strasse No. 4a.
 Direction: S. Pierry.
 Ganz neues März-Programm.
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich
 Aufspiel in 1 Akt.
Der Hausschlüssel.
 Schwanf in 1 Akt.
 Auftr. von Spezialität Nr. 1. Rang. Gebr. Clarison mit ihrem Anglo-amerikan-Biograph-Photographen. Mit selbstverleibten Bildern. Bisher noch nicht gezeigt.
Entree 30 Pf. Anfang d. Konz. 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
 Paaspartouts haben Gültigkeit.

Circus Busch (Bahnhof Börse).
 Sonnabend, den 5. März 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
 8 Ungarn mit ihren waidertrefflichen Volkstanzgruppen. Unter anderem: a) Sprung d. Hohlblutpferdes „Scipi“ über eine 7 Fuß hohe feste Barriere mit Reiter. b) Der berühmte Sandorfrang über 3 hohe Pferde. Außerdem: Zum 1. Male: Die lustigen Musikanten von Gebr. Krasucki. Auftreten der ausgezeichneten Springflown's Nipp und Tipp. Gebr. Borghetti mit ihren ausgezeichneten Rummortableaux. Die berühmten Juchobengle des Dir. Busch. Auftreten der ausgezeichneten Schutzeiterin Widue. Maria Doré und des besten Schutzeiter's Herrn Footit-Burghardt.
Zaragoza.
 Orig.-Wandge-Schauspiel des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Panzardäuser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen Sonntag 2 gr. brillante Vorstellungen, nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Zaragoza.

Achtung! Genossinnen und Genossen!

Montag, den 7. März 1898, abends 8 Uhr, im Schützenhaus, Zwickstr. 5:
Große Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin Frau Louise Zietz aus Hamburg über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Frauen“. 2. Diskussion um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen eruchtet **Die Vertrauensperson.**
Vorläufige Anzeige.
 Am Dienstag, den 8. März, wird die Genossin Zietz über „Die lex Heinze“ im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstraße 42, referiren.
 Am 28. März, abends, wird Herr Dr. Willh. Meyer in der Brauerei Friedrichshain (früher Vips) einen Vortrag mit vermehrten und verbesserten Lichtbildern über „Die Reise nach Spitzbergen“ halten.
 Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Montag, den 7. März 1898, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Fejsäten, Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag von Fräulein Jda Altmann über: „Ehe und Religion“. 2. Verhandlungsgegenstände.
 Um zahlreiches Erscheinen eruchtet **Der Bevollmächtigte.**

Sonnabend, den 19. März 1898:
Feier des XI. Stiftungs-Festes
 in Stecher's Festsälen, Andreasstr. 21.
Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert
 unter Mitwirkung des Buchbinder-Männerchors.
 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
Eintritt 20 Pf. **Anfang 8 1/2 Uhr.**
 Billets sind in sämtlichen Zahlstellen, in der obigen Versammlung und im Bureau, Kantenstr. 50, zu haben. **Das Komitee.**

Rixdorf.
Sozialdemokr. Verein „Vorwärts“ zu Rixdorf.
 Dienstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, in Klempke's Salon, „Deutsches Wirthshaus“ (Gr. Saal), Borgstr. 156/157:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Lütgenau über: „Politische Tagesfragen“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragelosen.
 Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 20. März, vom Verein ein Vokal- und Instrumental-Konzert, verbunden mit Ball, stattfindet, wobei 9 Gesangsvereine und ein Bittlerklub gütlich mitwirken. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß durch ein Versehen bei Angabe der Gesangsvereine auf dem Programm wie auf den Plakaten der Gesangsverein „Einigkeit“, welcher ebenfalls mitwirkt, vergessen worden ist mit aufzuführen. Desgleichen findet am 2. Osterfeiertage früh eine Urania-Vorstellung statt. Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern, den Kollegen Weikroth, Jägertröbe, Raffner Krüger, Prinz Handjerystr. 68 und in den Zahlstellen des Vereins: bei Köpfe (Restaurant), Karlsruhartenstr. 1; Hebevan, Hagarerengasse, Hermannstr. 60; Klein (Restaurant), Kaiser Friedrichstr. 296; Thomas (Restaurant), Bergstr. 162; Herrmann, Hagarerengasse, Stralhofstraße 1; Es, Jägertröbe, zu haben. - Die Billetsliste befindet sich bei Barbs, Hagenstr. 76, par. **Der Vorstand.**

Lokalorganisirte Handels-Hilfsarbeiter.
 In dem geistigen Interat muß es heißen: Die Kollegen, welche an der Versammlung in Spandau Theilnehmen, treffen sich um 3 Uhr im Restaurant Seide, Kronprinzcn-Über 12 u. s. w.

Sonntag: Großer Ausflug nach Restaurant „Sanssouci“, Schmargendorf.

Maehr's Theater
 Oranien-Strasse 24.
 Täglich:
Theater und Spezialitäten.
 Novitäten-Programm.
Das Schöpfkind.
 Posse.
Blau Augen.
 Schwanf.
Anfang: Bochentags 8 Uhr.
 Sonntag 6 Uhr.

Allg. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter.
 E. D. 29, Hamburg, Filiale Berlin 6.
 Sonntag, 6. März, vorm. 10 1/2 Uhr:
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung
 bei Dicks, Aderstraße 123.
 Tages-Ordnung: 1. Rollenbericht. 2. Statutenberathung. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. Um recht zahlreiches Erscheinen eruchtet **Die Criseverwaltung.**

Schiller-Theater
 (Wollner-Theater).
 Sonnabend, 5. März, abends 8 Uhr:
Die Ahnfrau.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Kreuzschreiber.** Abends 8 Uhr: **Was Ihr wollt.**
 Montag, abends 8 Uhr: **Hans Wurst in Berlin.**

Central-Theater
 Alte Jakobstr. 30.
 Direction Richard Schultz.
 Sonnabend, den 5. März 1898:
 Zum 42. Male:
Emil Thomas a. G. Die Jugendfalle.
 Beste deutsche Ausstattungsposse in Gesang und Tanz in 4 Akten unter Verwendung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wlth. Kramhöft.
 Musik von Jul. Gindshofer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und die folgenden Tage:
Die Jugendfalle.

Luisen-Theater
 31. Reichenbergerstrasse 31.
 Abends 8 Uhr:
 Novität!
Die Stütze der Hausfrau.
 Posse mit Gesang in drei Akten von G. Karl. Musik von Fritz Kranke.
 Toni Klein: Anna Müller's Kinde.
 Sonntag:
 Nachm. 3 Uhr: **Volks-Vorstellung.**
 Regie: J. Türk.
 Zum ersten Male:
Dorf und Stadt.
 Abends 8 Uhr:
Die Stütze der Hausfrau.
 Billets à 60 Pf. zu der Sonntag-Nachmittags-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Volks-Theater
 im Welt-Restaurant
 97. Dreßdener-Strasse 97.
 Neu! Neu! Neu!
Muredin u. Bereddin!
 Komische Oper von Richard Thiels. Sensationell!
Little Dolf-Gustav
 - auf dem schilleren Drahtseil. - Phänomenal!
Mr. Willy,
 Jongleur auf rollender Angel und Kuloophon-Sirtuole.
 Im vorbereiten Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.

Eine überreiche Fülle von Kunst und Humor bietet das grandiose **neue März-Programm** des lustigen **Original-Budapester**
 Possen- und Operetten-Theater in Kaufmann's Variété.
 Ganz neu engagirt:
 Professor Roberts. Die Original-Woncke's. Gebrüder Forré. Fritz Fischer. Flou-Flou. Elsa Anolon.
 Dann tritt an jedem Abend die **erschütternde Komik** und Virtuosität der Darstellung, welche Donat u. Anton Hornfeld in **Von Dreien der Glücklicheste** entfalten, zu in der That **zwerchfellerschütternder** Wirkung.

Andreasplatz 3 Minuten vom Schles. Bahnhof. **M. Löwinsohn Nachf. (Müller-Baruch)** **Grüner Weg 32 3 Minuten vom Schles. Bahnhof.**

Neu aufgenommen
Herren-, Burschen- und Knaben-Confection
 in grosser Auswahl zu billigsten, streng festen Preisen.
Confirmanden-Anzüge von 9 M. an.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Mittelstands-Bewegung unter den Kaufleuten.

Die wirtschaftliche Zwitterstellung des kleinen Kaufmanns, der halb Arbeiter, halb gewerblicher Unternehmer und Händler ist, kommt auch in dem unruhigen Hin und Her der Mittelstands-Politik zum Ausdruck.

Auch die Parteien, die ursprünglich zwar nicht in Kleinbürgerkreisen wurzeln, aber hier dauernd oder zeitweilig ihre Bundesgenossen suchen, haben unter diesen wechselnden Strömungen die merklichsten Kursänderungen vollzogen.

Don zwei Seiten her sind dem alten Kleinhandel Feinde erwachsen.

Einmal hat sich das Großkapital mit immer steigendem Eifer darauf geworfen, den Waarenvertrieb an die letzten Konsumenten selber in die Hand zu nehmen.

Andererseits suchen die Konsumenten immer mehr durch Genossenschaften und andere Vereinigungsformen den bisher üblichen Detailhandel zu umgehen und sich durch Anknüpfung direkter Verbindungen mit den Produzenten und Großhändlern billiger und besser mit allen möglichen Bedarfsartikeln zu versorgen.

Dr. Bernick schätzt den Umsatz der städtischen Konsumvereine in Deutschland auf etwa 150 Millionen Mark, den der Baarenhäuser und Bazare auf 100 bis 250 Millionen.

Seit Jahren ist das verzweifelte Ringen des Kleinhandels gegen diese niederdrückende Entwicklung immer stärker in den Vordergrund getreten.

*) Vergl. Dr. J. Bernick, Kleinhandel, Konsumvereine und Baarenhäuser. Central's Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 14. Bd., 5. und 6. Heft. Ferner Martin Bürgerl. Der Berliner Zigarrenhandel. Schmoller's Jahrbuch 1897, 4. Heft.

vor dem Nebenbuhler zu hüten, sind diese Anläufe in der Regel gescheitert. So hat man sich mehr und mehr dafür entschieden, die Verwaltung und Gesetzgebung zur Förderung der Kleinhandels-Interessen in Anspruch zu nehmen.

Auf diese Weise hat man in der That manchen Erfolg schon errungen. Nur reicht es zum Wiederaufleben und gar zu neuem Gedeihen bei weitem nicht aus.

Die Beamten- und Offiziervereine wollten man von allem Anfang an am liebsten verboten sehen. Als 1889 nach dem Beispiel des 1888 gegründeten Offiziervereins das Baarenhaus für deutsche Beamte mit einem Aktienkapital von 250 000 M. gegründet wurde, erhob sich bei allen mittleren und kleineren Händlern ein Schrei der Entrüstung.

Eine Anzahl Innungen, politischer und wirtschaftlicher Vereine verlangten gleichzeitig offen und ohne Umschweife:

Offiziervereine zu verbieten, deren Unternehmen darin besteht, Waaren im großen einzukaufen und im kleinen zu verkaufen.

Dass man gegen die Interessen der militärischen und bürgerlichen Bureaucratie nicht aufkommen würde, war in Preußen-Deutschland schließlich ohne besonderen Scharfsinn voranzuziehen. Gerade die Beamten, deren Gehälter meistens auf ein ziemlich anspruchsloses Dasein zugeschnitten sind, lassen sich so leicht keinen, auch noch so kleinen Vortheil entgehen; allen großen parlamentarischen Parteien sind hier durch tausenderlei persönliche Rücksichten die Hände gebunden.

Im Vorgehen gegen die Konsumvereine bedeuteten zunächst die Reichsgesetze vom 6. und 12. August 1896 einen Sieg. Einmal wurde durch Strafen die Befristung des Geschäftsbetriebes auf den Kreis der Mitglieder erzwungen. Eine Reihe kleinerer Konsumvereine sind daran zu Grunde gegangen, die großen haben sich jedoch leicht den neuen Bestimmungen angepasst, das Gesetz ist sogar die beste Waffe für sie geworden.

Wir erwähnen das nur deshalb so ausführlich, weil es einen Vorgeschmack von dem Verhalten der Behörden zu geben vermag, falls die Errichtung von Konsumgenossenschaften überhaupt von der behördlichen Erlaubnis und dem Nachweise eines vorhandenen Bedarfs abhängig gemacht würde, wie das der Zentral-Verband neuerdings verlangt, nachdem alle kleinen Mittel bisher wirkungslos geblieben oder gar zum Schaden des Kleinhandels ausgeschlagen sind.

Die wir vor ein paar Wochen aus der dem Reichstag und Bundesrat erneut eingereichten Petition mittheilten, soll die Erlaubnis zur Gründung eines Konsumvereins verweigert werden, wenn die am Orte anfassigen Handels- und Gewerbebetreibenden in genügender Weise Gelegenheit zum Bezuge von Waaren bieten und die Durchschnittspreise sich in denjenigen Grenzen bewegen, welche der Lage des Waarenmarktes an-

gemessen sind und die ordentliche Führung eines Handelsgeschäftes ermöglichen;

wenn gegen einen der Nachsuchenden Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Konsumverein noch zu anderen als in diesem Gesetz bezeichneten Zwecken benutzt werden soll.

Das letztere wird bekanntlich von jeder eigentlichen Arbeitergenossenschaft regelmäßig behauptet. Und das erste Voraussetzungen des Verbotes auch stets zutrifft, werden die „betheiligten Gewerbetreibenden“, die vor der Entscheidung von den Behörden gutachtlich zu hören sind, sicherlich immer beweisen. Die neuen Konsumgenossenschaften sind also schon vor der Geburt zu tödlen, die bestehenden aber aufzulösen, wenn sie binnen zwei Jahren nicht die behördliche Anerkennung ihrer Nothwendigkeit errungen haben!

Wider Erwarten rasch hat die Forderung einer Umfassung gegen die großen Detailverkaufs-Geschäfte und -Vereine an Aufgang gewonnen. In Sachsen richtete bereits 1895 der Verband sächsischer Kaufleute eine entsprechende Petition — gegen das Fiskalwesen, wie es beschönigt und verschleierte hieß — an die Kammer. Ein entsprechender Antrag Dr. Kueber wurde erst in der Kommission, dann am 27. März 1896 im Plenum der zweiten Kammer angenommen. Die Regierung, die anfangs eine vermittelnde und zögernde Haltung beobachtete, gab schließlich, wenn auch mit einigen Einschränkungen, nach, sobald die Drangsalirung der Konsumvereine und großen Ladengeschäfte in Sachsen nimmer von der Einsicht und der Liberalität der Gemeindevorwaltungen abhängig. In Preußen hat im Juni 1896 das Abgeordnetenhaus, anknüpfend an einen Antrag v. Brodhagen, für solche gewerblich-erwerbliche Betriebe, welche als Großbetriebe in Anwendung auf den Detailverkauf zu bezeichnen sind, neben der Gewerbesteuer eine besondere Betriebssteuer verlangt, die abzulösen sei nach der Zahl der geführten Waarenhaltungen, sowie nach dem jährlichen Umsatze. Unter Hinweis auf diesen Beschluß trägt sodann wieder eine Interpellation Brodhagen und Genossen an, soweit die preussische Regierung in ihren Erwägungen gekommen sei,

„um die Schäden und Gefahren, welche dem gewerblichen Mittelstande durch die den Detailhandel mit Waaren verschiedener Gattungen betreibenden großkapitalistischen Unternehmungen entstehen, thunlichst einzuschränken.“

Der bayerische Landtag hat sich Ende 1895 für eine so hohe Besteuerung der sogenannten Waarenhäuser, Verkaufsgeschäfte, Zentralgeschäfte, Fiskalgeschäfte und andere Großunternehmungen ausgesprochen, daß der durch diese Unternehmungen drohende Ruin der mittleren und kleineren Betriebe in Handel und Gewerbe verhindert werden kann. Die bayerische Regierung hat daraufhin noch nichts gethan. Dagegen konnten wir gestern von ähnlichen Anlässen in der Hamburger „Bürgerzeitung“ berichten.

Man sieht, daß man sich in dem Kampfe um die Rettung des Kleinhandels noch auf manche Zwischenfälle gefaßt machen muß, die noch vor ein paar Jahren in das Gebiet des Unmöglichen verwiesen worden wären. Bei der breiten Ausdehnung des in Deutschland hier in betracht kommenden Mittelstandes wirkt eben auf die Regierenden die Masse der Bedrängten härter wie alle abzumahnenden Vernunftgründe. Von ihrem Ladengeschäft leben ja nicht nur die vielen tausende von eigentlichen Krämer. Noch größer ist die Zahl der Handwerker, die mit dem Handwerks- und Fabrikserzeugnissen ihrer Branche einen kleinen Handel treiben. Der Gewinn aus letzterem ist zu ihrem kümmerlichen Auskommen unentbehrlich; oft, wenn ihre handwerksmäßige Produktion ganz und gar der großen Industrie erliegt, bildet er die eigentliche Grundlage ihrer ganzen Existenz. Aber alle ihre Waaren kauft das Waarenhaus an zu führen, beginnen die bisherigen Käufer durch Vereine und andere Organisationen zu beziehen. Der tausendköpfige Aufschrei des alten Mittelstandes gegen diese neue Bedrängnis ist somit durchaus erklärlich und er wird nicht so bald verhallen.

Ganz ausserhalb des ohne Frage die Forderung des Befähigungsnachweises, die auch der Zentralverband wiederholt erhoben hat, so erst 1896 wieder, wo man dahin zu wirken beabsichtigt, daß jeder, der selbständiger Kaufmann werden oder ein offenes Ladengeschäft gründen will, eine Lehrgang von mindestens drei Jahren und eine Lehrprüfung bestanden hat. Hier sind die Verhältnisse im Handel noch viel mehr wie im Klein-gewerbe über solche Beschränkungen längst hinausgewachsen. Hier würden auch im „Mittelstande“ selber sofort die schärfsten Gegen-sätze zum Ausdruck kommen, wenn man mit dem Verlangen Ernst machen wollte. Der Zigarrenverkäufer ist ursprünglich der Zigarren-macher, der hinter dem Ladentisch oder in der Nebenstube arbeitet, wenn ihn nicht gerade ein Käufer in Anspruch nimmt. Für ihn ist schon der heutige Zigarrenhändler, der nur fremdes Erzeugnis auf-kauft und vertreibt, ein Eindringling, ein Vorkämpfer. Wer hier ein offenes Ladengeschäft gründen will, soll er den Befähigungsnachweis als gelernter Kaufmann erbringen? Dann wären gerade die ältesten Klein-händler um ihre Existenz gebracht. Oder soll sich der Befähigungsnachweis auf die Herstellung der Waare beziehen, wie das die alten Kern-truppen der Zünftler von jeher erstrebt haben? Das wäre der tödlichste Schlag gegen die Kleinhandler, die hinter Herrn Schulze-Geschnappt stehen. Bei der ganz untreibbaren, überall anderrückigen Verquickung von Kleinhandel und kleiner Produktion wird der Befähigungsnachweis daher immer nur eine dekorative Bedeutung in der lausimännischen Mittelstandsagitation haben.

Daß diese vorübergehend stark im Aufschwunge ist, lehren schon die letzten Erfahrungen in den Parlamenten des Reichs und der Einzelstaaten. Daß sie ihre Ziele niemals erreichen wird, liegt in dem zwiespältigen Charakter, der allen solchen kleinbürgerlichen Bewegungen aufgeprägt ist, und in dem Widerspruche, in dem die hier propagirten Forderungen sich zu allen Entwicklungstendenzen unserer modernen Wirtschaftsordnung befinden. Der vorläufigste kleine Handel hat ebenso wenig ein Recht auf ewiges Leben wie es die alte gewerbliche Kleinproduktion gehabt hat.

Dem Dr. d. Weidnermedicin die besten Glückwünsche zum heutigen Geburtstage. Seine Patienten (1144b) O. B. F. K. M. L. Am Dienstag, den 1. März, nach unter vertheilt Kollege Hermann Henseke. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 5. März, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes aus statt. 11380 Die Kollegen der Pianofabrik A. Grand. Allen Freunden u. Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau Auguste Schall, geb. Rolake, am Mittwoch Abend im 47. Lebens-jahre plötzlich verstorben ist. 11379 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle d. neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße (Nördl.), aus statt. Der trauernde Gatte Emil Schall, Tischler, nebst Sohn.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler Theophil Jarzabek am 1. März verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, 6. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Charitäre am nach dem Charitäre-Kirchhof, Wasserstraße, statt. Um rege Theilnahme ersucht Die Erbsverwalterung. 78/4 Danfsagung. Für die herzliche Theilnahme und reiche Kranzsende bei der Beerdigung meiner lieben Frau Martha Nihe sage ich allen meinen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen aufrichtigsten Dank. 11306 Sieglitz, Herderstr. 6. Karl Nihe nebst Kind.

Sonntag, den 6. März, in Cohn's Festsälen: Grosses Zither-Konzert angeführt vom Zitherverein „Einigkeit“. Dirigent W. Karad. Nach dem Konzert: Grosser Ball. Herren, die daran Theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang präz. 6 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Danfsagung. Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, uneres unvergesslichen Vaters sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Kollegen unseren herzlichsten Dank. Frau Roschmann nebst Kindern. Ich erkläre hiermit Herrn Gustav Weisser, Engel-Wer 4a, auf seine Annonce im „Vorwärts“, daß die Annonce nur als Reklame für ihn dienen soll. Otto Pfeil, Adalbertstr. 40. Nicht vorbedienlich bei Binnobuse's Zigarrengeschäft, Schillingstr. 36.

Lüchtiger Dirigent gesucht v. älterem Gesangs-Verein, M. v. K. S. B., I. Donnerstags Ab. 8. Wille, Charlottenburg, Elgow 14. Lüchtige Wanjels auf Jadeditt, außer dem Hause, Arbeitslohn 1.80-2 M., verlangt Lobstein, Herderstr. 18. 11146 Mädchen-Waschkleider. Gedächte Arbeiterinnen auf nur bessere Sachen finden geg. Vorlage von Proben dauernd lohnende Beschäftigung bei Fischbein & Mendel, 11415 Leipzigerstr. 82. 2 tüchtige Hammerarbeiter, die auch montiren können, sowie 2 junge Goldarbeiter, auch eine Polirerin auf Gold für sofort verlangt. 719 Arbeits-Nachweis Verband der Goldschmiede Holzmarktstr. 8.

Knaben-Waschkleider. Gedächte Arbeiterinnen auf nur bessere Sachen (Wattensachen) finden gegen Vorlage von Proben dauernd lohnende Beschäftigung bei Fischbein & Mendel, 11436 Leipzigerstr. 82. Werkführer. Für eine große Bau- und Möbelfabrik, worin nur Arbeiten nach Zeichnung gemacht werden, wird ein selbständiger Werkführer, der mit den Berliner Lohnverhältnissen genau Bescheid weiß, gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe der früheren Thätigkeit an die Exped. d. Blattes unter N. 2. 11356 Weiße Stickermeister. Gedächte Arbeiterinnen auf nur bessere Sachen finden geg. Vorlage von Proben dauernd lohnende Beschäftigung bei Fischbein & Mendel, 11425 Leipzigerstr. 82.

Sonnabend den 5. März

Handschuhe

für Damen.

Glacé mit Raupen, farbig, 4 Knöpfe **1.20** Mk.

Ziegenleder schwarz, 4 Knöpfe **1.75** Mk.

Kurzwaren

Bettlitze Stück **35** und **48** Pf.

Rouleauxschnur Stück = 20 Meter **35** Pf.

Schweissblätter Paar **20** Pf.

Damen-Strumpfhalter Atlas mit seid. Gummibd. **1.15** Mk.

Besenborte Meter **6** Pf.

Warenhaus A. Wertheim

Wegen Aufgabe Hut-Engros-Lagers
meines
verkaufe Herren- und Knaben-Hüte in tadellosen Qualitäten zu jedem annehmbaren Preis.
Königsplatz 4424b
S. Gärtner, Grüner Weg 2.

Einsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Kinderwagen,
Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen.
Kleider-Klappstühle, Kinder-Holzmöbel.
Sämtliche Korbwaren.
Theilzahlung nach Uebernahme.
Brunnensstr. 95, vis-à-vis Humboldtthain, a. Nordbahn, Gesundbr.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister
Schneidermeister,
Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 148,
Kottbusser Thor, Schöneberg.
empfehle ich ansehernd billigen Preisen:
Einsegnungs-Anzüge in Satin, Diagonal, Kammgarn 12-27
Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten Diagonal, Kammgarn, Satin und Cheviot-Stoffen 13.50-33
Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Zwirn- Stoffen, 1- und 2reihig 16-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin und Cheviot-Stoffen, 1- und 2reihig 18-35
Sacco-Anzüge modernster Farben in Satin u. Cheviot-Stoffen eleg. Ausfüh. 20-36
Kod-Anzüge in guten, wollen, schwarz Kammgarn u. Satinstoffen, modern. Façons 25-38
Behrod-Anzüge von feinen Satin, Tuch u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig 30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Stoffen, Cheviot- und Zwirnstoffen.
Havelocks, Staub- u. Reifemäntel zu den billigsten Preisen.
Maschinen-Anzüge in allen Größen . . von 3 Mt. an.
Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von Mt. 5-10
Knaben-Paletots, Reifemäntel in großer Auswahl.
Knaben-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften Stoffen, 1- und 2reihig von 5 Mt. an.
Einsegnungs-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften Stoffen, 1- und 2reihig von 5 Mt. an.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Bitte genau auf Firma und Handnummer zu achten.
Streng reelle Bedienung.

Unsinn ist Viel Geld

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu den billigsten Preisen gute und elegante Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.
Knabenhüte v. 0.75 Mt. an
Herrenhüte 1.25
Cylinderhüte 4.-
Haarhüte 4.50
Einsegnungsh. 1.-
Chapeaux claque 8.-
9.- u. 10.- 92.
im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert**
Hut-Engros-Lager
Waldemarstr. 44 part. rechts
Kein Laden. Nur moderne Waare in großer Auswahl

Möbeleinrichtung,
Ruhbau, neu, beste Arbeit, billig verkauft
Kottbusser Thor, 8. u. I. Hof.
Betten Stand 10,00 bis 80,00, Wand-, Dam-, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Bettstellen sind noch frei in W. Grabe's Familienheim, Brangelstr. 136.

Carl Stier

Fabrik für

Herren- u. Knaben-Garderoben

Berlin SO., Oranienstrasse 168

Potsdam — Dresden

4415L^o

empfehle zur **Frühjahrs-Saison:**

Einsegnungs-Anzüge

in Kammgarn, Cheviot, Diagonal, Satin etc.
alle Größen 30, 27, 24, 22, 50, 20, 18-12 Mk.

Herren-Anzüge, Jaquet- oder Rock-Façon,

in Kammgarn, Cheviot, Zwirnbuckskin etc.
50, 45, 42, 40, 36, 33, 30, 27, 22 1/2-15 Mk.

Frühjahrs-Paletots in allen modernen

Farben . . 36, 33, 30, 27, 25, 22, 20-14 Mk.

Herren-Hosen, hochelegante Neuheiten,

16, 15, 14, 12, 11, 10 1/2, 9, 8 1/2, 7-5-3, 50 Mk.

Ausserdem empfehle ich mein sehr grosses Lager in

Havelocks, Mänteln, Sport-Anzügen, Joppen, Knaben-Anzügen und Paletots zu sehr mässigen Preisen.

In der Abtheilung für Maassanfertigung findet ein fortgesetzter Eingang von Neuheiten statt.



Brachtgardinen

vorzügliche Qualitäten, Fenster 2,40, Salontreppe, Brochieremplare, schon 18.- Mt. Teppiche 3.-, Wolltaschen, Steppdecken 3.-, Godelets, Spachtel-Stores, Portieren, Divan, Tisch- u. Schlafbeden, Regulatoren, Wanduhren, Goldwaaren, Remonituruhren, verschiedene zurückgesetzte Waaren werden nachmittags von 2 bis 8 Uhr abends **Möckernstr. 137** (Anhalter Bahnhof) spottbillig verkauft. 4433L^o
NB. Uebernahme u. Waarenlager, Wirtschaften u. Verheirathung.
Otto Lideke, Auktionator,
Teppiche u. Uhrenhändler.

Für 36 Mark

fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 Mt. ff. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 Mt. feine Hosen nach Maß.
Riesenhofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Nach der Inventur
Großer Ausverkauf
in **Gardinen**
und **Resten**

Älterer Muster in weiß und crème, zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager** von **Bruno Güther,**
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80 part. Eing. vom Jahr (kein Laden).
Reisenden treffen täglich ein.
Besuchen nach ausserhalb portofrei.

Künstliche Zähne.

Milchkübel,
Rahmen, Saiten, Buttermaschinen
445L^o Jordan, St. Warhstr. 28.

Arbeiter-Sicherheits- Normal-Anzüge.
Completa M^o
halten ein ganzes Jahr, sind absolut waschocht. Einziger Schutz vor dem Erfrieren des reisenden Raschenschutzes.
Wichtiger als das Markenkleben. Angabe ob klein, mittel, gross, extragross. Halb-invalide werden als Agenten angestellt.
H. Lion, Düsseldorf.

Jede Uhr
reparieren und reinigen
kollert bei mir unter
Garantie d. Gutgehens
nur 1 Mark 50 Pf.
anbei Strich, keine Reparaturen
billiger. Grobes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regu-
latoren und Werke, alle Arten
Ketten, sowie Brillen u. Brillen.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Strasse 35.

Nieff's Fest-Säle
Weberstr. 17, ca. 1000 Berl. Fass,
Sonnabend, 26. März, 2. April und
Sonnabtags frei. 4450L^o

Kranzbinderei.
L. Klatt, u. Blumenhandlung.
6. Laubbergstr. 6, Ecke Köpenicker-
(früher Königsbergerstr.)
entf. Widmannstränge mit Schleifen
in bester Ausführung.

Für 2-3 Mark

Reise sehr groß, zu Knabenanzügen,
Reise zu Herrenanzügen, (schöne Muster
7-10 Mt. für 12 Mt. ff. Cheviot
auch Raumgarne, Paletot und
Hosenreste solange der Vorrath reicht
im Riesenhofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73, Hof I, in meinem
vier Etagen hohen Speichergebäude
halte ich in überraschend großer Aus-
wahl ganze Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Stücke in ganz einfacher
sowie eleganter Ausführung. Vor-
theilhafte Einkaufsquelle für Braut-
leute. Theilzahlung gestattet. Beantw.
ohne Anzahlung. Täglich Eingang
verschieden gewählter und gebrauchter
Möbel aller Arten zu billigen Preisen.
Transport frei Haus. Bestellungen Sie
bitte mein Musterbuch mit Abbildungen
gratis und franco.

Unbedingt die billigste Quelle
für Herren-
und Knaben-
Hüte
in **G. Klettmann's Fabrik-Lager,**
Marianenstr. 33, pt. kein Laden.

Möbel

verleihen gewasene und neue, stannend
billig. Theilzahlung gestattet.
Beantw. ohne Anzahlung. 4055^o
Neue Königstr. 59
u. **Gneisenanstr. 15.**

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von **W. Hirschke,** ge-
gründet 1872, **Stalitzerstr. 13,** Ecke
Adolfstrasse, am Kottbusser Thor.

**Möbel, Regal, Rahm, an gut
stehend, unzugänglich, billig (1145^o)
Chorinerstr. 45, Hof part. I.**
Bekanntes u. Parteigen. empfehle mein
Zigarren- und Tabakgeschäft.
1048b) **Wilhelm Henze,**
Berlin O., Randorferstr. 4.

Ein neuer sehr wechsl. Anzug, groß,
kräftig, zu versch. 50 Mt. Edel, Kurtr. 22.

Lohnende Fabrikationen.

Bestellen Sie **Gratis** Anwendung
des illust. Katalogs durch den Verlag
"Der Erwerb", Dresden-R. 7, 14/5^o

Mühlentstr. 8, nahe Oberbaum,
Borsigwerferstr. und
Schlesischen Bahnhof, sind von sofort
und 1. April 1898 freundliche Bord-
und Hofwohnungen von 2 u. 1 Etage
nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller
oder Boden billig zu vermieten.
Nächstes beim Bauwaller. (4066^o)

Nur Vorderwohnungen zu ver-
mieten
Pappel-Allee 106) ca.
Stargarderstr. 71) Haus

2 Fenst. Stuben, Küche u. Boden 15 bis
18 Mt. p. Mon. 2 große, 3 u. 1 Fenst.
Stub., große Berl. Küche, 30 Mt. p. Mon.
Möbl. Schlafstelle für Herrn, 8 Mt.
Rantenheiserstr. 28, v. 2 Tr. b. Salzdige.